

Preußische Allgemeine

Nr. 13 · 27. März 2020

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 €

Leben mit dem Virus

Die Corona-Pandemie hat unser Leben fest im Griff. Beiträge über die Auswirkungen der Krise auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft
Seiten 2, 3, 4, 7, 8 und weitere



Literatur Die ARD verfilmte Siegfried Lenz' Roman „Der Überlauder“ **Seite 9**



Geschichte Vor 90 Jahren wurde Heinrich Brüning Reichkanzler **Seite 11**

GESELLSCHAFT

Soll die Macht allein in den Händen einer zögernden Kanzlerin liegen?

In der Corona-Krise zeigen sich die Stärken eines breit aufgestellten Staatswesens – und einer ebenso breitgefächerten medialen Öffentlichkeit

VON RENÉ NEHRING

In Krisenzeiten schlägt traditionell die Stunde der Exekutive. Im Katastrophen- oder gar Kriegsfall gilt es, schnell und unbürokratisch zu handeln. Ohne parlamentarische Beratungen verhängte denn auch die Bundesregierung in den vergangenen Tagen weitgehende Eingriffe in das öffentliche Leben.

Der Exekutive kommen in Lagen wie dieser zahlreiche Rechte und Pflichten zu, vor allem das Recht und die Pflicht zu führen. Doch was ist, wenn die Regierung notwendige Maßnahmen verzögert? Oder wenn sie gebotene Optionen – wie zum Beispiel im vorliegenden Fall die Schließung der Grenzen – verweigert, weil derlei Schritte an den Dogmen der eigenen Politik kratzen? Die Reden der Kanzlerin in den letzten Tagen und das Echo darauf können nicht darüber hinwegtäuschen, dass Angela Merkel lange gezögert hat, der Ausbreitung des Coronavirus mit drastischen Schritten entgegenzutreten.

Zu Beginn der Krise wurde oft das „typisch bundesrepublikanische Kompetenz-wirrwarr“ beklagt. Warum brauchen wir über 400 Gesundheitsämter, 16 zuständige Landesminister und einen Bundesminister für Gesundheit? Sind in diesem Geflecht die Verantwortlichkeiten nicht viel zu undurchsichtig und die Entscheidungswege zu langwierig? Ist es nicht besser, wenn bei einem mit starken Kompetenzen

ausgestatteten Bundesminister alle Fäden zusammenlaufen? So und ähnlich lauteten die Fragen in den letzten Tagen.

Gleichwohl zeigen gerade der Verlauf der Corona-Krise und das bisherige Agieren der Bundesregierung die Stärken eines breit aufgestellten, föderalen Staatswesens. Die Schließung der Schulen, die Einführung von Grenzkontrollen und die weitgehenden Einschränkungen der Bewegungsfreiheit im öffentlichen Raum – sie alle erfolgten auf Initiative einzelner Bundesländer; allen voran Bayern. Die Länder hielten den Druck hoch und drängten eine zögerliche Bundeskanzlerin wiederholt zum Handeln. Was also, könnte man fragen, würden mehr Kompetenzen für die Regierung bringen, wenn diese die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel gar nicht nutzt und gar nicht nutzen will?

Die Bedeutung kritischer Medien

Die Notwendigkeit zur Vielfalt gilt auch und gerade für die öffentliche Meinung. In 11 von 15 ihrer bisherigen Amtsjahre regierte die Bundeskanzlerin mit den Sozialdemokraten. Hinzu kamen im Laufe der Zeit die Grünen, mit denen die Union in zahlreichen Bundesländern koalitiert. Dadurch ist eine Art „Dauer-Groko“ und eine Politik der größtmöglichen Konsensfindung entstanden, die längst auch die Medien erfasst hat. Die Kommentatoren haben es sich abgewöhnt, kritische Fragen zu stellen – und die politische Führung ist es

kaum noch gewohnt, unangenehme Fragen auch nur gestellt zu bekommen.

Doch gerade in Ausnahmezeiten wie dieser, in denen eine Nation zu Recht solidarisch zusammenrückt, ist es wichtig, das Agieren der gewählten Repräsentanten nicht einfach hinzunehmen. So war es gut, dass „BILD“-Chefredakteur Julian Reichelt im Anschluss an die Rede der Bundeskanzlerin am Dienstag vergangener Woche darauf hinwies, dass Merkel zwar den richtigen Ton getroffen hatte, jedoch wichtige Antworten schuldig geblieben war, vor allem „eine Erklärung, was sie persönlich in ihrem Amt für die Menschen tun wird“.

In der „FAZ“ hinterfragte der Staatsrechtler Hinnerk Wißmann, wie derzeit – in der Regel allein auf die Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts hin – weitgehende Eingriffe in die persönlichen Freiheiten und in das Wirtschaftsleben erfolgen. Er mahnte an, dass „bei allen Entscheidungen die wechselseitige Abhängigkeit von handlungsfähigem Staat und freier Gesellschaft zu beachten“ ist, und dass „eine einmal stillgelegte Gesellschaft sich nicht einfach durch Regierungsbeschluss wieder anstellen“ lasse. Nicht zuletzt, so Wißmann in Abwandlung des berühmten Böckenförde-Diktums, leben auch großzügige staatliche Hilfsversprechen von Voraussetzungen, die sie selbst nicht garantieren können.

Wie sehr es in Lagen wie dieser auch auf alternative Informationsquellen an-

kommt, zeigen die Wortmeldungen zweier Mediziner, die nicht in den reichweitenstarken Medien zu vernehmen waren. So kursieren seit Tagen im Internet Videos mit Aussagen des Virologen Wolfgang Wodarg, der als langjähriger Amtsarzt, ehemaliger Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender diverser Gesundheitsausschüsse auf Landes- und EU-Ebene alles andere als ein Spinner ist, und der nun entscheiden die Äußerungen des Robert-Koch-Instituts zur Krise kritisiert.

Eine weitere nachdenkliche Wortmeldung stammt von dem Allgemeinmediziner Gunter Frank, Dozent an der Business School St. Gallen, auf der Internetseite „Achse des Guten“. Auch Frank hinterfragt ohne jede Polemik die Anordnungen der Regierung und weist insbesondere darauf hin, dass die zur Lösung der Krise beschlossenen Maßnahmen erlassen wurden, obwohl es keine belastbaren Daten über die tatsächliche Ausbreitung des Virus gibt – und damit keine verlässliche Grundlage zur Einschätzung der von ihm ausgehenden Gefahr.

Wie gesagt: Die Krise ist die Stunde, in der die Regierenden unbürokratisch handeln können (müssen), um schnell erforderliche Maßnahmen einleiten zu können. Die genannten Beispiele zeigen jedoch auch, dass es gut ist, wenn die Regierung dabei nicht alleinsteht, sondern von anderen Institutionen des Staates und einer kritischen Öffentlichkeit begleitet wird.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Berlin entwickelt sich immer mehr zu einem Zentrum der Gesundheitsforschung
Seite 5

Kultur

Die Corona-Krise trifft viele Kultureinrichtungen bis ins Mark
Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Warschauer Maßnahmen gegen die Corona-Seuche betreffen auch Allenstein
Seite 13

Lebensstil

In Danzig gefährden neue Appartementshäuser den Charme der Altstadt
Seite 13



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite preussische-allgemeine.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Pandemien Die länder- und kontinentübergreifende Ausbreitung von menschlichen Krankheiten ist wahrlich nichts Neues. Aber die Corona-Krise besitzt einige Besonderheiten, die Grund zur Sorge geben sollten

Wahrlich kein Ruhmesblatt

Wie die Weltgesundheitsorganisation und Europa auf die aktuelle Corona-Pandemie reagiert haben

VON WOLFGANG KAUFMANN

Wenn sich eine Infektionskrankheit über mehrere Länder oder gar Kontinente ausbreitet, gilt das als Pandemie – von griechisch „pandemi-os“ (im ganzen Volk). Dieses Kriterium erfüllt die aktuelle SARS-CoV-2-Welle. Mittlerweile melden fast alle Staaten rund um den Globus Ansteckungen mit dem Corona-Virus. Deshalb spricht die Weltgesundheitsorganisation (WHO) seit dem 11. März offiziell von einer Pandemie – erstmals seit dem globalen Ausbruch der sogenannten Schweinegrippe (H1N1) in den Jahren 2009/10.

Die aktuelle Pandemie hatte ihren Ausgangspunkt in der chinesischen Millionenstadt Wuhan und entwickelte sich diesen Januar zunächst zu einer Epidemie. In jenem Monat erreichte das Virus aber bereits auch andere asiatische Staaten, die USA und Europa.

Europa kann von Asien lernen

Für den Fall einer Pandemie existieren Notfallpläne der WHO, die 2013 und 2017 mit Blick auf die Lehren aus der Verbreitung des H1N1-Virus aktualisiert wurden. Seitdem soll die „risikobasierte Betrachtungsweise“ im Vordergrund stehen. Davon war aber in der Frühphase des Corona-Ausbruchs sehr wenig zu spüren. Statt sofort zu reagieren, sprach die WHO noch am 30. Januar nur von einer „Notlage für die öffentliche Gesundheit von internationaler Tragweite“ und am 28. Februar von einem „sehr hohen“ Risiko auf globaler Ebene, sich mit dem Coronavirus zu infizieren. Der aus Äthiopien stammende Generaldirektor der WHO, Tedros Adhanom Ghebreyesus, verkündete am 24. Februar und 2. März, es handle sich bisher um keine Pandemie, sondern lediglich um Epidemien in einzelnen Ländern.

Für eine unkontrollierte weltweite Ausbreitung von SARS-CoV-2 lägen noch zu wenige Anzeichen vor – also solle man nicht unnötig Panik schüren. Letztlich kämen doch neun Zehntel aller Fälle aus China und 81 Prozent der übrigen aus gerade einmal vier Staaten. Am 9. März, als es bereits 100.000 Infizierte in über 100 Ländern gab, zögerte Ghebreyesus immer noch, die Corona-Epidemie zur Pandemie zu erklären, bezeichnete einen solchen



Das von der Corona-Krise mit am meisten betroffene Italien: Da in Bergamo die Kapazitätsgrenze der Leichenhalle erreicht ist, werden Todesopfer des Coronavirus per Militärlaster zur Einäscherung auf den Friedhof von Ferrara gebracht Foto: Ullstein

Schritt nun aber zumindest als denkbar. Zwei Tage später führte dann kein Weg mehr daran vorbei. Am 13. März bezeichnete der Äthiopier Europa als „Epizentrum der Pandemie“, als ob diese ihren Ausgangspunkt nicht in China gehabt hätte.

Andererseits breitet sich die durch das Coronavirus verursachte Krankheit Covid-19 tatsächlich sehr schnell auf dem europäischen Kontinent aus, weil hier im Gegensatz zu vielen asiatischen Staaten zu spät und zu inkonsequent re-

agiert wurde. Schließlich nimmt die Zahl der Betroffenen bei einer Pandemie nicht linear, sondern exponentiell zu, wenn niemand gegensteuert. Bei Covid-19 steckt jeder Infizierte mindestens zwei weitere Personen an, steigt die Zahl der Erkrankten innerhalb von 16 Tagen um das Hundertfache.

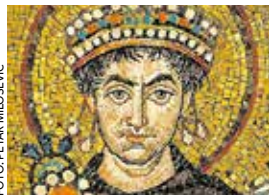
Kurzporträts



Bei der Ausrufung der Corona-Pandemie ließ sich der seit 2017 amtierende Generaldirektor der WHO, **Tedros Adhanom Ghebreyesus**, sehr viel Zeit.



Der römische Kaiser **Marcus Aurelius Antoninus** war wahrscheinlich der erste Herrscher der Welt, welcher mit einer Pandemie konfrontiert wurde.



Justinian war seit knapp eineinhalb Jahrzehnten oströmischer Kaiser, als die nach ihm benannte Pest ausbrach, an der wohl auch er erkrankte. Er starb 565.

Zwei Enden sind möglich

Bei Pandemien gibt es zwei mögliche Enden. Entweder wird die Zahl der Neuinfektionen durch äußerst rigide Hygiene- und Quarantäne-Maßnahmen nach unten gedrückt. Die andere Vorgehensweise besteht hingegen im Zulassen einer allmählichen „Durchseuchung“ der Bevölkerung. Wenn dann genügend Menschen nach überstandener Krankheit Antikörper gegen das Virus gebildet haben, läuft sich die Pandemie ebenfalls tot. Zuvor würden allerdings einige Millionen Infizierte sterben – so war es jedenfalls während der meisten früheren Pandemien.

GESCHICHTE

Mindestens 20 Pandemien in den vergangenen 2000 Jahren

Trotz jahrtausendelanger Erfahrung sind die sozioökonomischen Folgen der aktuellen Pandemie unabsehbar

In den jüngsten 2000 Jahren gab es mindestens 20 Pandemien. Die erste datiert auf die Zeit zwischen 165 und 180 nach Christi Geburt und tötete möglicherweise bis zu zehn Millionen Menschen im Römischen Reich und den angrenzenden Gebieten Europas, Asiens und Afrikas. Vermutlich handelte es sich bei der nach dem Gentilnamen (Geschlechternamen) des römischen Kaisers Mark Aurel benannten Antoninischen Pest um einen Pocken- oder Masern-Ausbruch.

Dem folgten Pandemien wie die nach dem oströmischen Kaiser Justinian benannte Justinianische Pest (541–770) und der Schwarze Tod (1346–1353), die auf den Pestbazillus zurückgingen. Pan-

demisch wurde darüber hinaus die Syphilis, nachdem diese Geschlechtskrankheit 1493 durch die Schiffe des Entdeckers Christoph Kolumbus nach Europa gelangt war. Im 19. Jahrhundert kam es zu drei Cholera-Pandemien – die letzte endete 1860.

Dann verbreiteten sich zwei aggressive Varianten des Grippevirus rund um die Welt. Daraus resultierten die Russische Grippe (1889–1895) und die Spanische Grippe (1918–1920). Letztere forderte zwischen 25 und 50 Millionen Todesopfer – also mehr als der Erste Weltkrieg. Neben dem Schwarzen Tod war das die verheerendste Pandemie in der Geschichte der Menschheit überhaupt.

Seit 1961 grassiert eine von Südostasien ausgehende Cholera-Pandemie, die bis heute nicht beendet ist und in deren Verlauf inzwischen auch bereits mehrere Millionen Menschen gestorben sind. Beides gilt gleichermaßen für die seit 1980 zu konstatierende globale Ausbreitung des Humanen Immundefizienz-Virus (HIV).

Regelmäßige Grippe-Pandemien

Ansonsten traten seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erneut zahlreiche und teils verheerende Grippe-Pandemien auf: 1957/58 die Asiatische Grippe, 1968 bis 1970 die Hongkong-Grippe, 1977/78 die Zweite Russische Grippe, 1995/96 und

Bei der ersten Pandemie des 21. Jahrhunderts spielte erstmals das Coronavirus eine Rolle. Es löste die Lungenkrankheit SARS aus

2004/05 Virus-Grippen ohne Namen, 2004 bis 2016 die Vogelgrippe sowie 2009/10 die Schweinegrippe. Die Gesamtzahl der dadurch Gestorbenen beträgt schätzungsweise vier Millionen.

Bei der ersten Pandemie des 21. Jahrhunderts spielte erstmals ein Coronavirus eine Rolle. Es löste die Lungenkrankheit SARS aus, die sich 2002/03 von China ausgehend über die ganze Welt verbreitete und dabei 774 Menschen in 25 Staaten tötete. Das hatte auch schwere Folgen für die Wirtschaft. Insofern dürfte die aktuelle und sehr viel gravierendere Corona-Pandemie infolge des neuartigen Virus SARS-CoV-2 zu unabsehbaren sozioökonomischen Folgen führen. W.K.

RAHMENBEDINGUNGEN

Was die Corona-Krise verschärft

Die aktuelle Coronavirus-Pandemie unterscheidet sich in einigen wesentlichen Punkten von früheren Pandemien. Da wäre zum Ersten das inzwischen erreichte Ausmaß der Globalisierung, des Massentourismus und der Mobilität, das die nahezu blitzartige Verbreitung von SARS-CoV-2 um die ganze Welt erlaubte, beispielsweise durch die zahlreichen chinesischen Schwarzarbeiter, die nach Norditalien strömten, um in den dortigen Textilfabriken zu schuften und billige Mode „Made in Italy“ zu produzieren.

Zur Globalisierung mit ihrer internationalen Arbeitsteilung gehört auch, dass Medikamente und Impfstoffe nur noch in wenigen Ländern der Welt hergestellt werden. Das führt bereits zu Versorgungsengpässen. Die dürften noch stärkere Ausmaße annehmen, wenn denn ein Corona-Impfstoff zur Verfügung steht. Ähnliches gilt für Schutzmasken und -anzüge, die ebenfalls nicht in ausreichender Menge vorhanden sind, seit der Bedarf um das Hundertfache gestiegen ist. Allerdings kann hier noch eher improvisiert werden, wie der Fall des deutschen Matratzenherstellers Breckle zeigt, der nun auch Mundschutzmasken nähen lässt.

Zum Zweiten rechneten die Zuständigen bis hinauf in die Spitze der Weltgesundheitsorganisation (WHO) eher mit einer weiteren Grippe-Pandemie. Deswegen wurde das Pandemie-Potenzial des neuen Coronavirus zunächst sträflich unterschätzt.

Zum Dritten gibt es in den Demokratien des Westens, der ja ganz erheblich mitbetroffen ist, inzwischen eine weitverbreitete Kultur des Autoritarismus. Behördliche Empfehlungen oder Anordnungen zum Zwecke der Eindämmung der Corona-Welle erscheinen vielen als Zumutung, als inakzeptable Einschränkung der persönlichen Freiheitsrechte.

Und zum Vierten tritt die Corona-Pandemie gerade in einer Phase mehrerer, sich gegenseitig hochschaukelnder Krisen auf. Sie könnte daher erstmals in der Geschichte zu einem weltumspannenden Systemkollaps führen. W.K.

Italienische Beobachtungen

Die zahlreichen Corona-Toten in Italien führen nicht nur zur Schließung des öffentlichen Lebens, sondern auch zu Fragen und Diskussionen um die Zukunft des eigenen Landes, der Europäischen Union – und unserer Freiheit

VON WULF D. WAGNER

Gebannt schaut die Welt dieser Tage nach Italien. Die rasant steigenden Zahlen der Opfer des Coronavirus (allein am Sonntag waren es 651 Tote) schockieren ebenso wie die Bilder von verzweifelten Ärzten oder von den Militärkolonnen, mit denen die Särge aus Bergamo abtransportiert werden, weil die Kapazitäten der örtlichen Krematorien erschöpft sind. Da Deutschland bei der Ausbreitung des Virus (zum Glück nicht bei den Todesfällen) immer ein paar Tage hinter seinem südlichen Nachbarn liegt, gleicht der Blick über die Alpen einem Blick in unsere nähere Zukunft.

Auch politisch könnte Italien sich als ein Orakel für künftige deutsche Verhältnisse erweisen. Die Heftigkeit, mit der das Virus sich ausbreitet, und die weitgehende Hilflosigkeit der politischen Führung führen dazu, dass hier wesentlich entschiedener – und auch offener – über die Folgen der Corona-Krise für das Land und seine Menschen, aber auch für die Europäische Union diskutiert wird.

Die folgenden Ausführungen geben Beobachtungen eines in Berlin und in Palermo lebenden Kunsthistorikers wieder. Zwar ist die Metropole Siziliens, wo ich mich gerade aufhalte, ungefähr so weit vom Epizentrum der Virusbreitung in der Lombardei entfernt wie Hamburg, doch entspricht der Alltag der Sizilianer längst dem des ganzen Landes.

Grün-weiß-rote Ermunterung

Seit Tagen schon weht an einigen Balkonen der Piazza Marina die italienische Trikolore. In Schaufenstern geschlossener Läden der Via Maqueda liegen die Landesfahnen mit dem kleinen Hinweis: „Andrà tutto bene!“ („Alles wird gut gehen!“). Einfache Worte, die hier und da auch an Balkonen meines Viertels in der Altstadt zu lesen sind.

Weiter darf ich nicht mehr, denn längere Spaziergänge oder Sport im Freien, was lange noch möglich war, sind nunmehr auch untersagt. Via Internet hört man auch aus anderen Städten des Landes vom Aufhängen der Trikolore durch die Bevölkerung. Auf Youtube kreisen Filmchen von Italienern, die in ihren Wohnungen isoliert abends auf die Balkone treten, um gemeinsam mit ihren Nachbarn die Nationalhymne oder andere bekannte italienische Lieder zu singen. Zeichen des Zusammenhalts einer großen Kulturnation.

Ob dies in Deutschland denkbar wäre, wenn auch bei uns die Bewegungsfreiheit weiter eingeschränkt würde? Zweifel sind angebracht. Schon twitterte die Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement und Internationales in Berlin, Sawan Chebli (SPD), ihre Bedenken gegen die italienische Heimatliebe. Was sie wohl sagen würde, wenn sie sähe, wie jetzt in Großanzeigen zum Kauf italienischer Waren aufgerufen wird?

Zusammenhalt in der Krise

Patriotische Zusammengehörigkeitsgefühle gelten insbesondere bei den Intellektuellen der Bundesrepublik schon lange als verpönt. Man wird sie wieder lernen. Genauso, wie man wieder lernen wird, die Alten und die Familie zu achten, wie es am 16. März der Soziologe und vormalige Präsident der staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt RAI Francesco Alberoni in der Zeitung „La Verità“ sagte: „Mit dem Virus kehren Staat und Familie zurück.“

In der Bundesrepublik hingegen darf ein in den öffentlich-rechtlichen Medien auftretendes, mit dem Grimme-Preis gefördertes „Browser Ballett“ verkünden: „Wir sagen Ja zu Corona. (...) Es rafft die Alten hin. (...) Das ist nur gerecht.“ Und auch die von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier beworbene Hip-Hop-Band K.I.Z. schreit ihren kreis-



Zeichen des Zusammenhalts einer großen Kulturnation: Von zahlreichen Balkonen hängt in den Tagen der Corona-Krise die italienische Trikolore. Die Alten erfahren Solidarität, keine Schmähesänge wie in Deutschland
Foto: Mauritius

schenden Fans auf einem Konzert zu: „Dabei sterben nur alte weiße Männer!“ In Italien wären derartige Entgleisungen undenkbar.

Meine junge Vermieterin gelangte gerade von Lampedusa, wo sie in der Migrantenbetreuung arbeitet, nach Palermo, um sich selbstverständlich um ihre Eltern zu kümmern, bei denen sie nun wohnt. Und bewegend ist die Geschichte eines kleinen Jungen, der „112“ wählte und die Beamten bat, doch ein mit „Andrà tutto bene“ beschriebenes Bettlaken ins Altenheim zu bringen, denn Besuche sind dort nicht mehr möglich.

Offene Debatten

Und noch in etwas anderem unterscheidet sich Italien sehr von Deutschland: Es sind die vielen freien Denker und die zahlreichen alternativen Medien, in denen sie auftreten können. Italien hat eine bedeutende politische und mediale Opposition; nicht nur gegenüber der derzeitigen linken Regierung, sondern auch intellektuell gegenüber dem, was hier „pensiero unico“ genannt wird, und was man mit „gleichgeschaltetem Denken“ oder der Verpflichtung zur Politischen Korrektheit nur unzureichend übersetzen kann.

Die schwere Krise, in der Italien nunmehr China bei den Todeszahlen überholt hat, zeigt, wie unbedingt notwendig eine politische und geistige Opposition ist. Die politische Opposition besteht aus dem breiten Wahlbündnis „Centrosinistra“ (Mitterrechts) mit seinen inhaltlich durchaus verschiedenen Haltungen: von der moderat-konservativen Partei „Forza Italia“ Silvio Berlusconi – der gerade zehn Millionen Euro für ein neues Krankenhaus spendete –, über die am Konkreten ausgerichtete „Lega“ Matteo Salvini, bis zu den nationalen „Fratelli d'Italia“ („Brüder von Italien“) unter Giorgia Meloni.

Staatspräsident Sergio Mattarella rief diese Opposition auf, mit der Regierung zusammenzuarbeiten. Das wird gehört, aber die Antworten der politischen wie medialen Opposition sind selbstbewusst. So etwa die von Salvini, der bereits als Innenminister (2018–2019) klarmachte, dass ihm das Wohl der Nation wichtiger ist als ferne Brüsseler Wünsche. Und so befasst er sich nun kritisch mit

den von der linken Regierung vorgeschlagenen wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen, hört wie stets achtsam zu, was ihm aus der Bevölkerung zugetragen wird, und stellt sich konstruktiv quer: „Wir sind dabei, die Vorschläge aus dem ganzen Bereich der produktiven Welt zusammenzutragen“, um diese Ideen in das Programm der Regierung einzubringen. Denn vieles fehlt, so Hilfen für die ganz normale steuerzahlende Bevölkerung, vor allem für die Freiberufler. Unter Salvini fünf Vorschläge an den Präsidenten findet sich daher jener zur Aussetzung der Steuern für 2020 für die arbeitende Bevölkerung.

Auch Giorgia Meloni, deren Partei derzeit den größten Zuwachs verzeichnet, findet klare Antworten, etwa zur Idee der Regierung, den Europäischen Stabilitätsmechanismus zu unterzeichnen. Im Interview mit der Zeitung „Il giornale“ sagt sie: „Rom wollen sie [Berlin und Paris] einbinden in den Fonds zur ‚Staaten-Rettung‘, der für uns ein Kommissariat bedeutet, das Ende der Freiheit, Unterwerfung. Sicher alles zu unserem Besten, so sagen sie. Wie es Griechenland erlebt hat.“

Kritische Blicke auf Europa

Überhaupt die EU. Über Wochen kam von dort keinerlei Solidarität. Aus Frankreich kamen „Witze“, die Bundesrepublik verweigerte die Weitersendung von Atemmasken aus China. Merkel bespricht sich mit Macron und von der Leyen, Italien wird nicht beachtet; diese Zurücksetzung wird hier schon lange zur Kenntnis genommen. Umso stärker wird nun überall von „nationaler Solidarität“ gesprochen. Und je weniger die eigene Regierung handelt, umso tätiger treten die Regionalregierungen hervor.

Doch die Opposition ist nicht nur politisch, sie ist – der Höhe des Volkes Machiavellis gemäß – auch intellektuell. Das aber ist von entscheidender Bedeutung. Denn vieles überblicken wir heute noch nicht; um so mehr kommt es auf eine kritische Haltung gegenüber den Mächtigen und Meinungsmachern an. Die Meinungen über die Gefahr des Coronavirus gehen auseinander, im Internet finden sich sachliche medizinische Beiträge, die der Hysterie in den staatlichen Medien

widersprechen; es finden sich breite Analysen zur Situation von Wissenschaftlern und Kennern der Wirtschaft; und es finden sich die unvermeidlichen Verschwörungstheorien. Gerade weil unser wirkliches Wissen noch so im Unklaren liegt, sich Widersprüche zeigen, ist es von entscheidender Bedeutung, dass die mündigen Bürger die Möglichkeit einer breiten, kontroversen Information haben.

Hier zeigt sich einer der gewaltigsten Unterschiede zwischen Italien und der Bundesrepublik. Nonkonformistische, nicht politisch-korrekte, konservative und „rechte“ Bewegungen und Intellektuelle sind hier breit aufgestellt. Freie Denker – um nur die drei jungen Intellektuellen, den Philosophen Diego Fusaro, den Verleger Francesco Giubilei oder auch den Blogger Luca Donadel zu nennen – halten die durch Corona verdeckten Themen aufrecht: neben dem Stabilitätspakt etwa auch Defender Europe 20, ein Manöver nahe der russischen Grenze in Nordeuropa, zu welchem tausende US-Soldaten eingeflogen werden. Andere wie „Radio Radio“ befragen in langen Interviews Wissenschaftler, und die jungen Akademiker von „Il primato nazionale“ suchen nach Lösungen auch in der italienischen Geschichte.

Gefahren für die Freiheit

Schon jetzt weiß man in Italien, dass danach nichts mehr so sein wird wie vorher. Und daher werden Diskussionen, die in der Bundesrepublik verdrängt würden, hier bereits in einer anderen Tiefe offen geführt: zum Beispiel jene Frage nach der eigenen Souveränität; die Frage, was Euro und EU überhaupt bringen; wie letztere umzugestalten oder auch ob sie zu verlassen sei. Und was werden die Voraussetzungen sein – auch die ideologischen –, wenn Brüssel Finanzhilfen verteilt? Professor Paolo Becchi fragte am 15. März in „Libero“, wohin die gegenwärtige Aussetzung fundamentalen Verfassungsrechte führt. Wie steht es mit den Einschränkungen der Bewegungs- und Versammlungsfreiheit? Wird die Situation genutzt, um nun eine unliebsame Opposition zu beseitigen?

In Italien sind die alternativen Medien mit Tageszeitungen, Zeitschriften und Internetportalen nicht nur breiter aufgestellt, sie werden auch deutlicher gehört. Selbstverständlich treten die Chefredakteure Vittorio Feltri von „Libero“ oder Maurizio Belpietro von „La Verità“ in Fernseh-Talkrunden auf; selbstverständlich können sich so streitbare Journalisten wie die kräftige Maria Giovanna Maglie oder der beliebte bekennende Populist Mario Giordano ausführlich äußern. Das wäre bei uns etwa damit vergleichbar, wenn der Chefredakteur der „Jungen Freiheit“ Dieter Stein oder Frank Böckelmann von „Tumult“ im abendlichen Fernsehprogramm zu Wort kämen oder wenn sich Roland Tichy von „Tichys Einblick“ häufiger bei ARD und ZDF äußern dürfte.

Die Pflicht des Bürgers, wachsam zu bleiben, betrifft nicht nur die Gefahren für seine Gesundheit, sondern vielmehr noch seine demokratisch legitimierte Freiheit, zu der gerade auch die Versammlungs- und Meinungsfreiheit gehören. Hierzu gehört ein breites Informationsangebot ebenso wie eine kritische Haltung gegenüber dem medialen Mainstream. Eine freie Gesellschaft muss andere Meinungen aushalten, sonst ist sie keine mehr. Italien ist uns da weit voraus. Deshalb lohnt sich der Blick Richtung Süden auch jenseits der aktuellen Coronavirus-Krise.

Seit Tagen hängt auch an meinem Balkon die italienische Fahne – als Zeichen meiner Solidarität mit diesem wunderbaren Kulturvolk.

● Dr. Wulf D. Wagner lebt als Kunsthistoriker und Publizist in Berlin und Palermo. 2019 übersetzte er den Band „Ich bin Matteo Salvini“ (Manuscriptum) ins Deutsche.

MELDUNGEN

Aufruf zur Plünderung

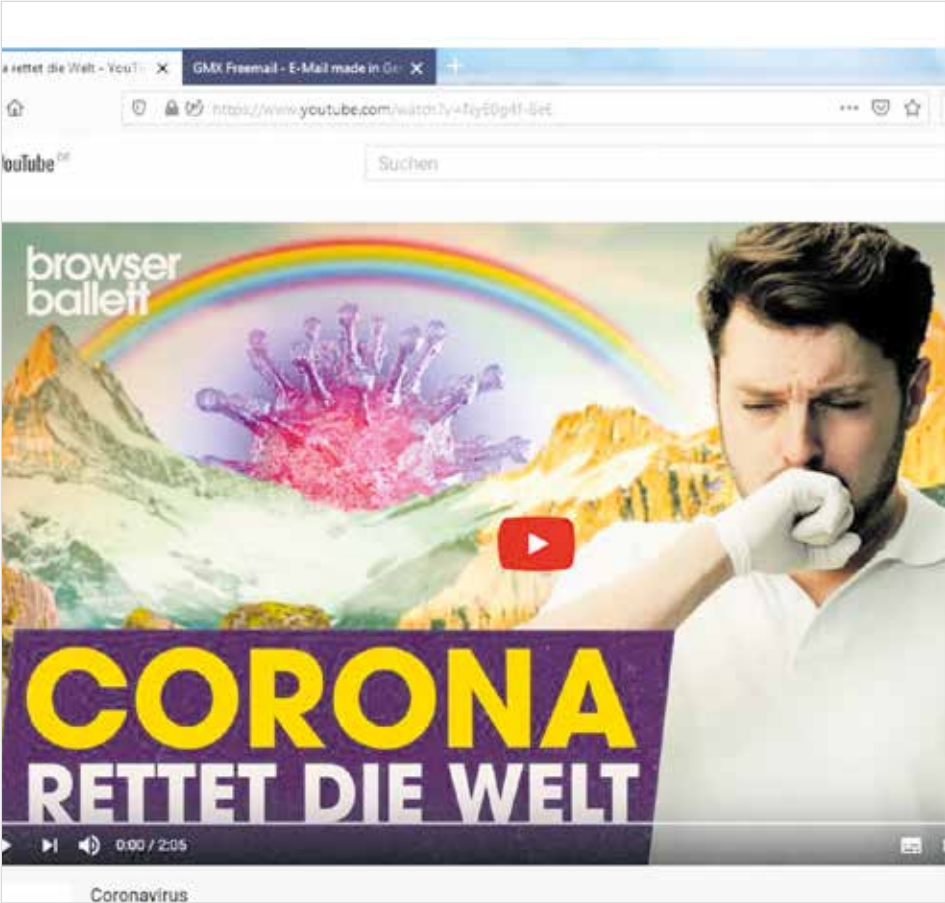
Berlin – Das linksradikale Internet-portal „Indymedia“ hat bereits in der Vergangenheit mehrfach zu Gewalttaten aufgerufen. Ein Verbot der Plattform war erst im Januar dieses Jahres vom Bundesverwaltungsgericht Leipzig bestätigt worden. In einem dennoch abrufbaren aktuellen Beitrag wird für die derzeitige „Corona-Krise“ der „vom Menschen gemachte Klimawandel“ verantwortlich gemacht. Eine erwartete Zuspitzung sei zu nutzen, „unseren revolutionären Beitrag zu den Ausbrüchen von Wut, Ärger, Protesten, Plünderungen und Unruhen zu leisten ... eine Zukunft ansteckender rebellischer Phantasie erwartet uns.“ Weiter heißt es: „Sicher ist, dass das Tragen von Masken neue Möglichkeiten der Anonymität eröffnet.“ In einem anderen Text finden sich ähnlich klare Formulierungen: „organisiert flashmobs, aufstände, plünderungen ... wer nicht organisiert ist, versuche sich zu organisieren als revolutionär, anarchistisch oder feministische kleingruppe oder bande ... geht sprayen“. *E.L.*

Höcke siegt gegen Czaja

Hamburg – Nach Feststellung des Hamburger Landgerichts ist der Thüringer AfD-Fraktionschef Björn Höcke nicht gerichtlich zum Faschisten erklärt worden. Die Richter untersagten dem Chef der FDP-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Sebastian Czaja, damit eine Äußerung, wonach Höcke von einem Gericht als Faschist eingestuft worden sei. Sollte Czaja seine Behauptung wiederholen oder weiterverbreiten, droht ihm ein Ordnungsgeld von 250000 Euro. Ein Teil der Leser könne derartige Äußerungen wie diejenige Czajas so verstehen, dass ein Gericht positiv festgestellt habe, dass Höcke ein Faschist sei. Das aber verletze die Persönlichkeitsrechte des AfD-Politikers. Tatsächlich sei es bei einem Urteil des Verwaltungsgerichts Meiningen nur um die Zulässigkeit einer konkreten Meinungsäußerung in einem konkreten Zusammenhang gegangen. *H.H.*

1,2 Millionen mehr „Hartzter“

Berlin – Etwa 1,2 Millionen Deutsche werden laut Schätzung der Bundesregierung wegen der Corona-Krise noch dieses Jahr in Hartz IV rutschen. Dies geht laut „Focus“ aus dem Entwurf für das „Sozialschutz-Paket“ hervor. Demnach könnten bis zu 700000 der 1,9 Millionen Solo-Selbstständigen und 300000 der 1,6 Millionen Selbstständigen mit Angestellten in die Hilfsbedürftigkeit nach Hartz IV sinken. Hinzu kommen andere Gruppen, deren Einkommen durch Kurzarbeit unter den Hartz-IV-Satz absackt. Hier soll der Bezug der staatlichen Unterstützung vorübergehend erleichtert werden, indem beispielsweise die Vermögensprüfung ausgesetzt wird. Einzelne Branchen hätten wegen Corona einen „erheblichen bis vollständigen Ausfall des Geschäftsbetriebes“ zu beklagen. Die zusätzlichen Ausgaben belasten die öffentlichen Haushalte bei sechs Monaten Laufzeit mit 9,6 Milliarden Euro. *H.H.*



Gilt offiziell nicht als Hasskriminalität: seniorenfeindlicher Zynismus im Internet zum Thema Corona

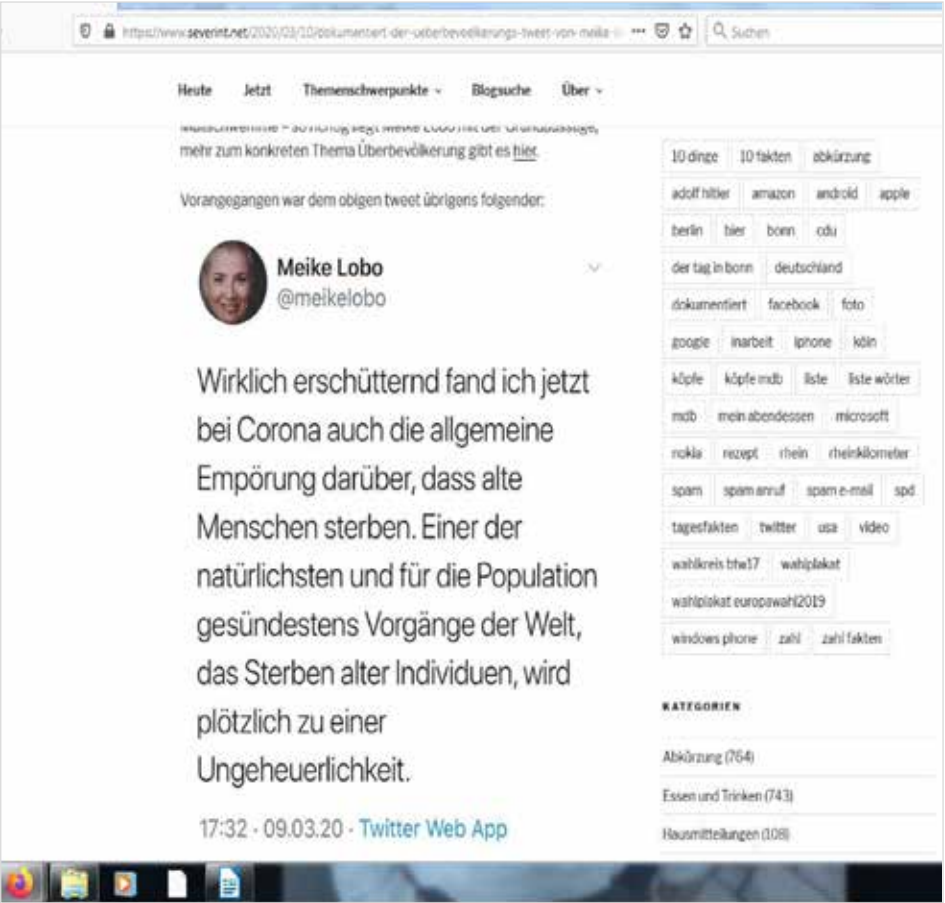


Foto: YouTube; Twitter

GENERATIONEN-ZYNISMUS

„Corona rettet die Welt“

Wie linke Intellektuelle die Krankheit bejubeln und Zuspruch beim medialen Establishment finden

WOLFGANG KAUFMANN

Ältere Menschen sterben deutlich öfter an einer Corona-Infektion als jüngere. Das Risiko, Covid-19 nicht zu überleben, steigt nach derzeitigem Erkenntnisstand zwischen dem 60. und dem 80. Lebensjahr von etwa drei auf rund 15 Prozent. Manchmal ist sogar von 25 Prozent die Rede.

Deshalb glauben viele im jüngeren Alter, die Krankheit könne ihnen nichts anhaben, und ignorieren die behördlichen Verhaltensregeln. Das hat für Senioren höchst gefährliche Folgen. Junge feiern sorglos ihre „Corona-Partys“ und die Alten sterben an dem dadurch leichtsinnig weiterverbreiteten Virus. Solidarität mit der gegenwärtig besonders verletzlichen älteren Generation sucht man gerade in den Großstädten häufig vergebens.

Dazu kommen die menschenverachtenden Kommentare in den sozialen Medien, die sich einmal mehr als asozial erweisen. Da wird von „natürlicher Selektion“ und einer „Entlastung der Rentenkassen“ gefaselt. Und Meike Lobo, die Frau des „SPIEGEL“-Kolumnisten Sascha Lobo, verkündete am 9. März gar über den Kurznachrichtendienst Twitter, bei der Corona-Pandemie handele es sich doch um einen „der natürlichsten und für die

Population gesündesten Vorgänge der Welt“, nämlich „das Sterben alter Individuen“. Wieso werde dies plötzlich zur „Ungeheuerlichkeit“ erklärt?

„Ja zu Corona!“

Noch zynischer fielen die Äußerungen der „Künstler“ der linksradikalen deutschen Hip-Hop-Formation um den Halbkameruner Tarek Ebéné aus. Während eines „Nur für Frauen“-Konzertes anlässlich des Weltfrauentages in der Dortmunder Westfalenhalle brüllten sie von der Bühne: „Leute haben Schiss vor irgend ’nem bescheuerten Virus. Die Wahrheit ist: Dabei sterben nur alte, weiße Männer!“ Daraufhin kreischten dann viele der jugendlichen Zuhörerinnen zustimmend.

Die Präsidentin des GIGA (des „German Institute of Global and Area Studies“/Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien) und Professorin für Internationale Beziehungen an der Universität Hamburg, Amrita Narlikar, zieht angesichts dessen Parallelen zur „spätromischen Dekadenz“.

Des Weiteren sagte sie im Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“: „Ich frage mich, ob die deutsche Gesellschaft anders auf das Virus reagiert hätte, wenn nicht die Älteren, sondern junge Menschen oder gar Kinder die Hauptbetroffenen wären.“

Letztlich kann das aktuell zu beobachtende Aufbrechen eines neuen und teilweise erschreckend brutalen Generationenkonfliktes aber wenig verwundern, wenn man die zunehmend hysterischer verlaufende Klimadebatte im vorigen Jahr betrachtet. Plötzlich war die Oma keine lebenswerte alte Dame mehr, sondern eine „Umwelt“- oder gar „Nazisau.“ An vorderster Front dabei die öffentlich-rechtlichen Medien.

Dass hier keineswegs nur ein Ausrutscher vorlag, zeigt ein aktueller Beitrag auf dem Jugendkanal „funk“, der von der ARD und dem ZDF betrieben und von den Sendern jährlich mit 45 Millionen Euro finanziert wird. Darin verkündet der Mo-

derator Schlecky Silberstein alias Christian Maria Brandes im Rahmen seiner Internet-Show „Bohemian Browser Ballett“: „Ja zu Corona!“ Danach folgt dann die Begründung: „Interessant hierbei, wie fair dieses Virus ist. Es rafft die Alten dahin, aber die Jungen überstehen die Infektion nahezu mühelos. Das ist nur gerecht. Immerhin hat die Generation 65+ den Planeten in den letzten 50 Jahren voll an die Wand gefahren.“

Erschreckend daran ist neben dem Umstand, dass das „Bohemian Browser Ballett“ Träger des Grimme-Preises in der Kategorie Kinder und Jugend von 2019 ist, das deutliche Überwiegen der zustimmenden Reaktionen auf den Beitrag. Einigen tausend negativen Bewertungen standen bald doppelt so viele positive Wortmeldungen zu dem Video „Corona rettet die Welt“ entgegen. Dazu kamen Zuschriften wie: „Die sprechen aus, was viele nur denken!“

Und dann wäre da noch ein zutiefst törichter Artikel von Michael Hanfeld, dem verantwortlichen „FAZ“-Redakteur für Feuilleton Online und Medien, über den angeblich „satirisch“ gemeinten Streifen. Der endet tatsächlich mit den begeisterten Worten: „Wir sagen Ja! zum Bohemian Browser Ballett!“ Moralisch tiefer kann ein Vertreter der etablierten Medien derzeit wohl kaum sinken.

„Leute haben Schiss vor irgend ’nem bescheuerten Virus. Die Wahrheit ist: Dabei sterben nur alte, weiße Männer!“

Hip-Hop-Formation um Tarek Ebéné

AFD

Kompromiss im parteiinternen „Flügel“-Streit

Bundesvorstand beschließt, dass sich das Netzwerk um Höcke und Kalbitz selbst auflöst

Wäre es nicht inmitten der Corona-Krise passiert, der Beschluss des Bundesvorstands der Alternative für Deutschland, dem sogenannten Flügel um den Thüringer Landespartei- und Bundestag-Kollege Björn Höcke die Selbstauflösung nahezu legen, hätte es mit ziemlicher Sicherheit an die Spitze der 20-Uhr-Nachrichten gebracht. So geriet ein Vorgang zur Nebensache, der zeigt, wie unruhig die Stimmung innerhalb der AfD auch sieben Jahre nach ihrer Gründung immer noch ist.

Vor einigen Wochen hatte das Bundesamt für Verfassungsschutz den „Flügel“ erstmals als rechtsextreme Organisation eingestuft und damit den Druck vor allem

auf die Beamten innerhalb der Partei erhöht. Dann tauchte ein Videomitschnitt einer Veranstaltung auf, in dem Höcke davon sprach, innerparteiliche Gegner „ausschwitzten“ zu wollen. Eine Unachtsamkeit oder ein makabres Wortspiel? Darüber gehen die Meinungen auseinander. Die Aufregung war jedenfalls groß. So groß, dass vor der Bundesvorstandssitzung wieder einmal die Gefahr einer Parteispaltung herbeigeredet wurde.

Vor allem in den westdeutschen Landesverbänden wuchs die Wut auf Höcke und seine Mitstreiter. Der rheinland-pfälzische Fraktionsvorsitzende Uwe Junge drohte unverhohlen mit Parteiaustritt,

und Rüdiger Lucassen, Chef des größten Landesverbandes – Nordrhein-Westfalen –, warnte, dass tausende Mitglieder das Weite suchen könnten. Das aus Hamburg stammende Bundesvorstandsmitglied Alexander Wolf erklärte, er und viele andere seien es leid, permanent für Höcke in Sippenhaft genommen zu werden.

Neben Höcke steht vor allem der Brandenburger AfD-Vorsitzende Andreas Kalbitz im Zentrum der Kritik. Der „SPIEGEL“ hatte berichtet, dem Verfassungsschutz lägen Belege vor, dass Kalbitz Mitglied der verbotenen „Heimatreuen Deutschen Jugend“ (HDJ) gewesen sei. Der 47-Jährige bestreitet dies. Dennoch

forderten Junge und andere, der Vorstand müsse den „Flügel“ auflösen und die Mitgliedschaft von Kalbitz für unwirksam erklären.

Dazu kam es allerdings nicht. Nach zähem Ringen einigte sich die Parteispitze auf einen Kompromiss. Der „Flügel“ solle sich selbst auflösen und Kalbitz eine Klage gegen den Verfassungsschutz anstrengen, die Vorwürfe zurückzunehmen. Interessant ist die Tatsache, dass die Entscheidung mit elf Ja-Stimmen gefällt wurde. Nur Kalbitz stimmte dagegen, der stellvertretende Parteivorsitzende Stephan Brandner aus Höckes Landesverband enthielt sich. *Peter Entinger*

MEDIZIN

Das unbeachtete Wirtschaftswunder

Mit dem Projekt „Gesundheitsstadt Berlin 2030“ strebt die Hauptstadt zur Weltspitze der Forschung

VON NORMAN HANERT

Als US-Präsident Donald Trump Anfang März Manager aus der Pharma-Industrie ins Weiße Haus lud, um mit ihnen über Therapien und einen Impfstoff gegen die Lungenkrankheit Covid-19 zu reden, war unter den Geladenen auch der Vertreter eines deutschen Unternehmens.

Auf der Suche nach einem Impfstoff gegen das Coronavirus ist die US-Regierung auf das Tübinger Pharma-Unternehmen CureVac gestoßen. Die Biotech-Firma forscht seit Januar an einem Impfstoff. Dietmar Hopp, der Hauptgesellschafter von CureVac, gibt sich zuversichtlich, noch in diesem Jahr einen Impfstoff vorlegen zu können. „Ich denke aber, zum Herbst müsste das verfügbar sein, und dann käme möglicherweise die nächste Welle erneuter Infektionen“, so der SAP-Mitbegründer Hopp.

Das Beispiel der Tübinger Firma kann als Beispiel für eine Erfolgsgeschichte gesehen werden, die von der Öffentlichkeit bislang kaum richtig wahrgenommen wurde. Im Schatten der jahrzehntelangen Exporterfolge deutscher Autohersteller und Maschinenbauer spielen nämlich deutsche Wissenschaftler und Firmen auch bei der Forschung an neuen Impfmitteln, Medikamenten und Therapien mit an der Weltspitze. Gleiches gilt für die medizinische Forschung, etwa auf Gebieten wie der Dermatologie, der Immunologie oder beim Kampf gegen den Krebs.

Mehr als Bayer, Siemens, Fresenius

Geht es um Pharmahersteller und Medizintechnik, sind dem Normalverbraucher häufig Namen großer Hersteller wie Bayer, Siemens oder Fresenius bekannt. Typisch für die heimischen Pharmafirmen und Medizintechnikhersteller sind jedoch kleine Unternehmen und Mittelständler wie eben der Tübinger Impfstoffhersteller CureVac.

Wie dies auch schon in anderen Branchen zu sehen war, haben auch deutsche Medizintechnikhersteller mit ihren spezialisierten Produkten oftmals hohe Anteile am Weltmarkt erobert. Im Schnitt exportieren die deutschen Medizintechnikunternehmen gut 70 Prozent ihrer Produkte ins Ausland.



Schon jetzt Europas größtes Universitätsklinikum: Forschung an der Berliner Charité

Foto: imago/epd

Auf dem Weltmarkt ist der Bedarf für Medizintechnik riesig: Bereits im Jahr 2015 betrug das weltweite Marktvolumen 371 Milliarden US-Dollar. Noch lange vor der Corona-Krise wurde ein Weltmarktvolumen für Medizintechnik für das Jahr 2022 von über einer halben Billion Dollar prognostiziert.

Mit seiner gut aufgestellten Gesundheitsindustrie hat Deutschland sogar eine echte Trumpfkarte in der Hand: Den Autobau und andere klassische Industriezweige plagten derzeit Zukunftsängste. Fraglich ist, ob die über Jahrzehnte erfolgreichen Branchen künftig überhaupt noch ihre bisherige Bedeutung behalten werden. Bei der Medizin ist Deutschland jedoch ausgerechnet auf Gebieten gut aufgestellt, die Zukunftsforscher als Schlüsselressourcen der Zukunft sehen: Der Ökonom Leo A. Nefiodow vertritt als Anhänger der sogenannten Kondratjew-Zyklen sogar die These, dass die Medizin und das Gesundheitswesen insgesamt die neue

Leitindustrie der nächsten Jahrzehnte werden.

Als Antriebsmotor sieht Nefiodow dabei Basisinnovationen in der Biotechnologie. Tatsächlich haben Wissenschaftler in den vergangenen Jahren gerade in der Gen-Forschung große Fortschritte erzielt. Hinzugekommen ist die Entwicklung in der Robotik, dem 3D-Druck und der Künstlichen Intelligenz.

Forscher sieht Deutschland vorn

Deutschland hat gute Chancen, mit seinem Gesundheitssystem, den Forschungseinrichtungen und den vielen innovativen Unternehmen bei vielen dieser Entwicklungen einen Beitrag zu leisten oder sogar den Maßstab zu setzen. Bereits vor einigen Jahren hat diese Zukunftschance Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller erkannt. Der SPD-Politiker will Berlin mit dem Konzept „Gesundheitsstadt Berlin 2030“ zu einem Spitzenstandort der medizinischen Forschung machen, der es mit der Stanford

University und Medizinmetropolen wie Zürich aufnehmen kann.

Berlin bietet für Müllers Plan tatsächlich gute Voraussetzungen: Die Charité ist Europas größte Universitätsklinik. Zudem verfügt die Stadt sogar noch mit dem „Benjamin Franklin“ über ein zweites Universitätsklinikum und zusätzlich noch über den landeseigenen Vivantes-Klinikkonzern. Dies macht den Medizinstandort Berlin allein schon durch seine hohe Anzahl an Klinikbetten und die vorhandenen Millionen Patientendaten für die Forschung oder die Praxiseinführung von Projekten wie der elektronischen Patientenakte interessant. Sollte Müllers Plan für die „Gesundheitsstadt“ aufgehen, würde Berlin an eine glanzvolle Rolle in der Medizingeschichte anknüpfen, für die Namen wie Robert Koch, Paul Ehrlich und Rudolf Virchow stehen. Gleich der erste Nobelpreis für Medizin ging 1901 an Emil von Behring, dessen Name eng mit dem preußischen Institut für Infektionskrankheiten in Berlin verbunden ist.

TROTZ CORONA

Der Kampf gegen Autofahrer geht weiter

Berlin: Leute sollen Kontakte meiden – doch Verkehrspolitikern attackieren weiterhin Individualverkehr

Corona ist in aller Munde – überall? Nein, nicht überall. Die Berliner Verkehrsverwaltung führt weiter ihren ideologisch motivierten „Krieg“ gegen Autofahrer. Gerade hat die Verkehrsssenatorin Regine Günther (Grüne) in der Ost-Berliner Karl-Marx-Allee mehr als 100 Parkplätze wegfallen lassen, da besteht die Verkehrsverwaltung weiter darauf, Bußgelder fürs Falschparken zu kassieren.

Eine Absicht, die sogenannte Parkraumbewirtschaftung wenigstens während der Corona-Krise auszusetzen, „gibt es nicht“, erklärte die Senatsverwaltung für Umwelt und Verkehr: Für „Pendler, die das Auto für ihren Berufsweg nutzen und weiterhin zur Arbeit erscheinen müssen, ändert sich insofern nichts“. Günther stellt sich damit gegen die Aufforderung der Bundeskanzlerin Angela Merkel

(CDU), die in ihrer Fernsehansprache appellierte, die Bürger sollten soziale Kontakte minimieren. Die Benutzer der Bahnen und Busse aber haben zwangsläufig mehr Kontakte und verursachen damit mehr potenzielle Virusübertragungen. Zumal die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) ihren Verkehr krisenbedingt eingeschränkt haben. Die Gewerkschaft der Polizei übt Kritik: „Wer bei den aktuellen Zuständen ernsthaft noch 15 Euro verlangt, hat den Gong nicht gehört.“

BVG hat Betrieb eingeschränkt

Ihre Ideologie ist Günther offenbar wichtiger als die Gesundheit der Berliner, bemängeln Kritiker. Auch sonst verliert die Verkehrsverwaltung ihr Hauptanliegen nicht aus den Augen. Die West-Berliner Tauentzienstraße soll probeweise für mehrere Wochen für Autos gesperrt wer-

den. Eine weitere Studie, die im Auftrag der Grünen in Berlin erstellt wurde, will das Hallesche Ufer einseitig für Autos sperren und zur Fußgängerpromenade umfunktionieren. Die Kreuzberger Umweltstadträtin Clara Herrmann (Grüne) hatte die Studie in Auftrag gegeben: „Wenn unser Bezirk einen lebenswerteren öffentlichen Raum bekommen soll, dann müssen wir radikal umdenken und umbauen.“ Auch die „Allzweckwaffe“ Citymaut wird bei den Grünen weiterhin diskutiert.

„Verkehrsforscher“ Andreas Knie will die autofahrenden Bürger zusätzlich mit 80 bis 120 Euro pro Monat schröpfen. „Wir gehen davon aus, dass die Hälfte des Bestands von rund 1,2 Millionen Autos (in Berlin, d. Red.) abgeschafft werden kann“, findet Knie. Allerdings schrecken die Koalitionspartner Linkspartei und SPD da-

vor noch zurück. Knie zeigt sich auch davon unbeeindruckt: „Wir würden gerne vorschlagen, dass das Land Berlin tatsächlich sagt: Lasst uns einen Probebetrieb machen.“

Selbst manche Grüne ahnen Ärger

Mittlerweile aber scheint man selbst bei den Grünen Ärger zu ahnen: Sophia van Vügt, Mitarbeiterin der Grünen-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, fürchtet rechtliche Bedenken: Rechtlich könne Berlin die Maut für Bundesstraßen derzeit nicht verlangen – außer der Bund ziehe mit. Vügts eigentliche Sorge ist jedoch: „Wie bringen wir die Zivilgesellschaft dazu, das gut zu finden?“ Nun soll, nach Art der Salomitaktik, die Maut zunächst in einem kleineren Bereich der Innenstadt etabliert werden. Frank Bücker

KOLUMNE

Berlin paradox

VON VERA LENGSEFELD

Berlin hat seinen Ruf als Hauptstadt des Versagens auch in der Corona-Krise bewiesen. Lange blieb der Senat untätig, dann verhängte er eine der schärfsten Ausgangssperren aller Bundesländer. Ein Verstoß würde nicht mehr als Ordnungswidrigkeit, sondern als Straftat gewertet. Die Berliner Grünen glauben aber immer noch, dass zugunsten ihrer höheren Moral solche Regeln nicht gelten sollen. Bekanntlich hat die Bundesregierung die Grenzen geschlossen und auch die Aufnahme von Flüchtlingen nach dem UN-Migrationspakt außer Kraft gesetzt. Wir lassen mal beiseite, dass unsere Grenzen nach wie vor löchrig sind wie ein gut gereifter Schweizer Käse, aber die neuen Regeln sind da, und, wie die Kanzlerin mahnte, von allen einzuhalten.

Trotzdem wandten sich die Grünen an Bundesinnenminister Seehofer mit der Bitte, geflüchtete Kinder aus den Lagern in Griechenland nach Berlin zu holen. Dafür brauchen die Grünen Seehofers Erlaubnis. Unterscriben haben den Brief Wirtschaftsssenatorin Ramona Pop, die beiden Fraktionschefinnen Silke Gebel und Antje Kapek sowie die Integrationspolitische Sprecherin der Fraktion im Abgeordnetenhaus, Bettina Jarasch: „Wir bitten Sie inständig, lassen Sie uns als Bundesland zumindest diesen kleinen Beitrag für Humanität und Menschenwürde leisten.“

Vorher hatte die rot-rot-grüne Koalition mitten in der Corona-Krise beschlossen, dass sie Kinder auf dem Weg über den Paragraph 23 des Aufenthaltsgesetzes nach Berlin holen möchte. Der besagt, dass die oberste Landesbehörde „aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen“ Ausländern eine Aufenthaltserlaubnis erteilen kann.

Wer die Erlaubnis erteilen soll, wo die Berliner Behörden praktisch stillgelegt sind und wo die angeblichen Kinder mit ihren Familien quarantänegerecht untergebracht werden sollen, darüber haben sich die Grünen anscheinend keine Gedanken gemacht, denn dann hätten sie diesen Brief nicht geschrieben. Wenn Seehofer, wie vermutet wird, die Erlaubnis erteilt, hat Berlin sich das nächste schier unlösbar Problem selbst organisiert.

MELDUNG

Rätsel um Amri

Berlin – Im Untersuchungsausschuss des Bundestags zum Terroranschlag am Berliner Breitscheidplatz 2016 sind Ermittlungsergebnisse bekannt geworden, die an der Version vom Alleintäter Anis Amri zweifeln lassen. Laut der Zeugenaussage eines Polizeibeamten hat die Auswertung von Finger- und DNA-Spuren, die dem mutmaßlichen Attentäter Amri zugeordnet werden können, zwei Treffer ergeben. Fundstelle dieser Spuren soll aber nicht das Innere der Fahrerkabine des Lkw, sondern die Außenseite der Fahrertür gewesen sein. Der Untersuchungsausschuss hat sich zudem mit einer 30-sekündigen Videoaufnahme der Berliner Verkehrsbetriebe aus der Unterführung am Hardenbergplatz beschäftigt. Die Aufnahme zeigt Amri viereinhalb Minuten nach der Tat, wie er in ruhigem Tempo offenbar in Richtung des Tatorts geht. Ein BKA-Beamter kommentiert die Aufnahme im Ausschuss mit den Worten „Irgendetwas ist nicht schlüssig.“ N.H.

● MELDUNGEN

Warschau schließt Grenze

Warschau – Polnische Behörden haben zur Eindämmung der Corona-Epidemie in diesem Monat rigide Einreisekontrollen eingeführt. Während einreisende Polen für zwei Wochen in Quarantäne müssen, dürfen Ausländer nur noch in Ausnahmefällen einreisen. Die polnischen Kontrollen verursachten in Brandenburg und Sachsen erhebliche Rückstaus von Lastkraftwagen auf den Autobahnen. Ein Stau auf der A12 erreichte zeitweilig eine Länge von 70 Kilometern. Ähnlich wie die polnische Regierung hat auch die ungarische strenge Einreiseregeln erlassen, die zu langen Staus an der Grenze zu Österreich führten. Laut dem Schengener Grenzkodex dürfen die teilnehmenden Länder „als letztes Mittel“ vorübergehend wieder Grenzkontrollen einführen, wenn die öffentliche Ordnung oder die innere Sicherheit in einem Mitgliedsstaat ernsthaft bedroht ist. Ein Sprecher der EU-Kommission sagte, Brüssel würde derzeit nicht gegen Regelverstöße der Mitgliedsstaaten vorgehen. *N.H.*

Albanien soll in die EU

Brüssel – Die Europäische Union will Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien aufnehmen. Darauf einigten sich die Europaminister der 27 Mitgliedstaaten. Noch im Oktober war die Aufnahme der Verhandlungen am Widerstand Frankreichs, Dänemarks und der Niederlande gescheitert. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hatte zunächst eine Reform des Aufnahmeverfahrens gefordert, die inzwischen vorgelegt wurde. Kurz darauf beschienigte die EU-Kommission den beiden Balkanstaaten gute Fortschritte auf dem Weg in die Gemeinschaft. So hat Nordmazedonien seinen Namen geändert, um den Streit mit Griechenland zu beenden. Albanien wird aus Brüssel attestiert, eine beispiellose Justizreform „auf den Weg gebracht“ zu haben. Das Land ächzt jedoch auch weiterhin unter grassierender Kriminalität und Korruption. *H.H.*

Provokationen eskalieren

Athen – Nach Informationen von „Tichys Einblick“ („TE“) hat die Türkei die Attacken auf die griechische Grenze mit Hilfe ziviler Grenzverletzer im Schatten der Corona-Krise wieder verschärft. Medien hatten berichtet, dass Ankara die Grenze „geschlossen“ habe. Dies beziehe sich aber nur auf die Einreise in die Türkei, nicht auf die illegale Ausreise nach Griechenland. Türkische Einsatzkräfte attackieren demnach die griechischen Grenzschilder mit Tränengas und Störungen der Kommunikation, um es gewalttätigen Eindringlingen zu ermöglichen, auf griechisches Gebiet vorzudringen. Laut „TE“ plant das Erdogan-Regime zudem, ein Drittel seiner Gefängnisinsassen zu entlassen. Die Strafanstalten des Landes seien zu 136 Prozent belegt. Es werde befürchtet, dass die entlassenen Straftäter die Lage an der griechischen Grenze weiter verschärfen könnten. Unterdessen meldet auch Zypern Anlandungen illegaler Einwanderer an seiner Küste. *H.H.*



Ließ den ethnischen Konflikt eskalieren: Thaksin Shinawatra, Thailands Premierminister von 2001 bis 2006

Foto: DoD/Helene C. Stikkel

THAILAND

Wenig Grund zur Hoffnung

Friedensgespräche zwischen Regierung und muslimischen Separatisten aus den Südprovinzen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Derzeit finden in der malaysischen Hauptstadt Kuala Lumpur Gespräche zwischen Vertretern der thailändischen Regierung und Abgesandten der muslimisch-separatistischen Untergrundorganisationen statt, welche Narathiwat, Yala und Pattani seit 2004 terrorisieren. In jenen drei Südprovinzen Thailands an der Grenze zum mehrheitlich von Moslems bewohnten Malaysia stellen nicht, wie sonst in Thailand, die Buddhisten die Mehrheit, sondern ethnische Malaier, die dem sunnitischen Islam anhängen.

In zwei Dritteln der Provinzen beträgt der Bevölkerungsanteil der Malaier bis zu 80 Prozent. Sie empfinden wenig Sympathien für die Zentralregierung in Bangkok und die thailändische Monarchie. Deshalb streben sie bereits seit 1902 nach Autonomie oder gar Selbstständigkeit. Damals wurde das im rapiden Niedergang befindliche muslimische Sultanat Pattani von seinem thailändischen Nachbarn, der damals noch Siam hieß, annektiert. Die Folge waren permanent aufflammende kleinere Aufstände, die jedoch zunächst immer schnell wieder endeten.

Während der Regierungszeit von Premierminister Thaksin Shinawatra von 2001 bis 2006 sorgte wachsender Assimilationsdruck für eine Eskalation. Die Yawi sprechenden Muslime sträubten sich vor allem gegen die Einführung von Thai als Amts- und Schulsprache. Am 4. Januar 2004 verübten islamische Separatisten Terroranschläge auf 20 Schulen und attackierten mehrere Polizeiposten. Als Reaktion hierauf stürmten am 28. April 2004 Einheiten der Armee die Krue-Se-Moschee im Landkreis Mueang Pattani, in der sich 32 Terroristen verschanzt hatten, und töteten diese sowie einige Dutzend Sympathisanten.

Seitdem tobt ein verbissener Kampf in den drei thailändischen Südprovinzen. Dieser kostete inzwischen 7000 Menschen das Leben. Die meisten waren buddhistische Zivilisten, die bei Bombenanschlägen starben. Gezielt attackieren die muslimischen Terroristen Schulen und Lehrer, die sie als Verkörperung der Zentralmacht betrachten. Infolgedessen flüchteten schon mehrere zehntausend Buddhisten aus ihrer angestammten Heimat.

Im Februar 2013 begannen schließlich erste Gespräche über eine Beilegung des Konflikts. Diese scheiterten jedoch daran,

dass diverse Terrorgruppen ihre Interessen bei den Unterredungen unzureichend vertreten fühlten und deshalb aus deren Reihen am 1. Mai 2013 ein Angriff auf ein Restaurant in der Provinz Pattani stattfand, bei dem mehrere Gäste getötet wurden, darunter ein zweijähriges Kind.

Zahlreiche weitere Mordaktionen folgten – die letzte am 6. November vergangenen Jahres. Zweieinhalb Monate später vereinbarten die islamischen Separatisten und die Führung in Bangkok, vertreten durch Anas Abdulrahman alias Hipni Mareh und General Wanlop Rugsanaoh, einen erneuten Dialog über die Beendigung des Konfliktes.

Regierung fehlt ein Ansprechpartner

Es ist allerdings nicht zu erwarten, dass die mittlerweile stattfindenden Gesprä-

che tatsächlich zu einer Lösung führen werden. Zwar sitzen nun auch Vertreter der größten muslimischen Terrororganisation Südthailands, der Barisan Revolusi Nasional Melayu Pattani (BRN), mit am Verhandlungstisch. Doch die Separatistenbewegung unter der Fahne des Islam ist extrem zersplittert. Neben der BRN gibt es rund ein Dutzend weitere Gruppierungen, die jeweils eigene Ziele verfolgen und in denen zudem nochmals unterschiedliche, teilweise auch miteinander zerstrittene Fraktionen existieren.

Einige dieser Organisationen wollen nur mehr Autonomie für die malaiischen Muslime innerhalb des buddhistischen Gesamtstaates, andere streben nach der kompletten Unabhängigkeit der drei Südprovinzen. Und manche träumen sogar von einem großen islamischen Staat namens Pattani Darussalam, der zusätzlich noch die Provinzen Perak und Kelantan im Norden Malaysias einschließt.

Deshalb steht zu befürchten, dass letztlich wieder eine der Gruppierungen mit demonstrativer Brutalität losschlagen wird, um Friedensregelungen zu sabotieren, die nicht nach ihren Vorstellungen sind. So dürfte der Süden Thailands ein höchst unsicheres Pflaster bleiben.

Die Separatistenbewegung ist extrem zersplittert und uneins in den Zielen

SAUDI-ARABIEN

Mit Waffengewalt gegen Einwanderungswillige

Tausende werden von Grenzsoldaten erschossen, wenn sie nicht schon vorher im Jemen verhungert sind

Unabhängig davon, ob es sich um Muslime handelt oder nicht, hindert Saudi-Arabien Grenzschutz Armutsmigranten aus Afrika, die im Königreich illegal arbeiten wollen, notfalls mit Waffengewalt daran, das Staatsgebiet zu betreten. Tausende vorwiegend aus Äthiopien stammende afrikanische Asylsucher werden an der Grenze zu Saudi-Arabien von Grenzsoldaten erschossen, wenn sie nicht schon vorher auf dem Weg nach Saudi-Arabien im Bürgerkriegsland Jemen bereits verhungert sind. Das zeigt eine Dokumentation des französischen Auslandsfernsehsenders mit Schwerpunkt Nachrichten France24.

Trotz des anhaltenden Krieges und der an Brisanz gewinnenden humanitären Krise im Jemen hat die Zahl der Ankünfte ostafrikanischer Migranten in der Jemenitischen Republik in den letzten vier Jahren stark zugenommen. Die Internationale Organisation für Migration (IOM) dokumentiert, dass 2017 fast 90000 Ostafrikaner, neun Zehntel davon Äthiopier, in den Jemen eingereist sind. Im Jahr 2018 kamen mehr als 150000 Migranten in den Jemen. Und in den ersten acht Monaten des Jahres 2019 waren es fast 100000.

Seit dem Beginn des Bürgerkrieges im Jahr 2015 kamen insgesamt fast 700000 Menschen, hauptsächlich Äthiopier und

Somalier, über das Rote Meer in den Jemen. Da auch im Jemen alle staatlichen Strukturen zusammengebrochen sind, hoffen die Migranten ähnlich wie in Libyen, im allgemeinen Chaos das Land ungehindert von jeglicher Staatsmacht durchqueren zu können. Ist im Falle Libyens die Mittelmeerküste das Ziel, so ist es im Falle Jemens die Grenze zu Jemens wohlhabendem Nachbarn Saudi-Arabien.

Keine Privilegierung von Moslems

Allerdings schaffen nur ganz wenige Migranten den Weg vom südlichen Jemen nach Norden zur saudischen Grenze. Der Bezirk al-Raghwah in der Nähe der Stadt

Saada ist der Transitpunkt zum ölreichen Königreich. Für die allermeisten Migranten ist dies die letzte Station auf ihrer Reise. Dieses Tal, auch das Tal des Todes genannt, wird von saudischen Flugzeugen und von Grenzsoldaten oft bombardiert, weil von hier aus die jemenitischen schiitischen Huthi-Rebellen auf saudisches Gebiet schießen. Der Geruch von Schießpulver und Leichen liegt dort in der Luft.

Fast jeden Tag sterben dort Migranten. Es handelt sich um Personen, die es geschafft hatten, Kontinentsgrenzen zu überqueren, die dem Tod auf See ins Auge gesehen hatten, die Krankheiten und Hunger überlebt hatten. *Bodo Bost*

VON DIRK PELSTER

Es könnte ein schlechtes Omen sein, dass die Bundespolitik ihre Schritte zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der durch das Coronavirus verursachten Pandemie ausgerechnet an einem Freitag den 13. vorstellte. Vor allem aber ist das von Finanzminister Olaf Scholz und Wirtschaftsminister Peter Altmaier zusammengeschürte Maßnahmenpaket eine ungewollte Selbstoffenbarung, die einerseits erkennen lässt, dass die nun einsetzende Depression nur teilweise auf den weltweit grassierenden Krankheitserreger aus China zurückzuführen ist und die zum anderen den geringen ökonomischen Sachverstand der deutschen und europäischen Fiskalpolitik demonstriert.

Während die aktuell von Staaten und Unternehmen eingeleiteten Aktivitäten zum Gesundheitsschutz ihrer Bürger und Mitarbeiter durchaus nicht unerhebliche Auswirkungen auf Lieferprozesse und Wertschöpfungsketten der Realwirtschaft zeigen, versucht die Bundesregierung, die Risse im System durch die Bereitstellung zusätzlicher Liquidität zu kitten. Sie setzt damit die fatale Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) fort, die maßgeblich für die nun sichtbar werdenden Probleme verantwortlich ist, was sich nicht nur in der Verwendung besonders martialisch anmutender Wortbilder zeigt.

EZB für Probleme mitverantwortlich

Brachte einst der zwischenzeitlich ausgeschiedene EZB-Chef Mario Draghi mit dem Absenken des Leitzinses und der expansiven Ausdehnung der Geldmenge noch seine „Bazooka“ – ein nach einer US-Panzerabwehrhandwaffe benannter bildhafter Vergleich – in Stellung, um die Folgen der Eurokrise zu bekämpfen, so sprach Scholz nun davon, auch seine „Waffen auf den Tisch“ zu legen. Neben der sinnvollen Maßnahme einer Ausweitung des Kurzarbeitergeldes für angeschlagene Unternehmen, die der Verhinderung von Massenentlassungen dient, gehören hierzu Steuerstundungen, Bürgschaften und Kredite für Unternehmen.

Ebenso schloss der Minister nicht aus, dass sich der Staat an notleidenden Firmen beteiligen könnte. Das vorgestellte Paket ähnelt dabei denen der zurückliegenden Finanzkrisen. Anders als damals wenden sich die nun in Aussicht gestellten Verheißungen jedoch nicht primär an systemrelevante Banken, sondern an die Realwirtschaft. Dies ist ein erheblicher Unterschied, der zeigt, dass hier auf sehr dünnem Eis operiert wird.

Während die Pleite der New Yorker Lehman-Bank im Jahr 2008 dazu führte, dass sich Finanzinstitute weltweit gegenseitig misstrauten und kaum noch Kredite ausgaben, was erst dann auf andere Wirt-



Explosiv: Die Maßnahmenpakete der Politik sind so gefährlich wie Feuergranaten

Foto: Mauritius

WIRTSCHAFTSHILFEN

Ein Spiel mit dem Feuer

Gegen Massenpleiten stellt der Staat Abermilliarden bereit. Das wird nicht nur helfen, sondern auch die „Zombifizierung“ der Wirtschaft verschärfen

schaftszweige durchschlug, beeinträchtigt die aktuelle Pandemie vornehmlich normale Unternehmen. Die von der Bundesregierung nun bereitgestellten Milliarden dürften daher vor allem von solchen Betrieben in Anspruch genommen werden, die über keine eigenen Rücklagen verfügen und die auch keine regulären Bankkredite mehr erhalten. Betroffen ist sicher eine unüberschaubare Zahl von Kleinbetrieben, die ohne eigene Schuld über kaum zusätzliche Mittel verfügen, um einen plötzlichen Einbruch der Einnahmen abzufedern – die aber ansonsten als solide anzusehen sind.

Betriebe ohne eigene Rücklagen

Geholfen wird auf diese Weise aber auch Firmen, die Produkte und Dienstleistungen anbieten, die eigentlich nicht mehr wettbewerbsfähig sind und die unter regulären Marktbedingungen bei „norma-

len“ Zinssätzen bereits ihr Geschäft hätten einstellen müssen, denn ihnen wäre entweder von vornherein kein Kredit eingeräumt worden oder sie hätten hierfür extrem hohe Zinsen zahlen müssen. Durch die von der EZB verfolgte Politik des billigen Geldes hat sich die Zahl dieser nicht profitablen Wirtschaftsakteure in den letzten Jahren vervielfacht.

Ökonomen gehen mittlerweile davon aus, dass solche „Zombie-Unternehmen“ einen Anteil von 15 Prozent der Gesamtwirtschaft ausmachen. Die Reaktion der Börsen auf die jüngsten Leitzinssenkungen und Geldmengenausweitungen der wichtigsten Notenbanken der Welt hat gezeigt, dass die Finanzmärkte die Wirkungslosigkeit dieser Manöver längst durchschaut haben. Die Kursstürze nach Bekanntgabe ihrer jüngsten Maßnahmen offenbaren, dass auch das Pulver der EZB bereits verschossen ist. Denn normaler-

weise lösen solche Zinssenkungen ein Kursfeuerwerk an den Börsen aus. Diesmal geschah nichts dergleichen.

„Bazooka“ blieb ohne Wirkung

Ihre Nullzinspolitik hat die Banken in Europa an den Rand ihrer Existenz geführt und damit praktisch handlungsunfähig gemacht. Nun schwingt sich Olaf Scholz auf, die aufkommende Depression mit denselben Mitteln zu bekämpfen, welche die eigentliche Ursache dafür sind, dass die Wirtschaft bereits erheblich geschwächt in die Corona-Krise hineinschneidet. Das Coronavirus ist tatsächlich nur ein Auslöser und wird zugleich willkommene Ausrede sein. Am Ende zahlen die Steuerpflichtigen die Folgen dieser verfehlten Fiskalpolitik. Und schließlich wird es die Geldwertstabilität sein, die von der neuen „Bazooka“ niedergestreckt werden dürfte.

LUFTFAHRTBRANCHE

Corona setzt Fluglinien und Flugzeugbauern zu

Washington soll intervenieren und wird es wohl auch – Lage von Lufthansa und Airbus relativ komfortabel

Der Einbruch der Passagierzahlen als Folge der Corona-Krise hat die Luftfahrtbranche innerhalb kurzer Zeit in eine tiefe Krise gestürzt. Reisebeschränkungen und eine geringe Nachfrage nach Flugtickets haben den Luftverkehr weltweit fast zum Erliegen gebracht. Der Branchenverband IATA schätzt, dass der Nachfrageeinbruch die Fluglinien in diesem Jahr allein im Passagiergeschäft Erlöse von 63 bis 113 Milliarden US-Dollar kosten wird. Das australische Beratungsunternehmen „CAPA Centre for Aviation“ prognostiziert, dass weltweit ein großer Teil der Fluglinien bis Ende Mai in die Pleite rutscht, sollten keine Staatshilfen fließen.

In der Lufthansa-Gruppe sind derzeit nur noch rund 60 Flugzeuge unterwegs,

die restlichen 700 Flieger der Flotte bleiben am Boden. Trotz dieser Stilllegungen befindet sich Deutschlands größte Fluglinie im Vergleich zu vielen Konkurrenten noch in einer verhältnismäßig guten Position, denn mehr als 80 Prozent der Lufthansa-Flotte sind Eigentum des Unternehmens. In der Branche ist hingegen das Leasen von Maschinen weitverbreitet. Gerade solche Airlines befinden sich nun in einer besonders schwierigen Lage. Krisenbedingt brechen die Einnahmen weg, die weiterlaufenden Leasingkosten lassen schnell die finanziellen Reserven schrumpfen.

Speziell die großen US-Fluggesellschaften trifft das Wegbrechen der Einnahmen in einer besonders misslichen

Ausgangslage. Wie die Nachrichtenagentur Bloomberg berichtet, haben die großen Fluglinien in den Vereinigten Staaten in der Zeit von 2010 bis 2019 ihre verfügbare Liquidität fast vollständig für Aktienrückkäufe verwendet, um Kurspflege zu betreiben. In der aktuellen Situation hoffen die Unternehmen nun auf die Unterstützung des Staates. Allein die US-Fluglinien wollen Staatshilfen im Volumen von über 50 Milliarden US-Dollar beantragen.

Auch Boeing hofft angesichts der Corona-Krise auf staatliche Hilfen. Der ohnehin angeschlagene Konzern hat nach eigenen Angaben seine Kreditlinie von 13,8 Milliarden Dollar vollständig ausgeschöpft. Angesichts der Corona-Krise fordert der Flugzeugbauer aus Seattle von

der Regierung nun ein Rettungspaket in einer Größenordnung von mindestens 60 Milliarden Dollar für die Flugzeugindustrie.

Als Teil eines großen Konjunkturpakets hat die US-Regierung inzwischen beschlossen, Flugzeugbauern, Flughäfen und Fluggesellschaften in den USA mit insgesamt 50 Milliarden Dollar unter die Arme zu greifen. Bislang noch kein Rettungspaket benötigt offenbar der europäische Flugzeugbauer Airbus. Bei einem Krisentreffen mit dem Luftfahrtkoordinator der Bundesregierung sollen Manager des Unternehmens signalisiert haben, erst in einem „Worst-Case-Szenario“, also im schlimmsten Falle, auf Staatshilfen angewiesen zu sein. *Norman Hanert*

● MELDUNGEN

Weltrekord im Datendurchsatz

Frankfurt am Main – Der Betreiber des weltweit größten Internetknotens DE-CIX in Frankfurt am Main meldet eine neue Weltrekordmarke im Datendurchsatz. Nachdem im vergangenen Dezember bereits ein Durchsatz von acht Terabit pro Sekunde erreicht worden war, bewältigte das Datendrehkreuz am Abend des 10. März den neuen Rekordwert von 9,1 Terabit pro Sekunde. Die Verantwortlichen der DE-CIX Group AG nennen die außergewöhnliche Situation durch das Coronavirus, das viele zur Untätigkeit oder zum Arbeiten im Homeoffice zwingt, als den Hauptgrund für den massiven Anstieg des Datendurchsatzes. Auch andere große Internetknotenpunkte wie New York und Madrid melden seit dem Ausbruch der Pandemie eine verstärkte Nutzung des Internets zum Informationsaustausch, zum Streaming von Filmen und für Online-Spiele. Insgesamt hat sich der Datendurchsatz von DE-CIX in den letzten fünf Jahren mehr als verdoppelt. *N.H.*

Russland trotz Ölpreisverfall

Moskau – Obwohl sich die wirtschaftliche Lage in Russland aufgrund des Ölpreisverfalls seit Anfang März drastisch verschärft hat, besteht laut Kremlsprecher Dmitrij Peskow kein Anlass, von einer Katastrophe zu sprechen. Die Regierung und Präsident Wladimir Putin hätten mit einer ausreichenden Sicherheitsrücklage für mehrere Jahre vorgesorgt. Zuletzt hatte der Nachfragerückgang wegen der Corona-Krise vor allem aus China den Ölpreis auf unter 40 Dollar gedrückt. Daneben gibt es Streit mit Saudi-Arabien über die Fördermengen, was zum vorläufigen Scheitern der sogenannten „Opec+“ führte. Während Saudi-Arabien noch das bis Ende März vereinbarte Beschränkungsabkommen einhalten will, versucht Russland, die US-Konkurrenz der Schieferöl-Produzenten durch einen niedrigen Ölpreis unter Druck zu setzen. In dieser Situation könnte ein neuer Trend Russland eine willkommene Hilfe sein: Die Nachfrage nach Heizöl steigt. In Deutschland zeichnet sich beim Heizöl eine Tendenz zum Hams-tern ähnlich wie bei Nudeln ab. *MRK*

Die Ukrainer sollen bleiben

Warschau – Polnische Landwirtschaftsverbände und Gewerkschaften fordern, dass ukrainische Gastarbeiter trotz der Corona-Pandemie im Land verbleiben dürfen. Die Regierung hatte mit einem außerordentlichen Erlass Mitte März die Grenzen zu den Nachbarländern, auch zur Ukraine, geschlossen, um die Ausbreitung des Coronavirus zu vermeiden. Dank der ukrainischen Arbeitskräfte, so das Argument der Verbände, habe sich Polen eine führende Position in der Lebensmittelindustrie erarbeitet. Dank ihnen hätte auch das Wirtschaftswachstum in den vergangenen Jahren erhalten werden können. Die Arbeitskräfte würden dringend gebraucht, um die Agrar- und Lebensmittelproduktion aufrechtzuerhalten. Viele Ukrainer arbeiten auch in der Industrie. Zudem hätten die Arbeitgeber in ihre Entwicklung und ihre Ausbildung investiert. *MRK*

KOMMENTARE

Das Monster Inflation

HANS HECKEL

Mit gigantischen Hilfspaketen aus Krediten und Zuschüssen wollen sich Bund und Länder, aber auch die EU, die EZB und die anderen Euro-Staaten einem drohenden wirtschaftlichen Jahrhundert-Einbruch infolge der Corona-Krise entgegenstemmen. Die Maßnahmen werden allgemein begrüßt, nur wenige Mahner deuten auf ein Monster, das sich hinter dieser Mammut-Geldspritze erhebt: eine möglicherweise außer Kontrolle geratende Inflation.

Kein Zweifel: Wenn politische Maßnahmen Millionen von Unternehmen an den Rand des Abgrunds führen, dann ist auch die Politik aufgerufen, Ausgleichsprogramme zu starten. Das Problem: Schon nach der Finanzkrise 2008 hatten Regierungen und Notenbanken die Schleusen geöffnet. Doch sie haben es unterlassen, sie anschließend wieder zu schließen, etwa durch höhere Zinsen.

Der „Überschuss“ der vergangenen Jahre, auf den Finanzminister Olaf Scholz so stolz verweist und der nun all die teuren Finanzhilfen ermöglichen

soll, war nicht die Folge sparsamer Haushaltsführung des Staates. Dieses Geld wurde den Sparern, Lebensversicherten und privat Rentenversicherten zugunsten des Staatssäckels aus der Tasche gezogen.

Ihnen, den Bürgern, droht nun eine weitere Enteignung. Geld, das ohne realwirtschaftliche Deckung aus dem Nichts geschaffen wird, ist Inflationsgeld. Ohne den realwirtschaftlichen Gegenwert aus zusätzlichen Waren und Dienstleistungen treiben solche Geldschöpfungen aus dem Nichts und in das Nichts irgendwann die Preise.

Dies wird wohl noch nicht gleich geschehen. Die anlaufende Wirtschaftskrise dürfte die Preise zunächst sogar fallen lassen („Deflation“), weil viele Menschen ihr verbliebenes Geld zusammenhalten. Die Crux: Sobald die Stützungsmaßnahmen endlich greifen, die Wirtschaft also wieder Fahrt aufnimmt, werden sich all die Gelder aus den Hilfsfonds tatsächlich in den Markt ergießen und dort einen Preisauftrieb erzeugen, der die Spargroschen der Deutschen brutal entwertet.

Unter dem Radar

ERIK LOMMATZSCH

Verstehen muss man unsere politische Führung nicht immer. Dies würde, wie der frühere CDU-Minister Thomas de Maizière einst anmaßend formulierte, „die Bevölkerung verunsichern“. Die Rede ist hier nicht von der „Corona-Krise“, deren Handhabung ebenfalls arge Zweifel an Weitblick aufkommen lässt, sondern von der nach wie vor existenten „Flüchtlingskrise“. Der Blick ist gegenwärtig fast völlig auf das Virus gerichtet. Andere politische Probleme haben sich jedoch nicht rücksichtsvoll in Quarantäne begeben.

Im Februar „öffnete“ der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan die Grenze, was einen Ansturm von Migranten auf die EU zur Folge hatte. Niemand stellte die Frage, warum es uns eigentlich tangiert, wenn ein anderer Staat seine Grenzen „öffnet“. Zu selbstverständlich ist der Gedanke, dass wir zur Verteidigung unserer Grenzen nur bedingt bereit wären. Der erwähnte Ex-Minister sprach von möglicherweise „hässlichen Bildern“. Deutschland und

die EU hatten das Ganze verlagert und die Durchsetzung der Türkei überlassen. Nicht völlig umsonst. Erdoğan monierte nun, man habe ihm die vereinbarten sechs Milliarden nicht gezahlt. Eine EU-bezügliche Visafreiheit und ein Ausbau der Zollunion seien nicht umgesetzt worden.

Hieß es zunächst, Erdoğan „erpresse“ die EU, wurde ihm nun per Videoschaltung durch die Bundeskanzlerin „die Aufstockung der EU-Mittel“ versprochen. Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron und der britische Premier Boris Johnson nahmen an der Konferenz teil. Wieso Merkel für die EU insgesamt spricht und Johnson eingebunden wurde, bleibt dem Laien unklar. Erdoğan dürfte im Schatten von Corona sein Ziel erreicht haben.

Auch anderes erstaunt. Trotz der gegenwärtigen Abschottung will Innenminister Horst Seehofer weiterhin minderjährige Flüchtlinge aus griechischen Lagern aufnehmen. Und regulär einreisen darf nach Deutschland zurzeit kaum jemand, es sei denn, er sagt: „Asyl“. Nein, man muss das nicht verstehen.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem

Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.preussische-allgemeine.de

E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Fand Vaterlandsliebe „stets zum Kotzen“ und „wusste mit Deutschland nichts anzufangen und weiß es bis heute nicht“: der Bundesvorsitzende der Grünen Robert Habeck
Foto: imago images/Sven Simon

KOLUMNE

„Es gibt kein Volk“

FLORIAN STUMFALL

Das man im Zuge der Aufregung um das Coronavirus eine Zeitlang nicht ständig mit Befinden, Ansichten und Sorgen von Greta Thunberg behelligt wird, ist wohlthuend. Ein anderes Hauptthema in der öffentlichen Diskussion, das ebenfalls in den Hintergrund gerückt ist, bleibt jedoch auch dann dringlich, wenn man vorübergehend nichts mehr davon hört. Es ist dies die Frage der Zuwanderung, die in einen Zusammenhang mit Seuchengefahr zu rücken eine schwere Sünde gegen die Menschlichkeit wäre.

Entgegen allen derzeitigen Tagesbefehlen gilt nämlich für Linke, Gutmenschen und alle Schattierungen dazwischen nach wie vor: Zuwanderung muss sein, möglichst unkontrolliert, umfangreich und exotisch. Es handelt sich dabei um eine Mischung aus schweren Fällen von Helfersyndromen und – im Hintergrund gut verborgen – einer Strategie, die über den Augenblick hinausweist.

Nicht zuletzt sind es die Vereinten Nationen, welche die moderne Völkerwanderung durch ihren Migrationspakt mit hohen Weißen versehen haben. In diesem Pakt, dem über 160 Länder beigetreten sind, steht als Kernsatz: „die Aufforderung an alle Staaten weltweit, die Möglichkeiten legaler Migrationswege auszuweiten“. Dass der Pakt viel Zustimmung erfahren hat, liegt natürlich am Eigeninteresse der Länder der Dritten Welt, aber auch an Zukunftsvisionen vor allem in Europa, die sich im Wesentlichen darin äußern, dass mehr und mehr die Zuwanderung als ein Mittel des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Überlebens bezeichnet wird. Der hässliche Fachbegriff hierfür lautet „Bestandserhaltungsmigration“. Diese Sichtweise ist indes nicht neu.

Im Jahre 1925 schrieb der Gründer der „Paneuropa“-Bewegung und Hochgrad-Freimaurer Graf Richard Koudenhove-Calergi in seinem Werk „Der praktische Idealismus“: „Der Mensch der fernen Zukunft wird Mischling sein. Die heutigen Rassen und Kasten werden der zunehmenden Überwindung von Raum, Zeit und Vorurteil zum Opfer fallen. Die eurasisch-negroide Zukunftsrasse, äußerlich der altägyptischen ähnlich, wird die Vielfalt der Völker durch eine Vielfalt der Persönlichkeiten ersetzen.“

Ein Nachfolger im Geiste ist heute der US-Geostratege Tom Barnett, der in sei-

nem programmatischen Buch „Der Weg in die Weltmacht“ mit dem Untertitel „Die Strategie des Pentagon“ fordert: „Das Endziel ist die Gleichschaltung aller Länder der Erde. Sie soll durch die Vermischung der Rassen herbeigeführt werden. Mit dem Ziel einer hellbraunen Rasse in Europa. Hierfür sollen in Europa jährlich 1,5 Millionen Einwanderer aus der dritten Welt aufgenommen werden. Das Ergebnis ist eine Bevölkerung mit einem durchschnittlichen IQ von 90, zu dumm, um zu begreifen, aber intelligent genug, um zu arbeiten.“

Auffällig auch, dass gegen Rassismus auch von der Linken keine Einwände erhoben werden, wenn er zulasten der Europäer geht

Die Ähnlichkeit mit Koudenhove-Calergi ist auffallend, nicht nur, was den Inhalt, sondern auch, was den Charakter der Aussagen angeht. Es handelt sich dabei um einen lupenreinen Rassismus, der unterstellt, dass die massenhafte Zuwanderung die Intelligenz der Europäer flächendeckend senken würde. Käme eine solche Aussage aus dem Munde eines Kritikers der Zuwanderung, so wäre dieser ein Fall für den Staatsanwalt, wegen Volksverhetzung und anderen Delikten.

Auffällig auch, dass gegen den Rassismus auch von einer hysterischen Linken, die ansonsten bei jeder einschlägigen Randbemerkung die Verbreitung neonazistischen Gedankengutes beklagt, keine Einwände erhoben werden, wenn er zulasten der Europäer geht. Als Regel scheint zu gelten: Rassismus gegen Farbige und Schwarz ist vom Übel, Rassismus gegen Weiß hingegen gut, wenn nicht gar notwendig.

Dafür stehen vor allem die Grünen. Deren nun etwas zurückgezogener Frontmann Jürgen Trittin meinte einst: „Noch nie habe ich die Nationalhymne mitgesungen und werde es auch als Minister nicht tun.“ In der nachfolgenden Genera-

tion tut es ihm Grünen-Chef Robert Habeck gleich: „Patriotismus, Vaterlandsliebe also, fand ich stets zum Kotzen. Ich wusste mit Deutschland nichts anzufangen und weiß es bis heute nicht.“ Dazu passt nahtlos eine Initiative der Jungsozialisten in der SPD, wonach der Spruch „Deutschland, du mieses Stück Scheiße“ nicht mehr strafbar sein solle.

Auf der Suche nach einer Erklärung für diesen primitiven Selbsthass stößt man auf einen überraschend einfachen Zusammenhang. Die linke Welterklärung ist eindimensional und fußt ausschließlich auf materiellen Gegebenheiten. Daher fördert sie bei ihren Adepten ein eingeschränktes, unbewegliches und vom gewünschten Ergebnis vorbestimmtes Denken. Ganz besonders hat eine Größenordnung dabei keinen Raum: die kulturelle Dimension, weshalb jener Selbsthass tatsächlich nicht anders als primitiv zu bezeichnen ist.

Die Linke in ihrer monokausalen geistigen Beschränktheit versteht den Staat als einen Machtapparat zum Zwecke der Umverteilung wirtschaftlicher Güter. Damit sei sein Sinn erklärt und sein Dasein gerechtfertigt. Andere als materielle Faktoren finden keine Berücksichtigung. Es gibt weder Erklärung noch Verständnis für Besonderheiten der Sprache, der Traditionen, von Vorlieben und Neigungen, für die je eigenen Hervorbringungen von Kunst und Wissenschaft, ja auch für die Küche und die Arten des Zeitvertreibs. Es herrscht geistige Gleichschaltung, die nach der tatsächlichen Gleichschaltung ruft. Doch bis auf Weiteres gilt: Der spanische Barock ist anders als der donauländische, und die Volksmusik in Finnland unterscheidet sich von der auf Sizilien. Das wird auch bis auf Weiteres so bleiben, trotz des Brüsseler Hobels.

Es fehlt die kulturelle Dimension. Grünen-Chef Habeck hat es so formuliert: „Es gibt kein Volk.“ Allerdings muss man diese Aussage als ausschließlich auf die Deutschen gerichtet verstehen, die Menschen – wie die Kanzlerin sagt –, „die schon länger hier leben“. Denn geht es um bedrohte Völker, um Minderheitenrechte oder Diskriminierung, dann gewinnt der Volks-Begriff auch und vor allem bei den Linken den Charakter unabweislicher Dringlichkeit. Aber nur dann.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Belastungsprobe für Überlebenskünstler

Kein Kino, kein Theater, keine Ausstellungen – Die Corona-Krise trifft viele Kunst- und Kultureinrichtungen bis ins Mark

VON HARALD TEWS

Das Coronavirus hat auch die Kulturszene voll erwischt. Im ganzen Land sind Theater, Opern, Museen, Konzertsäle, Kinos, Literaturhäuser und Bibliotheken geschlossen. Obwohl die Zwangspause gesunder Institutionen der Ansteckungsvermeidung dient, scheint es, als läge alles krank darnieder und warte auf die Genesung.

Tatsächlich könnte es am Ende für viele Kulturschaffende heißen: Operation gelungen, Patient tot. Denn sollte das Virus eines Tages besiegt sein, beginnt erst so richtig der Überlebenskampf in der Kultur. Man kann jetzt schon voraussagen, dass manche Institution dabei wirtschaftlich auf der Strecke bleibt.

Nur größere Theater und Ausstellungshäuser, die staatliche Unterstützung erhalten, werden die nächsten Wochen unbeschadet überstehen. Selbst denen schmerzt der Einnahmeverlust, wenn die Häuser vorerst für einen Monat geschlossen bleiben. Joachim Mähnert, der Direktor des Ostpreußischen Landesmuseums (OL) in Lüneburg, schätzt den Verlust durch den Publikumsausfall für die Zeit der Schließung vom 17. März bis 20. April auf einen fünfstelligen Eurobetrag. „Das tut richtig weh“, sagt er, „aber die gute Nachricht ist, dass wir im Moment keine Not leiden. Doch wenn die Wirtschaft durch die Krise Schaden nimmt, werden es die Kultureinrichtungen vermutlich als Erste merken.“ Wenn in einer ökonomisch angeschlagenen Gesellschaft jeder Cent umgedreht werden müsse, würden sich viele Besucher den Gang ins Museum, ins Theater oder ins Kino sparen.

Müsste die Schließung noch länger andauern, könnte das OL, in dem eine Kollwitz-Ausstellung unterbrochen sowie die



Ein Opfer der Corona-Krise: Auch der Berliner Friedrichstadt-Palast musste schließen

Foto: imago images/Future Image

Eröffnung einer Sielmann- und einer Zweite-Weltkrieg-Ausstellung abgesagt wurde, laut Mähnert noch ein Vierteljahr durchhalten: „Viele Projekte wären dann ernsthaft gefährdet und ein nachhaltiger Schaden nicht ausgeschlossen.“

Staatlich geförderte Museen und Theater sind dabei noch in einer recht komfortablen Lage. Solange die staatlichen Zuschüsse fließen, haben angestellte Mitarbeiter sowie feste Ensemblemitglieder wenig zu befürchten. Ums Überleben müssen die kleineren privaten Theater kämpfen, die selten ein größeres Rücklagenpolster für schlechte Zeiten bilden können. Hendrik Frobels vom Berliner Chamäleon Theater in den Hackeschen Höfen befürchtet für die Zeit bis zum

19. April „Umsatzeinbußen von mehr als 500.000 Euro“. Und in Hamburg nennt Corny Littmann vom privaten Schmidt Theater die Zahl von 2,2 Millionen Euro, die seinen drei Bühnen für die sechs Wochen bis Ende April fehlen werden.

Für notleidende Kultureinrichtungen bestehen bereits Hilfsangebote wie Kurzarbeitergeld oder Fördermittel der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Weitere Milliardenhilfen hat die Bundesregierung in Aussicht gestellt. Allerdings müssten diese Gelder auf unbürokratischem Wege schnell bei den Betroffenen eintreffen, denn jeder Verzug ist existenzbedrohend.

Den letzten Teil vom Kuchen werden diejenigen abbekommen, von denen der Kultursektor eigentlich lebt: die Zigtau-

send freiberuflichen Künstler, Schauspieler, Sänger, Musiker, Tänzer. Sie alle leben häufig von der Hand in den Mund. Schon ein Monat ohne Engagement und Verdienst kann ihnen finanziell das Genick brechen. Die Wohnmiete und andere Fixkosten wie Heizung, Strom oder Versicherung müssen trotzdem bezahlt werden. Sofern sie für ein Engagement gebucht waren, können sie für die Zeit der Schließung in der Regel auf kein Ausfallhonorar hoffen. Denn die behördlich angeordnete Maßnahme gilt als höhere Gewalt.

Als Überlebenskünstler müssen besonders Musiker die kommenden Wochen meistern. Gerade zu Ostern fallen üblicherweise viele Engagements an, die nun ersatzlos ausfallen. So wurden viele

Festivals abgesagt wie die Osterfestspiele in Salzburg und Baden-Baden, die Berliner Staatsopern-Festtage sowie die dortige MaerzMusik, der Heidelberger Frühling, die Badenweiler Musiktage, die Göttinger Händel-Festspiele und viele andere musikalische Frühlingstreffen mehr.

In einem Brandbrief an Kulturstatsministerin Monika Grütters bezifferte das aus freiberuflichen Musikern bestehende Freiburger Barockorchester die Honorareinbußen allein bis 10. April auf 314.800 Euro. Es hofft ebenso auf staatliche Unterstützung wie das Hamburger Ensemble Resonanz, dessen Geschäftsführer Tobias Rempe klagt: „Es ist total klar, dass wir ohne Hilfe von außen die nächsten zwei bis drei Monate nicht überleben können.“

Um freischaffenden Musikern zu helfen, hat die Deutsche Orchester-Stiftung bereits ein Spendenkonto eingerichtet. Damit soll die Zeit überbrückt werden, ehe ein vom Deutschen Kulturrat geforderter Nothilfefonds für Freiberufler handlungsfähig wird. Außerdem werden Karteninhaber von ausgefallenen Veranstaltungen dazu aufgerufen, aus Solidarität zu den Künstlern keine Rückerstattung zu fordern.

In die Bredouille sind auch laufende Filmproduktionen geraten, die ihre Dreharbeiten absagen mussten. Sollten die Filmarbeiten wieder starten, kommt es zu einem terminlichen Rückstau, da viele Schauspieler an Folge-Aufträge vertraglich gebunden sind. Ganze Produktionen drohen daher wegen zeitlicher Überlappung zu platzen, was Produktionsfirmen ebenso an den Rand des Ruins bringen könnte wie so manche Kinos, die derzeit ebenfalls geschlossen sind. Viele Kinostarts sind auf unbestimmte Zeit verschoben worden, so auch der neue James-Bond-Film und die bereits in der PAZ-Ausgabe 11 für den 19. März angekündigte Komödie „Berlin Berlin“.

TV-KRITIK

Ostpreußischer Grenzgänger

Lenz-Verfilmung „Der Überläufer“ in der ARD – deutsch-polnisches (Liebes-)Verhältnis in Zeiten des Zweiten Weltkrieges

Ein orangefarbener Schnellhefter mit zerfledderten Seiten barg jahrzehntlang einen literarischen Schatz: Gerade einmal 25 Jahre alt war Siegfried Lenz, als er dem Verlag „Hoffmann und Campe“ im Jahr 1951 sein Manuskript „Der Überläufer“ anbot (die PAZ berichtete). Es ist eine Geschichte, die viel über ihn selbst erzählt, den jungen Mann, der bei seiner Großmutter am masurischen Lyck-See aufwuchs, der sich mit 17 Jahren zur Kriegsmarine meldete, der kurz vor Kriegsende vom Hilfskreuzer „Hansa“ in Dänemark desertierte und später in britische Kriegsgefangenschaft geriet.

Der ewige Widerspruch zwischen Pflicht und Gewissen prägt dieses lange verschollene Frühwerk. Es beschreibt die verschlungenen Wege des jungen Wehrmachtssoldaten Walter Proska, der im letzten Kriegssommer in polnischen Sümpfen gegen Partisanen kämpfen soll, der vor seinem sadistischen Vorgesetzten flüchtet und zu den Russen überläuft, die ihn als Vermittler instrumentalisieren.

An der Frontlinie soll Proska deutsche Soldaten mit persönlichen Aufrufen und Propaganda-Liedern, die er auf einem Schallplattenspieler abspielt, zur Kapitu-

lation bewegen. Ob die Kameraden durch seine Intervention überleben werden oder nur in eine perfide Falle gelockt werden, dafür fühlt er sich nicht zuständig.

Ist dieser Überläufer nun ein Verräter? Oder einer, der sich um eine friedliche Einigung bemüht? Die großen Fragen von Schuld und Sühne, von Angst und Überlebenswillen werden von dem damals noch blutjungen Autor in vielen übertra-

schenden Wendungen aufgeworfen. Allein: Das Frühwerk wurde seinerzeit vom Verlag abgelehnt. Die Zeit war noch nicht reif für die Geschichte eines vermeintlichen Vaterlandsverrätters.

2016 wurde das Buch posthum veröffentlicht. Zum 75. Jahrestag des Kriegsendes und sechs Jahre nach dem Tod des Autors ist es nun soweit: Die Verfilmung wird am 8. und 10. April., jeweils 20.15

Uhr, in zwei Folgen im Ersten gezeigt. Als vierteilige Mini-Serie ist sie ab dem 1. April in der ARD-Mediathek verfügbar.

Regisseur Florian Gallenberger ist mit einer Polin verheiratet und beherrscht die Sprache gut: Das mag ihm bei den Dreharbeiten geholfen haben, genauso wie sein filmisches Handwerkszeug, das ihm im Jahr 2001 einen Oscar für den besten Kurzfilm eingebracht hat. Wie Gallenberger die Odyssee des von Jannis Niewöhner gespielten jungen Soldaten von den Naturaufnahmen in polnischen Sümpfen bis zur Liebesgeschichte mit der polnischen Partisanin Wanda (Malgorzata Mikolajczak) in Szene setzt, ist großes Kino, eine Parabel auf die schiere Unmöglichkeit, in Kriegszeiten den moralischen Kompass zu halten. Der Erzählstrang einer verbotenen deutsch-polnischen Liebe wurde dabei in Absprache mit den Lenz-Erben frei hinzugedichtet – Siegfried Lenz hatte die Frauenfigur im Laufe seiner Erzählung verloren.

Die Produktion, zu großen Teilen in Polen gedreht, wurde vom Polish-Film-Institute unterstützt. „Ausnahmslos jeder im überwiegend polnischen Team hatte den Roman gelesen, befragte Eltern und

Großeltern“, sagt Produzent Stefan Raiser, „ein solch vitaler, kritischer Austausch ist ein unglaublicher Schatz für uns Filmemacher.“

Was ist richtig, was falsch, wenn die Welt aus den Fugen gerät? Hauptdarsteller Niewöhner, der zuletzt in der Hesse-Verfilmung „Narziss und Goldmund“ im Kino zu sehen war, sieht seine Figur, die sich auf tragische Weise schuldig macht, als Antihelden. „Ich weiß selber nicht, wie ich mich damals verhalten hätte. Hätte ich womöglich mit Leni Riefenstahl die großen Filme gemacht?“

Zum Ende wird Grenzgänger Proska, der nach Kriegsende in der sowjetischen Besatzungszone ein neues Deutschland aufbauen will, seine große Liebe als Sängerin in einer TV-Show wiedersehen. Und er wird schmerzlich erkennen, dass sein bürgerliches Leben eine Lüge ist. Produzent Raiser: „Wir zeigen eine Situation, in der es nur Verlierer gibt. Es gibt keine Wiedergutmachung. Wir trauen uns, keine Lösung anzubieten.“

Anne Martin



Pattsituation: Walter Proska (Jannis Niewöhner) wird im Wald überrascht

● Zur Verfilmung ist im Atlantik Verlag die Taschenbuch-Ausgabe von „Der Überläufer“ erschienen (368 Seiten, 12 Euro)

ZEITUMSTELLUNG

Störung
im täglichen
Trott

Am Sonntag um 2 Uhr nachts werden die Uhren zum 40. Mal um eine Stunde auf die Sommerzeit vorgestellt. Der Nutzen der Zeitumstellung ist seit ihrer Einführung umstritten.

In Brüssel gehen die Uhren langsamer. Zur Winter- wie zur Sommerzeit. Deshalb ist ungewiss, ob und wann die Empfehlung der EU-Kommission, die Zeitumstellung abzuschaffen, realisiert wird. Bei einer Online-Umfrage der EU plädierten über 80 Prozent für eine dauerhafte Sommerzeit (MESZ). Die endgültige Entscheidung fällt das Parlament. Eine Einigung unter den Mitgliedstaaten ist nicht in Sicht.

Reagiert der Biorhythmus der Bundesbürger besonders sensibel auf die Zeitumstellung? Ihr großes Interesse an der Umfrage ließe sich so interpretieren. Vier Millionen EU-Bürger nahmen teil, davon drei Millionen Deutsche. Laut der Studie einer Krankenkasse leidet jeder vierte Deutsche nach dem Zeitenwechsel an Schlafstörungen und Mattigkeit, die noch Wochen anhalten. Schüler haben zu früher Stunde Probleme, konzentriert dem Unterricht zu folgen. Auch das Rindvieh fühlt sich in seinem täglichen Trott gestört. Das Bauernblatt rät, die Kühe schon einen Monat vorher im Viertelstundentakt an die neue Melk- und Futterzeit zu gewöhnen.

Als wichtigstes Argument für die Sommerzeit wird die Ausnutzung des Tageslichts angeführt. Schon der Erfinder des Blitzableiters, Benjamin Franklin, empfahl bei seinem Aufenthalt in Paris angesichts des pulsierenden Nachtlebens, nicht so viel Energie des künstlichen Lichts zu vergeuden, sondern früher aufzustehen und früher ins Bett zu gehen. Seine Idee fand in der Öffentlichkeit jedoch keinen Anklang.

Die Normalzeit ist die Winterzeit (MEZ). Sie blieb bis zum Ersten Weltkrieg unangetastet. 1916 wurde im Deutschen Reich die Einführung der Sommerzeit beschlossen. Im Reichsgesetzblatt Nummer 67 wurde festgelegt: „Der 1. Mai beginnt am 30. April 1916 nachmittags 11 Uhr nach der bisherigen Zeitrechnung, der 30. September endet eine Stunde nach Mitternacht im Sinne dieser Verordnung.“ Die Weimarer Republik schaffte die Sommerzeit wieder ab. Mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs wurde sie abermals eingeführt.

Nach Kriegsende begann ein Zeiten-Wirrwarr. Die westlichen Besatzungsmächte verordneten in ihren Zonen die dauerhafte Sommerzeit, in der sowjetischen Zone und in Berlin galt Moskauer Zeit, die um eine Stunde voraus ist. In Normalzeit tickten die Uhren ab 1950. 1978 verabschiedete der Bundestag das Zeitgesetz zur Einführung einer Sommerzeit. Die DDR schloss sich an. Am 6. April 1980 klingelten die Wecker gesamtdeutsch eine Stunde früher. Und daran wird sich vermutlich auch nichts so bald ändern. *Klaus J. Groth*



Uhrenumstellung auf Sommerzeit

FOTO: NATIONAL ARCHIVE (DEN HAAG)

KONFERENZ VON SANREMO VOR 100 JAHREN

Als Großbritannien und Frankreich
Arabien unter sich aufteilten

Ohne Rücksicht auf die betroffenen Völker zogen die Sieger des Ersten Weltkrieges im vormaligen Osmanischen Reich neue Grenzen. Die Folgen des Betrugs an Arabern und Juden reichen bis heute



Die militärischen Spitzenrepräsentanten Frankreichs und Großbritanniens beim Verlassen der Tagungsstätte der Konferenz von Sanremo: Der Marschall von Frankreich Ferdinand Foch sowie der Chief of the Imperial General Staff (CIGS, Chef des Imperialen Generalstabes) und Feldmarschall Sir Henry Hughes Wilson (v.l.) *Foto: mauritius*

VON BODO BOST

Noch ehe der Bär erlegt war, wurde sein Fell bereits verteilt. Der Erste Weltkrieg war noch im Gange, da machten sich die Briten bereits Gedanken über die Verteilung des arabischen Teils des Osmanischen Reiches. Ihr mit den Franzosen geschlossenes Sykes-Picot-Abkommen sah eine Aufteilung der arabischen Provinzen des Osmanischen Reiches in britische und französische Einflusszonen vor. Da die Briten jedoch sowohl die Juden als auch die Araber als Verbündete im Kampf gegen die Mittelmächte gewinnen wollten, machten sie ihnen Hoffnungen, die sich sowohl gegenseitig als auch dem Sykes-Picot-Abkommen widersprachen.

Sir Henri McMahon, britischer Hochkommissar für Ägypten, umgarnte vor allem die Araber. In seiner Korrespondenz von 1915/16 mit dem Scharifen Hussein von Mekka, mit dem er die arabischen Stämme zur Revolte gegen die Osmanen aufwiegeln wollte, versprach er dem Adressaten ein haschemitisches Königreich Großsyrien. Außer Unterstützung im Kampf gegen die Osmanen erhofften sich die Briten von einem Bündnis mit den Arabern positive Auswirkungen auf ihre Kronkolonie in Indien, in der neben Hindus auch viele Glaubensbrüder der Araber lebten.

Versprechungen an Araber

Großbritanniens Außenminister Arthur James Balfour umgarnte währenddessen die Juden. Mit der sogenannten Balfour-Deklaration von 1917 zur Errichtung einer Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina wollten die Briten eine Annäherung zwischen dem deutschen Kaiser, der 1898 Theodor Herzl in Jerusalem getroffen hatte, und den Zionisten verhindern. Gefahr war im Verzug. Der jüdische Arbeiterführer in Palästina, David Ben Gurion, sympathisierte bereits mit den Jungtürken und wollte ein Palästina unter Führung der mit den Deutschen verbündeten Türken.

Nach dem Krieg kam die Stunde der Wahrheit, kollidierten die Interessen der Araber immer offensichtlicher mit denen der Siegermächte, denen an einer Beibehaltung ihrer führenden Rolle in der Region gelegen war. Immerhin versuchten zumindest die Araber und die Zionisten in der Person von Faisal bin Hussein, dem Sohn des Scharifen von Mekka, und Chaim Weizmann, dem Präsidenten der Zionistischen Weltorganisation (WZO), im Januar 1919 in Akaba einen Ausgleich zu finden. Dort verzichtete Faisal, der sich – da der Kalif in Konstantinopel besiegt war – als Führer der islamischen Welt ansah, zugunsten der Zionisten auf Palästina, wenn diese ihn bei seinem Ziel unterstützten, König eines großsyrischen Reiches unter britischer Schirmherrschaft zu werden. Am 8. März 1920 erklärte der Allgemeine Syrische Nationalkongress die Unabhängigkeit eines Gebietes, das die heutige Syrische Arabische Republik, Palästina, die heutige Libanesisische Republik und einen Teil des Nordens der heutigen Republik Irak umfasste, sowie Faisal I. zu dessen König.

Dies erkannten die Alliierten nicht an, und so verzichtete Faisal darauf, persön-

lich der Einladung zur Konferenz von Sanremo zu folgen, die vor 100 Jahren, vom 19. bis zum 26. April 1920, im italienischen Kurort an der Riviera di Ponente in Ligurien stattfand. Er wurde auf der Konferenz von Nuri as-Said vertreten, während Weizmann die Interessen der zionistischen Weltorganisation auf dem Treffen wahrnahm. Das Sagen hatten auf der Konferenz jedoch andere. Dieses waren neben den italienischen Gastgebern die Vertreter Großbritanniens und Frankreichs. Folgerichtig standen an der Spitze der Delegationen der drei europäischen alliierten Hauptmächte die jeweiligen Regierungschefs David Lloyd George, Alexandre Millerand und Francesco Nitti, während die alliierte Hauptmacht Japan nur durch ihren Botschafter in Frankreich und Bevollmächtigten bei der Pariser Friedenskonferenz vertreten war und die assoziierte Hauptmacht USA nur durch einen Beobachter.

Balfour-Deklaration von 1917

Entsprechend fiel das Ergebnis aus. Frankreich erhielt in Sanremo das Völkerbundsmandat für Syrien und den Libanon zugesprochen, während Großbritannien

Palästina dies- und jenseits des Jordan sowie den heutigen Irak als Britisches Mandat Mesopotamien bekam. Als die Franzosen das ihnen auf der Konferenz von Sanremo zugesprochene Damaskus in Besitz nehmen wollten, stellten sich ihnen von Beirut aus anrückenden Truppen Faisals an einer Passstraße bei Maysalun in den Weg. In der sich daraus entwickelten Schlacht von Maysalun vom 23. Juli 1920 schlugen die Franzosen die Syrer. Als Trostpfaster erhielt Faisal von den Briten den Thron des Irak, der diesen aber eben sowenig befriedigen konnte wie die arabische Nationalbewegung.

Sykes-Picot-Abkommen

Der Wunsch der aus der Konkursmasse des Osmanischen Reiches befreiten Völker nach Unabhängigkeit und Selbstbestimmung wurde nach 1918 also nicht erfüllt. Der Verrat durch den Westen führte zu einer Radikalisierung in der arabischen Welt. Der heutige Nahostkonflikt und die seit 1920 erfolgten militärischen Interventionen des Westens im Nahen Osten haben in Sanremo ihren Ursprung.

Die Konferenz von Sanremo schuf Mandatsgebiete mit künstlichen Grenzen, aus denen später souveräne arabische Staaten ohne entsprechendes Nationalgefühl entstanden. Für zwei Völker mit einem starken Nationalgefühl und eigener Sprache, Kurden und Aramäer, unterließen die Alliierten es, eigene Gebiete zu schaffen. Daraus ergeben sich bis heute viele Konflikte.

Nach der islamischen Revolution im Iran von 1979 hat sich der Nahe Osten grundlegend gewandelt. Nicht mehr Nationalismus oder Sozialismus nach europäischem Vorbild sind heute die bestimmenden Ideologien. Stattdessen gewinnt inzwischen ein politischer, zunehmend radikalerer Islam an Einfluss. Anstatt nationaler entstehen zusehends religiöse Identitäten, sunnitische oder schiitische. Auch dies ist indirekt ein Erbe der westeuropäischen Kolonial- und Siegermächte des Ersten Weltkriegs und deren Politik.

Kurzporträts

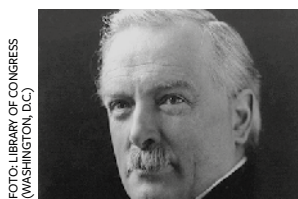


FOTO: LIBRARY OF CONGRESS (WASHINGTON, DC)

David Lloyd George war einer der „Großen Vier“ bei der Pariser Friedenskonferenz. Der von 1916 bis 1922 amtierende britische Premierminister war der letzte Liberale, der dieses Amt innehatte.



FOTO: GALICA DIGITAL LIBRARY

Alexandre Etienne Millerand war nur vom 20. Januar bis zum 24. September 1920 Frankreichs Ministerpräsident. Danach bekleidete er bis 1924 das Amt des Präsidenten der Republik.



FOTO: TRIPOLI AND YOUNG ITALY

Zur Zeit der Konferenz von Sanremo war **Francesco Saverio Nitti** sowohl Präsident des Ministerrates als auch Kolonialminister des Gastgeberlandes. Aus beiden Ämtern schied er noch im selben Jahr aus.

VON ERIK LOMMATZSCH

An keinem der zahlreichen Reichskanzler der Weimarer Republik scheiden sich die Geister mehr als an Heinrich Brüning. Von Frühjahr 1930 bis Ende Mai 1932 führte der Zentrumspolitiker das erste der sogenannten Präsidialkabinette, die sich statt auf eine Mehrheit im Reichstag auf das Vertrauen des Reichspräsidenten stützten. War seine rigorose, die wirtschaftliche Krise verschärfende Spar- und Deflationspolitik ausschließlich darauf ausgerichtet, Deutschland von der Zahlung der im Frieden von Versailles festgelegten Reparationen zu befreien? Nahm er dafür steigende Arbeitslosigkeit und Verelendung billigend in Kauf und trieb damit die Wähler den extremen Parteien, vor allem der NSDAP, zu? Stand hinter seinem Agieren eine umfassende politische Konzeption, die auf die erneute Einführung einer Monarchie zielte?

Geboren wurde der Sohn eines Essigfabrikanten und Weinhändlers sowie Bruder eines Geistlichen am 26. November 1885 in Münster. Nach einem breit angelegten Studium legte der Katholik 1911 das Staatsexamen für das höhere Lehramt ab. 1915 wurde er in Bonn mit einer Arbeit über die Verstaatlichung von englischen Privateisenbahnen in Nationalökonomie promoviert.

„Verehrer des Preußentums“

Schon im Vorjahr hatte sich Brüning freiwillig an die Front gemeldet. Der Historiker Udo Wengst schreibt, Brüning, „von Haus aus im katholisch-konservativen Geist erzogen“, sei während des Studiums „zu einem Verehrer des Preußentums geworden, das er in der Ordnung des Kaiserreichs verwirklicht sah“. Seinen Kriegseinsatz habe er als „Kampf für diese Ordnung gesehen“. Entsprechend schwer verkraftete der mit dem Eisernen Kreuz II. und I. Klasse dekorierte Offizier den Zusammenbruch von 1918.

1919 ließ er sich in Berlin nieder. Sein beruflicher Weg führte ihn zum „Akademischen Arbeitsamt für Katholiken“ von Carl Sonnenschein, wo er als Vermittler tätig war. Anschließend arbeitete er als Referent dem preußischen Wohlfahrtsminister Adam Stegerwald zu. 1920 wurde er Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes, eines von 1919 bis 1933 bestehenden Dachverbandes christlicher und national orientierter Gewerkschaften.

Brünings Reichstagskandidatur im Jahr 1924 verdankte sich dem Drängen von Parteifreunden aus dem Zentrum. Nicht nur in seiner Fraktion machte er sich schnell einen Namen als Finanzfachmann. Immer wieder heißt es, der schwer zugängliche, äußerst misstrauische Junggeselle habe kaum über Charisma verfügt. Er pflegte allerdings gute Beziehungen zu Vertretern anderer Parteien – hier sind vor allem die nationalliberale Deutsche Volkspartei (DVP) und die konservative Deutschnationale Volkspartei (DNVP) zu nennen – sowie zur Reichswehrführung. Ende 1929 wurde er Vorsitzender der Zentrumsfraktion.

Am 30. März 1930 ernannte Reichspräsident Paul von Hindenburg Brüning zum Kanzler. Im Unterschied zu seinem Vorgänger, dem SPD-Politiker Hermann Müller, konnte er sich nicht mehr auf eine parlamentarische Mehrheit stützen. Gleich zu Beginn seiner Kanzlerschaft betonte Brüning, dass er sich bei fehlender Rückendeckung des Parlaments auf den Reichspräsidenten stützen und von Notverordnungen gemäß Artikel 48 der Verfassung Gebrauch machen werde. Den Widerstand gegen sein Sanierungsprogramm nahm Brüning zum Anlass, den Reichstag auflösen zu lassen. Die auf den 14. September 1930 terminierten Neuwahlen verbanden er und Hindenburg mit der Hoffnung auf eine parlamentarische Mehrheit der bürgerlichen Parteien. Brüning wurde später vorgeworfen, er habe die Reichstagsauflösung



Auf einer Wahlkampfveranstaltung im Berliner Sportpalast anlässlich der Reichspräsidentenwahl 1932: Heinrich Brüning Foto: pa

HEINRICH BRÜNING

Weimars umstrittenster Reichskanzler

Verfechter einer alternativlosen Konzeption oder Totengräber der Demokratie?

leichtfertig vollziehen lassen, die Sozialdemokraten hätten sich möglicherweise kompromissbereit gezeigt. Allerdings hätte Brüning damit wohl die Unterstützung von Teilen des nationalkonservativen Lagers verloren.

„Hungerkanzler“

Das Wahlergebnis – mit Stärkung der Kommunisten, vor allem aber der Nationalsozialisten, die nach den Sozialdemokraten zweitstärkste Partei wurden – führte nicht dazu, dass die gewünschte Koalition gebildet werden konnte. Brüning regierte nun hauptsächlich auf der Grundlage von Notverordnungen. Die SPD erwies sich als Stütze seiner Regierung, denn aus Angst vor einer Auflösung des Parlaments und Neuwahlen stimmte sie stets gegen die Aufhebung dieser Verordnungen, sodass sie in Kraft blieben. Insofern kann die These vertreten werden, dass Brüning letztendlich doch ausreichenden parlamentarischen Rückhalt hatte und daher kein echtes, ausschließlich von Hindenburg abhängiges Präsidialkabinett führte.

Die Spar- und Deflationspolitik mit neuen Steuern auf der einen und umfangreichen Leistungskürzungen auf der anderen Seite sollte der „Gesundschumpfung“ dienen. Folge war allerdings zunächst eine erhebliche Verschärfung der Wirtschaftskrise. Sollte es tatsächlich

vorrangig das Ziel Brünings gewesen sein, den ehemaligen Kriegsgegnern die Zahlungswilligkeit Deutschlands vor Augen zu führen, zugleich aber die Unmöglichkeit zu verdeutlichen, die Reparationen weiterhin aufbringen zu können, so wurde dies insoweit erreicht, als auf der Konferenz von Lausanne, die allerdings erst reichlich zwei Wochen nach dem Ende der Kanzlerschaft Brünings stattfand, die deutschen Reparationsverpflichtungen gegen eine – nie erfolgte – Restzahlung von drei Milliarden Goldmark in Devisen aufgehoben wurden. Unabhängig davon werden die wirtschaftspolitischen Maßnahmen des „Hungerkanzlers“ Brüning beispielsweise von dem Historiker Knut Borchardt als einzig mögliche bezeichnet. Sie seien „weder von einer der dieser Regierung nahestehenden oder sie tolerierenden Parteien noch von irgendeinem Unternehmerver-

band oder von den Gewerkschaften prinzipiell durch eine Alternative in Frage gestellt worden“. Groß sei die Angst vor einer erneuten Inflation gewesen.

Hindenburg wurde im Frühjahr 1932 für eine zweite Amtszeit als Reichspräsident gewählt. Im Mai sah sich Brüning als Kanzler zum Rücktritt gedrängt. Das protestantische Staatsoberhaupt verzieh ihm nicht, ihn zum Präsidenschaftskandidaten der Sozialdemokraten und Katholiken gegen die ihm politisch viel näherstehende nationale Rechte gemacht zu haben. Zudem nahm Hindenburg Brüning das Verbot der SA übel, in dem die Reichswehr Rekrutierungspotenzial sah, sowie die geplante Abschaffung der sogenannten Osthilfe für notleidende ostelbische Agrarbetriebe.

Zwei Jahre nach seinem Rücktritt verließ der Altreichskanzler Deutschland, um einer drohenden Verhaftung zu entgehen. Nach mehreren Exilstationen lehrte er ab 1937 in Harvard Verwaltungswissenschaften. Nach Krieg und NS-Herrschaft kehrte er 1951 zurück. In der Bundesrepublik wurde er jedoch trotz Professur in Köln nicht mehr heimisch. Der Politik der Westbindung von deren Kanzler Konrad Adenauer begegnete er mit Skepsis. 1955 kehrte er für den Rest seines Lebens in die Vereinigten Staaten zurück. Im Bundesstaat Vermont verstarb er am 30. März 1970.

Vor 90 Jahren zum Reichskanzler ernannt, vor 50 Jahren in den USA verstorben

ERNST JÜNGER

Soldat und Sprachästhet

Ernst Jünger, dessen Geburtstag sich am 29. März zum 125. Mal jährt, zählt zu den umstrittensten Autoren Deutschlands. Für die einen war er ein Verherrlicher des Krieges, Feind der Demokratie und ideologischer Wegbereiter des Faschismus, für die anderen eine künstlerische Galionsfigur des Widerstandes gegen Adolf Hitler.

Der gebürtige Heidelberger liebte den Kampf mit der Waffe. Deswegen meldete er sich gleich zu Beginn des Ersten Weltkrieges als Freiwilliger. Als Leutnant, Stoßtruppführer und Kompaniechef an der Westfront wurde er vielfach dekoriert – unter anderem mit der höchsten preußischen Tapferkeitsauszeichnung, dem Pour le Mérite. In den Gefechtspausen verfasste Jünger Tagebücher, die ihm als Grundlage für sein Erstlingswerk „In Stahlgewittern“ dienten. Darin beschreibt er – wie in späteren Büchern auch – den Krieg in einem sprachästhetisch hochentwickelten Stil als Naturereignis.

Ab 1925 sympathisierte Jünger mit der NSDAP. Andererseits gebot ihm seine nonkonformistische Natur, kritisch auf die Nationalsozialisten zu schauen. So betrachtete er Hitler nur als „Vorahnung eines ganz neuen Führertypus“. Und die NS-Rassenideologie lehnte Jünger komplett ab, denn für ihn war nicht das „Blut“, sondern der Intellekt der entscheidende Faktor.

Ende der 1920er Jahre kam es dann zum offenen Bruch mit Hitler, weil dieser sich gegen die radikal-antirepublikanische Landvolkbewegung gewandt hatte und Jünger ihm deshalb Anbiederung an das verhasste „Weimarer System“ unterstellte. Dem folgte eine weitgehende Abwendung von der Politik insgesamt.

Kurz vor Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde der Autor zur Wehrmacht eingezogen und diente anschließend als Hauptmann am Westwall, im Kaukasus und im Stab des Militärbefehlshabers in Frankreich in Paris. Dabei knüpfte er Kontakte zum Widerstand gegen Hitler.

Nach dem Krieg verweigerte Jünger jedwede Mitwirkung an der sogenannten Entnazifizierung und bekam dafür bis 1949 ein Publikationsverbot. 1951 erfolgte die Übersiedlung nach Wilflingen in Oberschwaben. Dort wohnte er bis zu seinem Tode am 17. Februar 1998 in einem ehemaligen Forsthaus, das ihm Friedrich von Stauffenberg zur Verfügung gestellt hatte.

Als Jünger 1982 den Goethepreis der Stadt Frankfurt am Main erhalten sollte, kochte der Streit um die Person und das Werk des Autors besonders hoch – allerdings gab das Kuratorium dem hysterischen Drängen der Grünen, die Entscheidung zu revidieren, damals nicht nach.

Wolfgang Kaufmann



Ernst Jünger Foto: action press

VON WOLFGANG KAUFMANN

Das Online-Lexikon Wikipedia ist die am fünfhäufigsten besuchte Internetseite weltweit – gleich nach den Suchmaschinen Google und Baidu, dem Videoportal YouTube und dem Netzwerk Facebook. Eine Recherche auf Wikipedia ersetzt heute oft den Blick in andere Nachschlagewerke. Und das soll angeblich kein Problem darstellen. Schließlich – so die Macher von Wikipedia – habe man ja diverse interne Standards, welche sowohl die Qualität als auch die Objektivität der mittlerweile rund 50 Millionen Einträge garantieren sollen.

Beispielsweise Sorge ein Heer von Administratoren für die Einhaltung der Regeln, welche unter anderem besagten, dass jede Information aus verlässlichen Quellen stammen müsse. Zudem führe die Vielzahl der Mitwirkenden an den einzelnen Artikeln, die jederzeit erweitert und korrigiert werden könnten, zu weitestgehender Ausgewogenheit.

Doch genau das ist offenbar nicht der Fall – und zwar auch jenseits der unzähligen bewussten Manipulationen, wie jene durch den britischen „Klimaaktivisten“ William Connolley, der allein schon 5428 Beiträge verfälschte. Das zeigte erstmals eine Studie von Richard Rogers und Ena Sendjarević aus dem Jahre 2013: Dieser zufolge differieren Inhalt und Tenor der Wikipedia-Einträge über das Massaker von Srebrenica während des Bosnienkrieges 1995 erheblich – je nachdem, ob es sich um die englische, serbische, bosnische oder kroatische Version handelt.

Verantwortlich für derartige Abweichungen ist der Ingroup Bias, zu Deutsch Eigengruppenfehler. Der gehört zu den kognitiven Verzerrungen, welche zu falschen Schlussfolgerungen führen, was andere Personen oder Gruppen betrifft. 1971 unternahm der britische Sozialpsychologe Henri Tajfel ein bahnbrechendes Experiment hierzu: Menschen, die aufgrund minimaler Ähnlichkeiten in einer Gruppe zusammengefasst wurden, entwickelten regelmäßig negative Einstellungen gegenüber Außenstehenden oder anderen Gruppen, während sie die eigene Gruppe übertrieben positiv wahrnahmen.

Und bei Wikipedia ist es offensichtlich genauso: Der Eigengruppenfehler bewirkt ungewollte, aber schwerwiegende und flächendeckende Verzerrungen der Aussagen von Einträgen. Das konnte eine Arbeitsgruppe von Psychologen unter der Leitung von Professor Aileen Oeberst vom Lehrgebiet Medienpsychologie der Fernuniversität im nordrhein-westfälischen Hagen in einer großangelegten Studie nachweisen. Deren Ergebnisse wurden jetzt im Fachblatt „British Journal of Social Psychology“ unter der Überschrift



In die Wissensvermittlung mischen sich allzu oft persönliche Sichtweisen: Wikipedia-Eigenwerbung als Bollwerk „freien Wissens“

Foto: Mauritius

WIKIPEDIA

Im schönen Schein der Objektivität

Man präsentiert sich als Online-„Enzyklopädie“ und erweckt den Eindruck von nüchterner Unparteilichkeit. Doch bei genauer Prüfung fällt dieser hehre Anspruch in sich zusammen

„Ingroup Bias in Wikipedia articles about intergroup conflicts“ (Eigengruppenfehler in Wikipedia-Artikeln über Konflikte zwischen Gruppen) publiziert.

Im Rahmen seiner Untersuchung analysierte das Psychologen-Team um Oeberst Einträge in dem Online-Lexikon, welche vergangene Kriege oder Kampfhandlungen zum Inhalt hatten, bei denen es im Wesentlichen nur zwei große Konfliktparteien gab. Hierzu zählen beispielsweise der Englisch-Spanische Krieg von 1585 bis 1604, der Deutsch-Französische Krieg von 1870/71, die türkische Invasion auf Zypern 1974, der Falkland-Krieg zwischen Großbritannien und Argentinien 1982 sowie der Russisch-Georgische Krieg von 2008. Dabei lautete die Ausgangshypothese der Hagener Wissenschaftler, dass sich der Eigengruppenfehler – und damit eben die mangelnde Objektivität der Wikipedia-Autoren – am deutlichsten

manifestiere, wenn man die verschiedenen sprachigen Versionen der Artikel vergleiche. Also beispielsweise im Falle des Falkland-Krieges die englische und spanische Fassung. Wer englisch schreibe, werde wohl eher auf der Seite Großbritanniens stehen und wer spanisch schreibe, eher auf der Seite Argentinien. Und das müsste sich dann auch am Inhalt zeigen.

Jeder hat einen anderen Blickwinkel

Bei der Analyse der Wikipedia-Beiträge über 35 militärische Konflikte, an deren Erstellung insgesamt 38 000 „Wikipedianer“ aus zahlreichen Ländern mitgewirkt hatten, gelangte das Team zu folgendem Ergebnis: In den meisten Artikeln gebe es erhebliche Verzerrungen – je nachdem, in welcher Sprache sie abgefasst seien. Die Konfliktpartei, welche dieselbe Sprache verwendet habe wie die Verfasser der Texte, werde als die stärkere Seite dargestellt und als Protago-

nist mit der moralisch besser fundierten Position. Dahingegen erscheine die anderssprachige Gegenseite regelmäßig als Hauptverantwortlicher für den Krieg. Dieser Trend ziehe sich durch die meisten untersuchten Wikipedia-Artikel über Konflikte der Vergangenheit, wobei die Schlagseite in manchen Fällen besonders auffällig sei. So unter anderem beim Deutsch-Französischen und Russisch-Georgischen Krieg sowie auch dem Mexikanisch-Amerikanischen Krieg von 1846 bis 1848.

Der Befund resultiert ganz offensichtlich aus der übergroßen Zahl von sogenannten Ingroup-Autoren, also solchen, welche in der Sprache schreiben, die auch die Sprache der jeweiligen Konfliktpartei war. Die Quote liegt hier bei durchschnittlich 72 Prozent. Darüber hinaus wurde bei der Abfassung der Texte auch nicht auf die Gesamtheit der zur Verfügung stehenden Quellen zurückgegriffen. Vielmehr

dominieren Quellen in der Sprache der Beiträge. Und die vermitteln oft eine einseitige Sicht auf die Ereignisse. Ausgewogenheit fanden die Hagener noch am ehesten, wenn der Konflikt sehr weit zurücklag oder es ausnahmsweise einmal sehr wenige Ingroup-Autoren gab.

Aus all dem zieht das Team den Schluss, dass Wikipedia mehr „Diversität“, also Vielfältigkeit benötige. Diese wird jedoch nicht zu erreichen sein, weil die Interessen der „Wikipedianer“ nun einmal ungleich verteilt sind und eine Zwangsquote von Nicht-Ingroup-Autoren beziehungsweise Drittsprachlern kaum durchsetzbar sein dürfte. Daher kann das Fazit nur lauten: Vorsicht bei der Benutzung von Wikipedia! Neben den Beiträgen, welche die Nutzer ganz bewusst manipulieren wollen, birgt das vielfach verwendete Online-Lexikon offensichtlich noch weitere Gefahren.

CORONA

Alleingelassen im Zentrum der Gefahr

Zahnärzte bleiben ohne Schutz – und schlagen Alarm: „Wir arbeiten, wo sich das Virus am wohlsten fühlt“

Das Corona-Virus verlangt allen im Gesundheitswesen hohen Einsatz ab, Härten inklusive. Zahnärzte geraten in eine für alle gefährliche Lage: „Wir können uns gegen das Virus nicht ausreichend schützen und damit auch euch nicht! Wir machen aber weiter!“, schreibt eine Hamburger Zahnärztin auf Facebook.

Politik und ärztliche Selbstverwaltung stellen sich taub. Während Schutzkleidung, Corona-taugliche Schutzmasken und neue Hygiene bei Ärzten in ihren Praxen sichtbar werden, arbeiten Zahnärzte in der Regel noch ohne speziellen Schutz. Klare Anweisungen von oben fehlen, wirksame Schutzmittel auch, letztlich entscheidet noch jeder Praxisinhaber, ob und wie er weiter behandelt – Mitarbeiter mitgefangen. Sind Einweghandschuhe und norma-

ler Mundschutz vorhanden, nutzen Zahnärzte die unzureichenden Mittel. Doch oft sind selbst diese knapp und nach aktuellen Erkenntnissen kein Schutz.

Die Hamburger Zahnärztin klagt: „Es gibt Menschen, die weitermachen und an der Quelle der unsichtbaren Gefahr arbeiten müssen! Zahnärzte. Wir arbeiten, wo sich das Virus am wohlsten fühlt. Die Mundhöhle.“ Man sei aufgefordert weiterzumachen, ohne Mindestabstand, „Arbeitsmittel wie Desinfektionsmittel, Mundschutz und andere Schutzmittel sind Mangelware, werden einfach nicht mehr geliefert“. Auch andere Zahnärzte kritisieren öffentlich den Umgang der Bundeszahnärztekammer und der Zahnärztekammern der Länder. Tenor: Sie müssten appellieren, Praxen für Notfälle

offen, aber für alles nicht akut Nötige geschlossen zu halten. Zahnärzte sollten Selbstschutz und Patientenschutz üben.

Harsche Kritik an den Kammern

Die Zahnärztekammer Hamburg habe eine „andere Meinung“, wie ihr Hauptgeschäftsführer Peter Kurz schriftlich mitteilt. So warnt die Kammer vor „katastrophalen Folgen“, an Platz eins steht die „akute Gefahr des schnellen wirtschaftlichen Ruins“. Auch bei den „Updates“, Rundschreiben der Kammer, die „sinnvolle, praktisch verwertbare und valide Hinweise“ gegen Corona bieten sollen, stehen „Wirtschaftliche Fragestellungen und Handlungsoptionen“ an Platz eins: „Wir befürchten, dass unsere Patienten zunehmend Termine absagen.“ Das Wort Patient taucht im „Update“ vom

18. März nur noch an zwei weiteren Stellen auf: Kollegen wird empfohlen, „Patienten vor Behandlungen mit desinfizierenden Mundspüllösungen, beispielsweise Chlorhexidinpräparaten, spülen zu lassen“. Zum Thema „Kontakt mit infizierten Patienten“ verweist die Kammer auf das Gesundheitsamt, das im Zweifelsfall Quarantäne anordne.

Zahnärzte, die für ihre Patienten da sein wollen, fühlen sich mehrfach im Stich gelassen: von der Politik, die keine klaren Vorgaben macht – mit (arbeits-) rechtlichen Folgen –, ihren eigenen Vertretern, die die Ansteckung mit Multiplikator-Effekt ignorieren, und der Verwaltungsbürokratie. Dabei stehen Zahnärzte in der Abrechnung mit den Krankenkassen gerade am Ende des Quartals vor zu

erwartenden guten Einnahmen, sind im Gesundheitswesen keine Schlechtverdiener. Im letzten Schreiben der Kammern vor Redaktionsschluss in einer Sonderausgabe ihrer Zeitschrift „ZA aktuell“ heißt der „in einem direkten und konstruktiven Dialog mit dem BMG und Bundesminister Spahn“ gefallene Beschluss: „Aufrechterhaltung der zahnärztlichen Versorgung von nicht infizierten oder nicht unter Quarantäne stehenden Personen.“ Das Papier verschweigt: Ob jemand infiziert ist, kann praktisch kein Zahnarzt feststellen. Die Behandlung ohne Einschränkung geht also weiter. Klinikmitarbeiter brachten zeitgleich mit einem Plakat ihre Haltung zum Ausdruck: „Wir bleiben für Euch da und Ihr bitte zu Hause!“

Sverre Gutschmidt



CORONA-KRISE IN ALLENSTEIN

Leben in Zeiten der Seuche

Polnische Regierung ergreift einschneidende Maßnahmen, die auch das südliche Ostpreußen betreffen

VON DAWID KAZANSKI

Wie die ganze Welt, kämpft auch Ostpreußen gegen die dynamische Ausbreitung der Coronavirus-Epidemie. Die polnische Regierung hat eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um das Risiko einer Infektion zu verringern. Die bisher drastischste war die Schließung der Grenzen des Landes für Ausländer. Premierminister Mateusz Morawiecki informierte darüber auf einer am 13. März einberufenen Konferenz. Auch die internationalen Passagierflüge und Bahnverbindungen wurden eingestellt. Diejenigen, die in das Land zurückkehren, müssen nun ziemlich lange an der Grenze warten und sich dann einer zweiwöchigen Quarantäne unterziehen. Eine andere Maßnahme zur Eindämmung des Virus ist die Einstellung der Handelstätigkeit von großflächigen Geschäften und Einkaufszentren.

Ansonsten wurde zuvor beschlossen, alle Kinderkrippen, Kindergärten, Schulen und Universitäten zu schließen, um die Kontakte zwischen den Menschen einzuschränken. Derzeit versuchen die Lehrer, den Unterricht online durchzuführen, indem sie die Schüler per Videokonferenz und E-Mail kontaktieren. Da die Kinder nicht am Unterricht teilnehmen, haben die Eltern Anspruch auf ein zusätzliches Betreuungsgeld für die Dauer ihrer Abwesenheit von der Arbeit. Das bringt natürlich erhebliche Verluste für die Wirtschaft mit sich.

Wo immer möglich, werden die Arbeitnehmer auf Heim- oder Telearbeit umgestellt, aber die Verringerung des menschlichen Kontakts bekommen vor allem die Besitzer von Kneipen, Pubs und Restaurants zu spüren, deren Betrieb aufgrund der Einführung des sogenannten Epide-



Vor einem Postamt in Allenstein: Besucher müssen im Freien und mit großem Abstand warten

Foto: D.K.

mie-Zustandes lahmgelegt wurde. Dazu zählen auch die Unternehmer, die ihre Gaststätten in der Allensteiner Altstadt betreiben. Geschlossene Lokale bedeuten für sie enorme Verluste und die Angst vor einer Pleite. Dasselbe gilt für Friseur- und Schönheitssalons, die aufgrund der Empfehlung der Gesundheitsaufsichtsbehörde vorübergehend außer Betrieb gesetzt wurden. Die betroffenen Unternehmer fordern die Politik auf, finanzielle Hilfe zu leisten und sie von den Sozialversicherungsabgaben zu befreien, damit ihre Unternehmen überleben können.

Anscheinend wurden die Hilferufe gehört, denn der Premierminister hat kürzlich ein sogenanntes Anti-Krisen-Paket angekündigt. Ohne Zweifel hat das Coronavirus das Leben der Polen verändert. Bildungs- und Kultureinrichtungen wurden geschlossen. Darüber hinaus befreien die

Bischöfe die Gläubigen von der Pflicht zur persönlichen Teilnahme an den Sonntagsmessen, da ein Verbot von Versammlungen mit mehr als 50 Personen eingeführt wurde. Auf Beschluss des Gesundheitsministers wurden landesweit 19 Krankenhäuser für Infektionskrankheiten eingerichtet, die sich ausschließlich mit Patienten befassen, die an der Covid-19-Krankheit leiden.

In Ostpreußen wurde ein Krankenhaus in Osterode in ein Infektionskrankenhaus umgewandelt. Obwohl das Gesundheitsministerium behauptet, dass diese Einrichtungen gut ausgestattet seien, klagt das medizinische Personal über unzureichende Mengen an Masken oder Schutzkleidung. Um die Häufung von Personen mit Krankheitssymptomen zu verhindern, werden in praktisch allen Ambulanzen Allensteins Patienten nur nach vorheriger telefonischer Beratung durch einen Haus-

arzt aufgenommen und einzeln für die angegebene Zeit in das Ärztehaus eingeladen. Viele Allgemeinärzte, die in Bezirkskliniken tätig sind, beraten die Patienten per Telefon und leisten so ihren Dienst. Apotheken, Postämter, Bäckereien und einige Banken werden einzeln von Kunden betreten, die übrigen Wartenden befinden sich draußen und versuchen, einen Abstand von eineinhalb Metern einzuhalten.

In Bussen des öffentlichen Verkehrs gibt es eine spezielle Zone, die den Fahrer von den Fahrgästen trennt. Die Tür wird nur vom Fahrer geöffnet, um die Möglichkeit einer Virusübertragung an den Türgriffen zu minimieren. Politiker und Wissenschaftler sind sich einig, dass die weitere Ausbreitung der Pandemie vermieden werden muss. Es wird alles getan, um die Geschwindigkeit der Virusausbreitung zu begrenzen.

Zeit zahlreiche Ämter, darunter von 1983 bis 1987 den stellvertretenden Vorsitz der Landesgruppe Niedersachsen und von 1987 bis 1993 den Vorsitz der Landesgruppe. Seit 1989 Mitglied im LO-Bundesvorstand, wurde er im November 1992 zum Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen gewählt.

Sprecher in einer Zeit des Umbruchs

Die LO befand sich damals in einer Phase der Neuorientierung: Neben der bitteren Erkenntnis, dass sich die jahrzehntelangen Hoffnungen auf eine Wiedervereinigung unter Einschluss Ostpreußens nicht erfüllten, galt es vor allem, den notwendigen Generationenwechsel in der Landsmannschaft zu gestalten. In diese Phase fällt auch die Umbenennung des Ostpreußenblatts in Preußische Allgemeine Zeitung.

Als im November 2010 nach 18 Jahren die Amtszeit Wilhelm v. Gottbergs als Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen endete, bedeutete dies jedoch nicht das Ende seines politischen Engagements. Am 24. September 2017 wurde er als ältester Abgeordneter in den Deutschen Bundestag gewählt.

Die Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und die Preußische Allgemeine Zeitung wünschen dem Altsprecher Wilhelm v. Gottberg zu seinem 80. Geburtstag alles erdenklich Gute, vor allem Glück, Gesundheit und allzeit Gottes Segen.

Stephan Grigat,

GLÜCKWUNSCH

Ein Leben für Ostpreußen

Zum 80. Geburtstag Wilhelm v. Gottbergs



Leitete als Sprecher 18 Jahre lang die Geschicke der Landsmannschaft Ostpreußen: Wilhelm v. Gottberg

Foto: pa

schon früh in der Kommunalpolitik. So war er unter anderem von 1991 bis 2011 Mitglied des Kreistags von Lüchow-Danzenberg sowie von 1991 bis 2016 Bürgermeister der Gemeinde Schnega.

Zur besonderen Berufung wurde Wilhelm v. Gottberg jedoch der Einsatz für seine Heimat. Schon früh engagierte er sich in der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und übernahm im Laufe der

● MELDUNGEN

Straßenbau unter Vertrag

Alenstein – Ein Auftragnehmer für den Bau des Abschnittes der Schnellstraße S5 von Arnau nach Warweiden ist gefunden. Die Firma Budimex S.A. hat den Vertrag mit einem Auftragsvolumen von umgerechnet rund 44 Millionen Euro angenommen und sich verpflichtet, innerhalb von 31 Monaten (ausgenommen die Winterzeit) den fünf Kilometer langen Abschnitt der Straße S5 von Arnau nach Warweiden zu bauen. Damit verbunden ist auch der Bau zusätzlicher Straßen, die dem benachbarten Gebiet dienen. Außerdem werden Straßen anderer Kategorien umgebaut, die mit der Straße S5 zusammentreffen. Die zweispurige Straße beinhaltet den Knoten Osterode West, vier Viadukte und zwei Wildübergänge. Der Abschnitt der Schnellstraße S5 von Arnau nach Warweiden ist die Fortführung der Umgehungsstraße von Osterode im Zuge der Staatsstraße Nr. 16, die ein Teil der Schnellstraße S5 auf dem Abschnitt Graudenz-Osterode ist. Die Straße wird ein Teil von Schnellstraßen im Norden der Republik Polen auf der Linie von Ost nach West sein, nämlich der S10 Stettin-Schneidemühl-Bromberg, der S5 Bromberg-Graudenz-Osterode, der S7 Osterode-Hohenstein, der S51 Hohenstein-Alenstein, der S16 Alenstein-Lyck und der S61 Lyck-Budzisko (an der Grenze zu Litauen). PAZ

Coronavirus im Gebiet

Königsberg – Anfang dieser Woche wurden im Königsberger Gebiet 132 Menschen auf das Coronavirus getestet, wie der Pressedienst der Regionalregierung bekannt gab. Insgesamt wurden 1988 Einwohner auf das Virus Covid-19 untersucht. 1145 von ihnen stehen unter Beobachtung, 16 von ihnen im Lager „Segel der Hoffnung“ in Rauschen. Es wurden sieben Fälle von Infektionen festgestellt, ein Patient gilt als geheilt. In der gesamten Russischen Föderation wurden innerhalb eines Tages 71 neue Corona-Infektionen festgestellt, alle in Moskau. MRK

Kohlekessel ausgetauscht

Königsberg – In diesem Jahr sollen im Königsberger Gebiet zehn kohlebetriebene zentrale Heizkessel in Gebäuden stillgelegt werden. Die Stilllegung betrifft sowohl Wohnhäuser als auch öffentliche Einrichtungen wie Schulen und Kindergärten. Laut dem Pressedienst der Regionalregierung gibt es allerdings in Königsberg nicht überall die Möglichkeit, die Häuser ans Gasnetz anzuschließen. Dieses Problem müsse noch gelöst werden. Im kommenden Jahr sollen weitere 15 alte Kohlekessel (von 43) abgeschaltet werden. Bis Ende 2022 sollen alle alten Kessel, mit denen soziale Einrichtungen beheizt werden, stillgelegt werden. Seit einiger Zeit schon werden im Gebiet veraltete Kessel ausgetauscht. In den vergangenen neun Jahren wurden 63 kohlebetriebene Heizkessel stillgelegt. MRK

In wenigen Tagen feiert Wilhelm v. Gottberg, langjähriger Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, seinen 80. Geburtstag.

Geboren am 30. März 1940 auf dem zum Gut Groß Klitten gehörigen Vorwerk Wooten, erlebte Wilhelm v. Gottberg im Schatten des Zweiten Weltkriegs zunächst prägende Kindheitstage in Ostpreußen. Als die Front näher kam, musste auch seine Familie aus der Heimat fliehen. Über die Zwischenstation Klein Nossin in Hinterpommern gelangten die Gottbergs über Danzig mit dem Schiff nach Mecklenburg und von dort nach Niedersachsen.

Hier besuchte Wilhelm v. Gottberg die Volksschule, die er im April 1954 beendete. Nach zwei Ausbildungen zum Landwirt und Tischler trat er im April 1960 die Grundausbildung beim Bundesgrenzschutz (BGS) an und diente dort in verschiedenen Verwendungen in den Einsatzhundertschaften. Parallel dazu besuchte er die Abendschule und erwarb nach dem Abschluss der Fachschulreife und dem Ablegen einer Begabtensonderprüfung die Zulassung zum Studium. Nach einem Lehramtsstudium und einem Referendariat wurde Wilhelm v. Gottberg dann 1978 Lehrer beim BGS für die Fächer Staats- und Verfassungsrecht, Politische Bildung und Polizeipsychologie. Dem Grenzschutz und später der Bundespolizei diente er bis zu seiner Pensionierung.

Neben seinem beruflichen Werdegang engagierte sich Wilhelm v. Gottberg



ZUM 99. GEBURTSTAG

Bruhnke, Elisabeth, geb. **Meyer**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 28. März
Dunio, Irmgard, geb. **Kochanowski**, aus Neidenburg, am 30. März
Mahsalski, Edith, geb. **Thierbach**, aus Ziegelberg, Kreis Elchniederung, am 2. April
Riehl, Charlotte, geb. **Reich**, aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 28. März

ZUM 98. GEBURTSTAG

Baumgart, Christel, geb. **Pillkahn**, aus Georgenforst, Kreis Elchniederung, am 29. März
Geyer, Herta, geb. **Jankowski**, aus Statzen, Kreis Lyck, am 31. März
Kesting, Elisabeth, geb. **Bondzko**, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 29. März
Negraßus, Kurt, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 28. März

ZUM 97. GEBURTSTAG

Büttner, Jutta, geb. **Seibt**, aus Kumehnen, Kreis Fischhausen, am 30. März
Jonczik, Hildegard, geb. **Weber**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 31. März
Kluczik, Gertrud, geb. **Konopka**, aus Reichenstein, Kreis Lötzen, am 30. März
Kruck, Waltraud, geb. **Zielinski**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 1. April
Langkeit, Heinz, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 27. März
Walka, Gerda, geb. **Labeit**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 28. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Casper, Hildegard, geb. **Sbosny**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 27. März
Grochow, Elisabeth, aus Walden, Kreis Lyck, am 2. April
Maxim, Hugo, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 28. März
Rudolph, Asta, geb. **Milweski**, aus Lyck, am 28. März
Schaper, Waltraut, geb. **Lyß**, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 31. März

Schmidt, Susanne, geb. **Lankau**, aus Neidenburg, am 31. März
Weidkuhn, Arno, aus Lyck, am 31. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Fischer, Grete, geb. **Schmakeit**, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniederung, am 1. April
Koelle, Erna, geb. **Thormann**, aus Schenkenhagen, Kreis Ebenrode, am 31. März
Pliska, Waldemar, Kreiskgemeinschaft Neidenburg, am 1. April
Scheingruber, Erna, geb. **Klesch**, aus Lyck, am 30. März
Sender, Erna, geb. **Jobs**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 27. März
Ströhmnn, Irmgard, geb. **Malso**, aus Maihof, Kreis Lyck, am 2. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Baudzus, Werner, aus Lyck, General-Busse-Straße 34, am 2. April
Heitger, Bernhard, Kreiskgemeinschaft Wehlau, am 27. März
Kling, Waltraut, geb. **Gulatz**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 29. März
Koschorrek, Bruno, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 30. März
Kuhn, Erika, geb. **Wochnowski**, aus Neidenburg, am 27. März
Paluschtszik, Magdalena, geb. **Tobies**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 29. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Dander, Kurt, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 28. März
Dombrowski, Walter, aus Dorschen, Kreis Lyck, am 2. April
Gorzalka, Erna, geb. **Groehn**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 31. März
Koepke, Ursula, geb. **Kaminski**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 31. März
Kurbjuweit, Erna, geb. **Kaiser**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 29. März
Martini, Christel, geb. **Müller**, Kreiskgemeinschaft Wehlau, am 27. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Alexi, Heinrich, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 27. März
Bahlo, Reinhold, aus Talussen, Kreis Lyck, am 28. März
Biallas, Irma, geb. **Sembritzki**, aus Rumeyken, Kreis Lyck, am 30. März

Jopp, Erika, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 30. März
Lask, Ernst, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 29. März
Nissen, Irmgard, geb. **Klingenberg**, aus Godnicken, Kreis Fischhausen, am 2. April
Schemmel, Gerda, geb. **Begett**, aus Kirpehnen, Kreis Fischhausen, am 29. März
Sokolowski, Günter, aus Neuen-dorf, Kreis Lyck, am 28. März
Staiger, Luise, geb. **Holstein**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 28. März
Struck, Gertrud, geb. **Weiss**, aus Rockeimswalde, Kreis Wehlau, am 30. März
Szogas, Edit, aus Lengen, Kreis Ebenrode, am 29. März
Turowski, Helmut, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 31. März
Uredat, Heinz, aus Insterburg, Siehrstraße 8, am 31. März
Waschkewitz, Ilse, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 31. März
Wittkowski, Horst, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 28. März

ANZEIGE

Sonderzugreisen nach
Masuren - Königsberg - Danzig
Tel.: 07154/131830 www.dnv-tours.de

ZUM 91. GEBURTSTAG

Behrend, Ella, geb. **Kaulitzki**, aus Hohenberge, Kreis Elchniederung, am 28. März
Brock, Edith, geb. **Ehrlich**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 31. März
Charchulla, Liesbeth, geb. **Newiger**, aus Gusken, Kreis Lyck, am 1. April
Draack, Hans, aus Imten, Kreis Wehlau, am 28. März
Fenske, Hildegard, geb. **Maser**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 1. April
Gallein, Erich, aus Kischen, Kreis Elchniederung, am 27. März
Goebel, Hedwig, geb. **Muczen-ski**, aus Weißhagen, Kreis Lyck, am 30. März
Gremke, Erich, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 1. April
Heise, Hildegard, geb. **Schma-rowski**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 31. März
Joecks, Herta, geb. **Chilla**, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 29. März
Koppert, Elisabeth, geb. **Janz**, aus Gilgetal, Kreis Elchniederung, am 27. März
Kullak, Dr. Ernst, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 31. März
Kunz, Elfriede, geb. **Hohendorf**, aus Borken, Kreis Treuburg, am 30. März
Kyewski, Gertrud, geb. **Robat-zek**, aus Brodau, Kreis Neidenburg, am 27. März
Laube, Gisela, geb. **Tolkmitt**, aus Neidenburg, am 31. März
Seidel, Herbert, aus Neidenburg, am 28. März
Sengpiel, Ruth, geb. **Lumma**,

aus Leinau, Kreis Ortelsburg, am 2. April
Thernell, Annerose, geb. **Nuckel**, aus Germau, Kreis Fischhausen, am 2. April
Thomzik, Ilse, aus Ortelsburg, am 29. März
Walter, Irmgard, geb. **Liedtke**, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 28. März
Zimmermann, Gertrud, geb. **Kschonsek**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 28. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Czychon, Horst, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 30. März
Engmann, Irma, geb. **Rudowski**, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 31. März
Gulbis, Siegfried, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 29. März
Gutzeit, Bruno, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 30. März
Hoffmann, Klaus, Kreiskgemein-schaft Neidenburg, am 29. März
Klingert, Hildegard, geb. **Miska**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 30. März
Kulschewski, Kurt, aus Plötzen-dorf, Kreis Lyck, am 30. März
Kutschera, Gertraude, geb. **Gritzka**, aus Masuren, Kreis Treu-burg, am 1. April
Mrozek, Lisbeth, geb. **Kempka**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 29. März
Naujoks, Kurt, aus Pelkeninken, Kreis Wehlau, am 28. März
Reinke, Liselotte, geb. **Pogodda**, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 31. März
Rimkus, Bruno, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 31. März
Schmalstieg, Else, geb. **Gaurun**, aus Ebenrode, am 27. März
Schott, Martha, geb. **Sewzik**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 1. April
Tewes, Anneliese, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 1. April
Wagner, Elfriede, geb. **Soyka**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 2. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Baranski, Sigmar, aus Arlen, Kreis Lötzen, am 2. April
Berlet, Jürgen, aus Ziegelberg, Kreis Elchniederung, am 2. April
Brack, Heinz, aus Kelchendorf, Kreis Lyck, am 30. März
Bressem, Waltraud, geb. **Starke**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 31. März
Chrosziel, Lieselotte, geb. **Fied-rich**, aus Albrechtswiesen, Kreis Angerburg, am 31. März
Drossel, Theresia, geb. **Omilian**, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 28. März
Eilf, Hans-Georg, aus Treuburg, am 27. März
Erdt, Scharnhorst, aus Kölmers-dorf, Kreis Lyck, am 27. März
Guszczewski, Anneliese, geb. **Haase**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 30. März
Hamm, Egon, aus Adlig Linku-hnen, Kreis Elchniederung, am 29. März
Heims, Gerhard, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 27. März
Kannenberg, Helgo, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 31. März
Kipar, Anneliese, geb. **Kompa**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 1. April
Knoblauch, Gerhard, aus Schnip-pen, Kreis Lyck, am 28. März
Krupka, Willi, aus Neuhof, Kreis Neidenburg, am 2. April
Menzel, Christine, geb. **Geffke**, aus Enger, Kreis Fischhausen, am 28. März

Müller, Ruth, geb. **Wierzbitzki**, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 29. März
Parra, Eberhard, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 31. März
Rant, Siegmär, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 1. April
Redschus, Horst, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 30. März
Röder, Irene, aus Milucken, Kreis Lyck, am 29. März
Trakowski, Günter, aus Wehlau, am 28. März
Wilhelm, Ursula, geb. **Mallin**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 1. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Annanias, Ursula, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 28. März
Arnaschus, Alfred, aus Heyde-krug, am 29. März
Eichholz, Gerhard, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 29. März
Gawehn, Hans, aus Eckwalde, Kreis Elchniederung, am 2. April
Geisler, Rosemarie, geb. **Sparka**, aus Nikolaiken, Kreis Sensburg, am 1. April
Gleitsmann, Karin, geb. **Sparka**, aus Nikolaiken, Kreis Sensburg, am 1. April
Hau, Helga, geb. **Brabant**, aus Treuburg, am 31. März
Klay, Lore, geb. **Okunek**, aus Ro-senheide, Kreis Lyck, am 30. März
Konopka, Horst, aus Teichwalde, Kreis Treuburg, am 30. März
Kübler, Gisela, geb. **Rummey**, Kreiskgemeinschaft Lötzen, am 31. März
Masanneck, Roland, aus Grab-nick, Kreis Lyck, am 2. April
Meinel, Dörte, geb. **Welz**, aus Guttenfeld, Kreis Preußisch Ey-lau, am 28. März

Merkert, Reinhold, aus Hohen-fried, Kreis Ebenrode, am 1. April
Mühlbach, Helmut, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 28. März
Ohlhorst, Irmgard, geb. **Ott**, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 30. März

ANZEIGE

Ihren **80.** Geburtstag

begeht am 24. März das
Fischhausener Mädchen

Ilse

Es gratulieren von Herzen

Deine Kinder

Deine Enkelkinder

und Deine Ur-Enkelin

Piekatz, Gisela, geb. **Sander**, aus Damerau, Kreis Ortelsburg, am 29. März
Reich, Gudrun, aus Antonswiese, Kreis Elchniederung, am 27. März
Riedelsberger, Karen, aus Eydt-kau, Kreis Ebenrode, am 2. April
Rosenfeldt, Margrit, geb. **Kaja**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 29. März
Scholder, Carola, geb. **Lincke**, aus Wildenhoff, Kreis Preußisch Eylau, am 1. April
Seidler, Waldemar, aus Sidden, Kreis Treuburg, am 31. März

ZUM 75. GEBURTSTAG

Beuchel, Stefan, Kreiskgemein-schaft Wehlau, am 28. März
Trucewitz, Gerhard, Kreiske-meinschaft Goldap, am 31. März



Kulturzentrum Ostpreußen

Wegen der aktuellen Corona-Ausbreitung ist die Residenz Ellingen zunächst bis mindes-tens 19. April für den Besuchs-verkehr geschlossen.

Aus diesem Grunde kann auch die Ausstellung „**Wilhelm Voigt aus Tilsit. Der Haupt-mann von Köpenick**“ derzeit

nicht besichtigt werden. Sobald der Besuch der Ausstellung wieder möglich sein wird, wer-den wir Sie informieren. Aktuelle Informationen finden Sie auch auf unserer Internet-seite:

www.kulturzentrum-ostpreussen.de



Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. im Jahr 2020

Die Arbeitstagung für die deutschen Vereine in Sens-burg muss wegen der Corona-Krise leider ausfallen.

26. bis 28. Juni: 8. Ostpreu-ßische Sommerolympiade in Heilsberg
11. Juli: Festakt „100 Jahre Volksabstimmung“ in Allenstein
12. Juli: Ostpreußisches Sommerfest in Wuttrienen
18. bis 20. September: Geschichtssseminar in Helmstedt
5. bis 11. Oktober: Werk-woche in Helmstedt
17. Oktober: 10. Deutsch-Russisches Forum in Lüneburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzen-

den der LO (geschlossener Teilnehmerkreis)
7./8. November: Ostpreußi-sche Landesvertretung (ge-schlossener Teilnehmerkreis)

Bitte vormerken für 2021 Jahrestreffen der Ost-preußen, 05.06.2021, CongressPark Wolfsburg

Wegen der Corona-Krise kann es zu weiteren Absagen einzelner Veranstaltungen kom-men. Bitte informieren Sie sich vorab bei der Bundesgeschäfts-stelle der Landsmannschaft Ost-preußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ost-preussen.de oder im Internet unter www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Zusendungen für die Ausgabe 15/2020

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 15/2020 (Erstverkaufstag 10. April) bis spätestens Dienstag, den 31. März 2020, an die Redaktion der PAZ.
E-Mail: renker@preussische-allgemeine.de,
Fax: (040) 41400850 oder
postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Kontakt

Wegen Elternzeit der zuständigen Mitarbeiterin ist bis Ende 2020 Frau Ingrun Renker Ansprechpartnerin für die Heimat-Seiten.
Telefon: (040) 41 40 08 - 34
E-Mail: renker@preussische-allgemeine.de
Bürozeiten: Dienstag–Donnerstag jeweils von 13-16 Uhr



Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bremen

Alle zwei Jahre findet am ersten Märzwochenende bundesweit der „Tag der Archive“ statt.

Aus diesem Anlass veranstalteten der Arbeitskreis Bremer Archive und Radio Bremen am 7. März in der Unteren Rathaus-halle Bremen die gemeinsame Ausstellung „Archivsplitter. Kommunikation. Von der Depesche bis zum Tweet. Die Bremer Archive und Radio Bremen“.

Auf Schautafeln, in Vitrinen sowie an Hör- und Sehstationen präsentierte rund 30 Archive, Briefe, Fotos, Filme, Interviews, Langspielplatten, Plakate, Radiomitschnitte, Telegramme und viele weitere Exponate zum Thema „Kommunikation“.

Die Bremer Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, die selbst auch im Bremer Archivkreis mitarbeitet, beteiligte sich an der dreißigjährigen Ausstellung vom 4. bis 12. März mit drei thematischen Tafeln, die mit Material aus dem Familienarchiv der Autorin Henriette Piper gestaltet werden konnten. Henriette Piper und Heinrich Lohmann fanden für jede der Tafeln einen eigenen passenden Titel, dem sie jeweils passende Texte und ausgewählte Abbildungen zuordneten:

- Tafel 1: „Wenn man nie weiß, ob der Brief ankommt“
- Tafel 2: „Wenn ein Brief für alle da ist“
- Tafel 3: „Endlich! Letzte Post aus Kaliningrad“.

Die Tafeln aller beteiligten Archive waren von einem Gestaltungsbüro in einem einheitlichen

Layout hergestellt worden und vermochten mit ihrer Aufmachung sehr zu überzeugen.

In einer Fotofolge über die gesamte Ausstellung wurde deutlich, dass unsere Tafeln eine Bereicherung der Ausstellung waren und auch von den Besuchern so angenommen wurden.

Im Laufe des Jahres sind noch drei weitere Ausstellungsorte im Lande Bremen geplant.



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3,
64367 Mühlthal,
Tel. (06151)148788

Die Landesgruppe Hessen lädt vom 9. bis 10. Mai 2020 zu ihrer diesjährigen Landeskulturtagung in das Wilhelm-Kempf-Haus 1, nach 65207 Wiesbaden-Naurod ein. Grußworte der Hessischen Landesregierung überbringt die Landesbeauftragte für Heimatverbundene und Spätaussiedler, Frau Ziegler-Raschdorf.

Im Programm erwarten Sie folgende Vorträge: Hans-Joachim Naujoks referiert über den „Ostpreußischen Elch“, Günter Balschun wird über den Ostpreußen „Günter Skrodzki aus Angerburg“ berichten, Dr. Christean Wagner erinnert an die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen vor 70 Jahren“ und Herr Gerd-Helmut Schäfer an das „Memelland – wo Deutschland sein Ende hat“. Unsere Landesfrauenleiterin Karla Weyland ist mit zwei Vorträgen vertreten: „Die dumme Gans“ und „Posen und das

Posener Land“. Zwei weitere Vorträge werden wir von Dr. Christopher Spatz zu den Themen „Nur der Himmel blieb derselbe – ostpreussische Hungerkinder erzählen vom Überleben“ und „Das Lager Friedland – ein Schicksalsort in Westdeutschland“ hören. Das Thema unseres Landesvorsitzenden Ulrich Bonk lautet: „Die Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen am 11. Juli 1920“.

Die Tagung beginnt am 9.Mai,
11.00 Uhr und endet am 10. Mai
2020 um 12.00 Uhr.

Über Ihr Interesse würden wir uns freuen. Gäste sind herzlich willkommen.

Nähere Informationen und Anmeldung bei unserem Landes-schatzmeister, Kuno Kutz, Tel. 06441770559.



Das Preußische Staatsarchiv in Königsberg wurde 1930 von Architekt Robert Liebenenthal im Bauhausstil erbaut. Foto: Bildarchiv Ostpreußen



Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft.

Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegier-

ten zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der LO, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,00 €. Den Aufnahmean-

trag können Sie bequem auf der Webseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg.

Weitere Auskünfte zur
persönlichen Mitgliedschaft
erhalten Sie bei der Bundes-
geschäftsstelle der Landsmann-
schaft Ostpreußen:
Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de.

Rätsel

Verminderung d. Streitkräfte		Wasser- vogel an nord. Küsten	Preis- schild		politisch- Extremist		abwer- tend: Lieb- haber	asia- tischer Spei- sepliz		besitz- anzel- gendes Fürwort	dt. Kin- derbuch- autor (Michael)		allein, ver- lassen	Weg- begleiter, Kamera- der		schwar- zer Kohlen- stoff		Früchte		engl. Adels- titel: Herzog	Tabak- gift
Mit- glieds- zahlung								Angehö- riger ei- nes Rei- tervolkes						(ein Haus) er- richten							
					zu der ge- nann- ten Stelle					ver- schwom- men; zer- streut								tropische Echse		grober, aber gut- mütiger Mensch	
spannen- der Film, Roman (Kzw.)			Nacken- stütze im Bett											Zweige eines Baumes							
					Blüten- stand			Wohlge- schmack, -geruch		Befehl; Auftrag	ägypt- ische Ha- fen- stadt						beson- ders extrem		Fährte, Spur		
Fluss in Mecklen- burg-Vor- pommern			Fischfett					sprach- los						Hafen des an- tiken Rom		Pflanze zu Heil- -, Würz- zwecken					
gewebt, gewirkt							nie- mand; nichts			veraltet: Lärm, Unruhe						jüdi- scher Gesetzes- lehrer					
				kleinere Glaubens- gemein- schaft						zum einen, zunächst einmal		Haupt- stadt von Oregon (USA)	auf Grund laufen (Schiff)								
viel- farbig			Dresch- abfälle						unter- drückter Laut (ugs.)	sittliche Ge- sinnung								sehr flache Servier- unterlage			nach- sichtig, tolerant
Violine					ständig, stets							Schande; Bloß- stellung		Polster- -, Ruhe- möbel	Fassver- schluss						

Schüttelrätsel

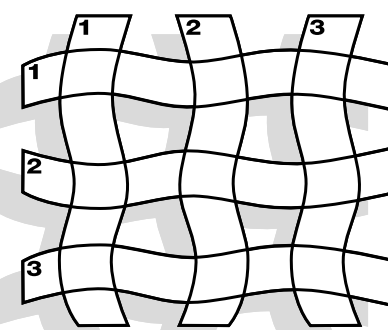
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AFNRZ	▼	BE00	AADTW	▼	EKOPR	▼	AKNU	ERST	AERT
▶		▼			EKOR	▶	▼	▼	▼
AOPRS			AAAK NR	▶					
DEINN OSTT	▶								
ELTZ	▶				ERTU	▶			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein anderes Wort für ein Erinnerungsbauwerk.

1	TIER							BALL
2	MIT							CHOR
3	TUER							TON
4	BUCH							PRESSE
5	GOLD							UHR
6	FERN							BAU
7	KLAR							PLAN



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 schmutzig (ugs.)
2 Hauptfluss Mittelbelgiens
3 Hauptstadt von Namibia

Ostpreußische Heimattreffen 2020

Von Allenstein bis Wehlau – die wichtigsten Termine der Heimatkreisgemeinschaften bis zum Jahresende



Altenstein-Stadt

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach **Gst.:** Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Tel.: 0209 - 29 131, StadtAllenstein@t-online.de

65. Jahrestreffen der Stadtgemeinschaft Allenstein, am 11. und 12. September in Gelsenkirchen-Schloss Horst



Altenstein-Land

Kreisvertreter: Andreas Galenski, Sauerbruchstraße 2, 42549 Velbert, Tel.: 02051 - 8 77 29, Kreisvertreter-Allenstein@t-online.de, www.allenstein-landkreis.de **Geschäftsstelle:** Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen. Tel.: 05401 - 977-0

Kirchspiel Jonkendorf, Wengaiten, Mondtken, Steinberg und Polleiken

Palmsontag, 5.4.2020, 10.00 Uhr: Messe in der St. Antonius-Kirche, Kütings Garten 3, 45279 Essen-Steele, Freisenbruch, dann im Pfarrsaal mit warmer Mahlzeit. Weitere Informationen: Pfarrer Norbert Klobusch, Tel. (0201) 505570 (Frau Marx) oder bei Johann Certa, Tel. (02334) 54077. - E-Mail: Johann.Certa@t-online.de

Kirchspiel Klaukendorf, Purden, Groß Kleeberg zusammen mit Kirchspiel Jonkendorf

Palmsontag 5.4.2020, 10.00 Uhr: Messe in der St. Antonius-Kirche, Kütings Garten 3, 45279 Essen-Steele, Freisenbruch, dann im Pfarrsaal mit warmer Mahlzeit. Weitere Informationen: Pfarrer Norbert Klobusch, Tel. (0201) 505570 (Frau Marx) oder bei Johann Certa, Tel. (02334) 54077. E-Mail: Johann.Certa@t-online.de

Kirchspiel Grieslienien, Stabigotten, Wemitten, Plautzig und Honigswalde

18.4.2020, ab 11.00 Uhr, „Südtiroler Stuben“, Freiherr-vom-Stein-Straße 280, 45133 Essen. Weitere Informationen: Hildegard Gerigk, Tel. (02102) 471477 und Gabriele Malinowski, Tel. (0228) 646116

Wallfahrt Werl

3.5.2020, 10.00 Uhr: Messe. Anschließend Treffen in der Stadthalle. Weitere Informationen auch bei Johann Certa, Tel. (02334) 54077, E-Mail: Johann.Certa@t-online.de

Kirchspiel Göttkendorf, Alt Schöneberg, Jonkendorf zusammen mit Kirchspiel Dietrichswalde, Nagladen und Woriten

30.5.2020, ab 14.00 Uhr in 44894 Bochum-Werne, Hölterweg 4. Weitere Informationen: Fam. Sawitzki, Tel. (02342) 30624 und Johann Certa, Tel. (02334) 54077. E-Mail: Johann.Certa@t-online.de

Kirchspiel Neu-Kaletka

Sonntag, 21.6.2020, 10.00 Uhr, Messe und anschließend Treffen im Pfarrsaal Dechanat-Heimannstr. 1, Kiliansdom, 58642 Iserlon-Lethmate. Weitere Informationen: Pfarrer Hubert Olbricht, Tel. (02374) 505467 und Gerhard Teschner Tel. (05206) 3469

Kirchspiel Süßenthal

22.8.2020, 16.00 Uhr: Gottesdienst in der St. Bruder Konrad Kirche, Bonifatiusstr. 6, 33334 Gütersloh. Treffen ab 17.00 Uhr, Spexarder Nauernhaus, Lukasstr. 14, 33332 Gütersloh. Weitere Informationen: Eckard Jagalla, Tel. (05241) 403872 und Jan August Hacia, Tel. (0234) 330518

Kirchspiel Deuthen sowie Treffen für Feuerwehrmänner und -frauen

12.9.2020, ab 13.00 Uhr in Schloss Horst, Turfstraße 21, 45899 Gelsenkirchen. Zusammen mit dem Treffen für Feuerwehrmänner und -frauen, die bei der Allensteiner Berufsfeuerwehr beschäftigt waren. Weitere Informationen: Johann Certa, Tel. (02334) 54077, E-Mail: Johann.Certa@t-online.de



Angerburg

Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Tel.: 04261 - 983-31 00; Fax: 04261 - 983 - 31 01, kreisgemeinschaft.angerburg@lk-row.de

66. Angerburger Tage (Hauptkreistreffen für den Landkreis Angerburg) am 11. und 12. September

2020 in Rotenburg (Wümme), Kreishaus, Hopfengarten 2.



Bartenstein

Kreisvertreter: Christian v. der Groeben, Ringstraße 45, 97950 Großrinderfeld, Tel.: 09349 - 929 252, Fax: 09349 - 929 253, csgroeben@gmx.de

Das diesjährige Heimatkreistreffen der Heimatkreisgemeinschaft Bartenstein wird am Sonnabend, 5.9.2020 in Nienburg/Weser im Hotel zur Krone stattfinden.



Ebenrode

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 32657 Lemgo, Tel.: 05261 - 8 81 39, Gerhard.kuebart@googlemail.com

20.6.2020 Ostpreußentreffen der Kreisgemeinschaften Schloßberg und Ebenrode in Winsen (Luhe), Brasserie am Schloß (Schloßplatz 5)

28. - 30. August Kirchspieltreffen Rodebach, Noreitscher Dorf- und Nachbarschaftstreffen



Elchniederung

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbachstr. 6, 52146 Würselen, Tel.: 02405-73810, **GF:** Barbara Dawideit, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Tel./Fax: 034203 - 33 567

Ausfall Nachbarschaftstreffens Das für Sonnabend, 16. Mai 2020, vorgesehene Nachbarschaftstreffen mit Tilsit-Ragnit und Tilsit-Stadt muss leider ausfallen. Das Coronavirus breitet sich immer weiter aus. Die Meldungen über Infizierte häufen sich und deswegen sollten Veranstaltungen gemieden werden.



Gerdauen

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Telefon: 0151 - 12 30 53 77; Fax: 03 90 00 - 5 13 17, **Gst.:** Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig. Telefon: 0341 - 960 09 87, geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de

3.-4. Oktober 2020 Hauptkreistreffen in Bad Nenndorf, Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 22



Goldap

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax: (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. **Geschäftsstelle:** Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de

17. Mai 2020 Internationaler Museumstag Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen in Stade

21. bis 24. Juni 2020 Gr. Rominter Treffen in Wolfhagen

12. Juli 2020 Ostpreußisches Sommerfest in Wuttrienen bei Allenstein

18. bis 20. September 2020 Goldaper Heimattreffen in Stade

21. bis 24. September 2020 Kirchspieltreffen Gurnen in Boltenhagen



Heiligenbeil

Kreisvertreter: Erster Stellvertretender Kreisvertreter (Geschäftsführender Vorsitzender): Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. **Zweite Stellvertretende Kreisvertreterin:** Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. **Schriftleiterin:** Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Das Heiligenbeiler Kreistreffen 2020 findet vom 11. bis 13. September in Haases Hotel in Burgdorf statt. Haases Gasthaus „Zur Erholung“ GbR, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf. Telefon: (05136) 8879 0 E-Mail: info@hotel-gasthaus-haase.de. Am 12. September 2020 findet im Rahmen des Treffens im Hotel auch um 15.30Uhr das **Sondertreffen der Stadtgemeinschaft Zinten** statt.



Insterburg-Stadt / Land

Kreisvertreter: Andreas Heiser, Schlicker Weg 27, 42659 Solingen, Tel.: (0212) 81 10 13, E-Mail: andreasheiser@arcor.de. **Geschäftsstelle:** Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag-Freitag von 8 bis 12 Uhr

Das 68. Jahreshaupttreffen der Kreisgemeinschaft Insterburg

Stadt und Land e.V. findet am 24. Oktober 2020 in Krefeld statt.



Johannsburg

Kreisvertreter: Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01662 Meißen, Telefon (03521) 4592901 **Internet:** www.kreisgemeinschaft-johannsburg.de; E-Mail: kodo48@aol.com; **Kassenverwalter:** Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, E-Mail: g.awoy@htp-tel.de

1. Mai 2020 Johannsburger Regionaltreffen in Düsseldorf mit Paul Sobotta

Im Juli 2020 ist eine einwöchige Busfahrt nach Johannsburg vorgesehen.

6. September 2020: 65. Hauptkreistreffen in Dortmund

Im Oktober findet eine Betreuungsfahrt Stadt- und Landkreis Johannsburg statt.



Labiau

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562. info@strammverlag.de, Internet: www.labiau.de

25. April 2020: 8. Regionaltreffen in Leipzig, Gaststätte „Seilbahn“, Max-Liebermann-Str. 91, 04157 Leipzig, 10 bis ca. 18 Uhr. Anmeldung und Info: Eberhard und Barbara Grashoff, Tel. (0341) 9010730

8. August 2020: 45. Haffdörfer-treffen Labagienen/Haffwinkel, Rinderort und Peldßen in Bremerhaven, Kleingartenverein-Süd, Helgoländer Str. 3, 14.00 Uhr. Info bei Gertrud Romeike, Tel. (04706) 93 13 17 oder Marita Jachens-Paul, Tel. (0471) 86176

12. September 2020: Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft Labiau, 9 bis 22 Uhr, in der Stadthalle Otterndorf, Fröbelweg, mit Beiprogramm am 11. und 13. September. Info: Kreisvertreterin Tel. (04853) 562.



Lötzen

Kreisvertreter: Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothaenfelde, Telefon (05424) 4553, Fax (05424) 399139, E-Mail: kgl.milewski@os-nanet.de **Geschäftsstelle:** Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

9.8.2020: Kreistreffen der Kreisgemeinschaft Lötzen e.V. (einschließlich Mitgliederversammlung), zusammen mit den Kreisge-

meinschaften Sensburg und Treuburg, im Berufskolleg Technik der Stadt Remscheid, Neuenkamper Str. 55, 42855 Remscheid. Details zum Programm des Treffens werden im „Lötzener Heimatbrief“ Nr. 127/Mai 2020 zu lesen sein.



Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Regionaltreffen Nord in Lübeck am 26. April 2020

Hauptkreistreffen in Hagen am 29. und 30. August 2020

Lycker-Treffen in Bremen am 12. November 2020



Mohrungen

Kreisvertreter: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. **Stellv. Kreisvertreterin:** Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. **Schatzmeister:** Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. **Geschäftsstelle:** Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365

Das diesjährige Heimatkreistreffen der Kreisgemeinschaft Mohrungen e.V. findet am 19. und 20.9.2020 in Bad Nenndorf, Hotel Esplanade L'ORANGERIE, Bahnhofstraße 8, statt.

Am 19. September findet die öffentliche Sitzung des 9. Kreistages statt. Ab 13.00 Uhr ist Einlass in die Veranstaltungsräume.

Die Feierstunde mit einem interessanten Programmablauf und die Mitgliederversammlung finden am 20. September statt.



Ortelsburg

Kreisvertreter: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. **Geschäftsführerin:** Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck. **Internet:** www.kreisgemeinschaft-ortelsburg.de

Das diesjährige Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft findet am 20.9.2020 im Kulturzentrum in Herne statt.

3.5.2020 Restaurant Zille am Kulturzentrum Herne Treffen von Altkirchen, Klein Jerutten, Erben, Rheinswein, Wildenau, Farienen, Friedrichshof, Fürstenwalde, Lindenort, Liebenberg, Lehmanen, Groß-Schöndamerau

Hinweis

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb bitte jeden Wohnungswechsel Ihrer Kreisgemeinschaft. Geben Sie bitte bei allen Schreiben stets auch den letzten Heimatort an.



Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Gratulationen, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

Termine der Heimatkreisgemeinschaften 2020



Prominenter Besuch Dichterin Agnes Miegel während eines landsmannschaftlichen Treffens Anfang der 50er Jahre Foto: Bildarchiv Ostpreußen

9.5.2020 Restaurant Zille, am Kulturzentrum Herne Treffen von Großalbrechtort, Groß Dankheim, Großheidenau, Kannwiesen, Kobulten, Steinhöhe, Mensguth, Stadt Willenberg

Osterode
Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736.
Geschäftsstelle: Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Tel.: (05522) 919870. E-Mail: KGO-eV@t-online.de; **Sprechstunde:** Mo. 14-17 Uhr, Do. 14-17 Uhr

2.-3. Oktober 2020 Jahrestreffen Lüneburg, Gasthaus „Krone“ und Ostpreussisches Landesmuseum

PAZ wirkt!

Preußisch Eylau
Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimattmuseum** im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

Das diesjährige Kreistreffen der Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau findet am 19. und 20. September 2020 in Verden/Aller statt. Die Veranstaltung wird musikalisch von Isabelle Kusari begleitet. Es werden Geschichten vorgelesen und Gedichte vorgetragen. Am 20. September findet eine Feierstunde statt.

Preußisch Holland
Kreisvertreter: Bernd Hinz
Geschäftsstelle: Gudrun Collmann, Telefon (04823) 8571, Allee 16, 25554 Wilster

Das Hauptkreistreffen findet am 12. und 13. September in Itzehoe statt. Ständesaal im Historischen Rathaus und Haus der Heimat für das Doppeljubiläum 20 Jahre Haus der Heimat als Kulturhaus der Pr. Holländer und 40 Jahre Heimatkreisvertreter Bernd Hinz. Anschließend gemütliches Beisammensein im Hotel Schwarz.

Schloßberg (Pillkallen)
Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale.
Geschäftsstelle: Tanja Schröder, Tel.: (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe)

20.6.2020 Ostpreußentreffen der Kreisgemeinschaften Schloßberg und Ebenrode in Winsen (Luhe), Brasserie am Schloß (Schloßplatz 5)

Sensburg
Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Rurscheid, Telefon (02174) 768799.
Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, Internet: www.kreisgemeinschaftsensburg.de

9.8.2020: Kreistreffen der Kreisgemeinschaft Sensburg zusammen mit den Kreisgemeinschaften Lötzen und Treuburg, im Berufskolleg Technik der Stadt Remscheid, Neuenkamper Str. 55, 42855 Remscheid.

Tilsit-Stadt
Stadtvertreter: Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748.
Geschäftsführer: Manfred Urb-schat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de

15.5.2020 Stadtvertretertagung/Mitgliederversammlung in 21335 Lüneburg, Hotel Seminaris, Soltauer Straße 3, Beginn: 14 Uhr.

Hinweis: Das für den 16. Mai 2020 in Lüneburg geplante Nachbarschaftstreffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Stadt, Tilsit-Ragnit und Elchniederung fällt aufgrund der aktuellen Situation aus.

Tilsit-Ragnit
Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Wind-eck, Telefon (02243) 2999, E-Mail: neukamm-herchen@t-online.de
Geschäftsstelle: Hans-Joachim Scheer, Wrister Str.1, 24576 Wed-delbrook, Telefon (04192) 4374, E-Mail: hans-joachimscheer@t-online.de

Für den 16. Mai 2020 war von den Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit ein sogenanntes Nachbarschaftstreffen der Memelstromer in Lüneburg geplant. Dieses Treffen musste nun leider aufgrund der aktuellen Situation in der Corona-Krise abgesagt werden.

ANZEIGE

Ich habe den guten Kampf gekämpft,
ich habe den Lauf vollendet,
ich habe Glauben gehalten.
2. Tim. 4, 7

Ruth Steinke
geb. Dahsler
* 14. Juni 1928 † 14. März 2020

In liebevoller Erinnerung und stillem Gedenken:
Hella und Horst
Nati und Gerd
Kurt und Hans
im Namen aller Angehörigen

Die Trauerfeier findet aufgrund der aktuellen Corona Pandemie zu einem späteren Zeitpunkt statt.
Die Urnenbeisetzung erfolgt im engsten Kreis.

Kondolenzanschrift:
Renate Steinke, Bussardsteig 2, 14621 Schönwalde-Glien.

Treuburg
Kreisvertreter: Ulf Püstow, Richard-Wagner-Straße 30, 19059 Schwerin. **Stellvertreter:** Mattias Lask, über Gerhart-Hauptmann-Haus Düsseldorf. **Geschäftsführer:** Ronny Haase, Nöhrings-winkel 1, 14959 Trebbin. Internet: www.treuburg.de

09.08.2020: Kreistreffen der Kreisgemeinschaft Treuburg zusammen mit den Kreisgemeinschaften Lötzen und Sensburg, im Berufskolleg Technik der Stadt Remscheid, Neuenkamper Str. 55, 42855 Remscheid.

Wehlau
Kreisvertreter: Uwe Koch, Schobüllerstraße 61, 25813 Husum. Telefon (04841) 663640. **Schriftleiter:** Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wies-baden, Telefon (0611) 505009840. **Internet:** www.kreis-wehlau.de

Mitgliederversammlung der Ostseebrücke e.V. am Sonn-abend, 4. April 2020 um 13.30 Uhr im Ostpreussischen Landesmuse-um in Lüneburg. Vorträge: Andrej Artjukow, Deutschlehrer im Kö-nigsberger Gebiet, Dr. Wolfgang Rothe, Ostpreußen Literatur, Do-kumentationen. Vorsitzender: Hauke Hermann Eggert, E-Mail: eggert@ostseebruecke.de

7. Regionaltreffen in Leipzig
9. Mai 2020 Gaststätte „Seilbahn“, Max-Liebermann-Straße 91, 04157 Leipzig. Organisation: Eberhard Grashoff, Telefon: (0341) 9010730. E-Mail: ebs.grashoff@web.de

Hauptkreistreffen der Kreisge-meinschaft Wehlau mit Mitglie-derversammlung und Feier des 50-Jährigen Bestehens der Städte-patenschaft Bassum-Tapiau. Freitag, den 11. September 2020 ab 17.00 Uhr, Sonnabend, den 12. September 2020 ab 13.00 Uhr sowie Sonntag, den 13. September 2020, ab 9.30 Uhr im Seminar-und Tagungshaus „Die Freuden-burg“, Amtsfreiheit 1a, in 27211 Bassum.

Kritisch, konstruktiv, Klartext für Deutschland.

Die PAZ ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft. Lesen auch Sie die PAZ im Abonnement.



Gleich unter
040-41 40 08 42
oder per Fax
040-41 40 08 51
anfordern!

Prämie: 40 Euro
Erfüllen Sie sich einen Wunsch...

Die Geldprämie wird nach Zahlung des Jahresbeitrages auf Ihr Konto überwiesen.

Preußische Allgemeine Zeitung.
Die Wochenzeitung für Deutschland.

Bestellen Sie ganz einfach per Email
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Preußische Allgemeine Zeitung
Eine Wochenzeitung

☐ Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name/Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.preussische-allgemeine.de.

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: _____

BIC: _____

Datum, Unterschrift: _____

POLITISCHES ZEITZEUGNIS

Wenzel Jaksch, Anwalt der Entrechteten

Reportagen des einzigen Sozialdemokraten an der BdV-Spitze über Unrecht in der Tschechoslowakei

VON BODO BOST

Der Sudetendeutsche Wenzel Jaksch (1896–1966) war von 1929 bis 1938 Mitglied des tschechoslowakischen Abgeordnetenhauses und von 1953 bis 1966 Mitglied des deutschen Bundestages. Allein dies macht den Sozialdemokraten zu einem interessanten Zeitzeugen. Als Mitglied der sudetendeutschen Minderheit vertrat der im südböhmischen Langstrobnitz [Dlouhá Stropnice] geborene Jaksch nicht nur sozialdemokratische Politik im Prager Parlament, sondern machte auch Politik für seine Landsleute.

Exil in London

Nach dem Münchner Abkommen 1938 ging Jaksch mit der tschechoslowakischen Regierung nach London ins Exil. Dort wurde er zum Gegner der Politik des tschechoslowakischen Präsidenten Edward Benesch, die auf eine Vertreibung der Sudetendeutschen abzielte. Als solcher war Jaksch nach 1945 in Prag nicht mehr willkommen. Er flüchtete nach Deutschland. In Hessen leitete er das Landesamt für Vertriebene, Flüchtlinge und Evakuierte. Jaksch stieg in den engeren Führungskreis der SPD auf, gehörte im Bundestagswahlkampf 1961 dem Schattenkabinett der SPD an und beteiligte sich als einziger Vertriebenenpolitiker an Willy Brandts neuer Ostpolitik. Wenn er heute kaum noch bekannt ist, dürfte das nicht zuletzt daran liegen, dass er von 1964 bis zu seinem Unfalltod 1966 Vorsitzender des Bundes der Vertriebenen war, der einzige Sozialdemokrat, der je dieses Amt innehatte.

Jaksch unternahm als junger Journalist längere Reisen durch das deutschsprachige Grenzgebiet der alten Tschechoslowakei. Darüber berichtete er in den Jah-



Im Londoner Exil: Wenzel Jaksch

Foto: imago images/United Archives International

ren 1924 bis 1928 im Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, dem Prager „Sozialdemokrat“. Jakschs Texte sind ein einzigartiges Zeitdokument dieser heute untergegangenen deutschen Welt. Er wollte die Not arbeitender und arbeitsloser Menschen

dieser armen Region dokumentieren, sie bezeugen, denn die Not war oft unbeschreiblich.

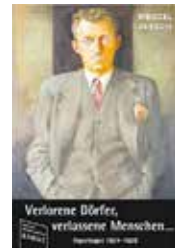
Aussichtslose Lage in Böhmen

Besonders schlimm und aussichtslos war die Krise der landestypischen böhmischen

schen Heimarbeit, die lange Zeit weltweit einen fast legendären Ruf besessen hatte. Die erschütterndsten Reportagen des Buches handeln hiervon. Doch mit dem Aufkommen der Massenproduktion schlug für die meisten dieser Heimwerker die Stunde des Untergangs. Sie fielen ins Nichts, kein Sozialstaat fing sie wenigstens halbwegs auf. Das war für die böhmischen Heimarbeiter umso entsetzlicher, als sie ihre Heimat liebten und nun unverschuldet ohne Zukunft in ihr hängenblieben.

Das Ohr am Volk

Jaksch war ein entschiedener Sozialdemokrat, und zwar in der alten proletarischen Tradition der Partei. Von Aufständen hielt er nichts, in früher Hellsicht kritisierte er scharf und unversöhnlich die Kommunisten, die das Elend der Arbeiter nicht empörte und erschütterte, denen es vielmehr geradezu willkommen war, um den Klassenkampf zuzuspitzen. Jaksch war überzeugt, dass im industriellen Fortschritt die bessere Zukunft der Arbeiter schlummere. Sicher, zwischen den Lebensbedingungen im Böhmerwald vor 100 Jahren und dem, wie es heute in Europa den Arbeitenden wie den Arbeitslosen und Rentnern geht, besteht ein himmelweiter Unterschied. Aber Jaksch hatte noch das Ohr am Volk, was die heutige Sozialdemokratie nicht mehr hat. Auch deshalb ist seine sudetendeutsche Milieustudie auch ein Abgesang auf die heutige Sozialdemokratie.



Wenzel Jaksch: „Verlorene Dörfer, verlassene Menschen. Reportagen 1924–1928“, Verlagsbuchhandlung Sabat, Kulmbach 2018, gebunden, 320 Seiten, 24,95 Euro

REISEN IN DIE HEIMAT

Erlebnisse am Pommerschen Jakobsweg

2016 veröffentlichte Roswitha Magdalena Voglhuber aus St. Georgen im Attergau unter dem Titel „Kopf hoch, Arsch im Sattel!“ ein Buch über die Geschichte ihrer ostpreußischen Familie Schacht/Prothmann. „Kopf hoch, Arsch im Sattel!“ ist ein Spruch über eine preußische Haltung, der Kräfte mobilisieren soll. Die Mutter der Autorin, damals zwölf Jahre alt, war im eisigen Winter 1945 sechs Wochen auf der Flucht vor der Roten Armee. Im Treck ging sie über das zugefrorene Frische Haff und wurde Zeugin grausiger Ereignisse.

Auch das neue Buch Voglhubers entstand aus Sympathie für die Heimat ihrer Vorfahren, es trägt den Titel „Erlebnisse am Pommerschen Jakobsweg“. Im Sommer 2017 fuhr die Autorin mit einer polnischen Freundin per Fahrrad auf dem Pommerschen Jakobsweg von Kretzinga in Litauen über die Kurische Nehrung und Königsberg bis nach Puck/Putzig in der Danziger Bucht. In 15 Tagen legten die beiden Frauen 410 Kilometer zurück, immer mit offenen Augen und Ohren für die Menschen, die sie unterwegs trafen.

Für die Autorin war es auch eine Reise in die Vergangenheit. Mit vielen Anekdoten über Orte, ihre ehemaligen und heutigen Bewohner, Naturbeobachtungen und Momenten der persönlichen Erinnerung ist der kleine Band eine flott lesbare Erlebnislektüre, getragen von der gehobenen Stimmung der Erzählerin.

Dagmar Jestrzemska

● **Kontaktadresse:** Roswitha Magdalena Voglhuber, Stelzhamerstraße 23, 4880 St. Georgen im Attergau/Österreich, E-Mail: kopfhoch@gmx.de

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

„Nun lass mal, jetzt ist hier Polen“

Im Zeichen der Corona-Krise: Der schlesische Filmemacher Michael Majerski bietet Streifen aus dem Grenzland für daheim an

Eigentlich sollte Michael Majerski im Sportmuseum von Krummhübel [Karpacz] in Niederschlesien Gast sein. Angesichts der Corona-Krise fiel der Termin des 1948 in Bad Altheide [Polanica-Zdroj] in einer deutsch-polnischen Familie geborenen Filmemachers aus. Doch seine Filme sind ihm nicht profaner Broterwerb, sondern ein Abarbeiten der deutsch-polnischen Nachbarschaft und der eigenen Biografie.

Seinen letzten, 2018 erschienenen Film über Hinterpommern sowie Stettin hat der 1978 nach einem Studium an der Filmhochschule in Łódź ausgesiedelte Majerski im Internet hochgeladen und den Link unter Freunden verschickt. „Ich hoffe, dass er sich stark verbreitet. Derzeit gibt es ja keine Möglichkeit für Aufführungen, und so habe ich mir gesagt, auf diese Weise kann ich die Leute doch noch erreichen. Zeit daheim haben derzeit ja ganz viele“, meint er. Seine mit vielen Preisen ausgezeichneten, abendfüllenden Filme reflektieren die Nachkriegsgeschichte in den zur Republik Polen gehörenden ostdeutschen Gebieten aus subjektiver Perspektive von Menschen, die auf beiden Seiten der Grenze leben. Und ganz dicht von dieser entfernt lebt er auch nach den Jahren in der Bundesrepublik Deutschland nun am Stadtrand von Stettin. „Bei mir vor der Haustür merke ich kaum, dass ich in einer Großstadt bin. Hinter meinem Haus ist gleich der Wald“, sagt er und macht sich den-



Bei Aufnahmen im schlesischen Industrieviertel: Michael Majerski

Foto: Wagner

noch Sorgen. Er möchte nun noch seine in Berlin lebende Tochter nachholen. „In Berlin wird den Leuten in der Enge der Großstadt sicher schneller die Decke auf den Kopf fallen und da mache ich mir schon große Sorgen um die Entwicklung dort. Wenn sie mit dem Bus zu mir käme, müsste sie eben bei mir daheim erst einmal zwei Wochen in Quarantäne, aber das ist wohl dennoch das Beste“, denkt er. Majerski freut sich, dass sie dann genug Zeit haben zu reden, auch über die Vergangenheit, über die verlorene und gewonnene Heimat und all die Geschichten,

die er von seinen Eltern nicht erfahren hat. „Meine Eltern haben mir nicht auf Fragen geantwortet, sie sagten immer: „Nun lass es mal, es ist vorbei, jetzt ist hier Polen!“

Der Vergangenheit auf der Spur

Diese Haltung kann er gut verstehen, sie war einst auch seine. „Ich bin in Schlesien aufgewachsen und ganz bewusst weggegangen. Nach vielen Jahren habe ich mich auf meine Vergangenheit besonnen. Meine Eltern leben nicht mehr und ich kann ihnen nun keine Fragen mehr stellen.

Deswegen dachte ich, dass ich Filme über Menschen mache, die mich selbst interessieren. So, als ob die Leute vor der Kamera meine Eltern wären.“ Aus diesem Bedürfnis sind „Das Land meiner Mutter“ (2005), „Oberschlesien. Streuselkuchen von zu Hause“ (2010) oder seine neuste Produktion „Es war einmal Pommern“ (2018) entstanden.

Diese und weitere Filme habe er in erster Linie für sich selbst gemacht, so Majerski. „Es ist jedoch eine normale Situation, denn man macht entweder Handwerk fürs kommerzielle Fernsehen oder man macht Filme als Künstler. Filmemachen ist mein Beruf und die letzten drei Filme sind eigentlich meine drei Filme, die ohne Auftrag entstanden sind.“ Im Mittelpunkt dieser künstlerischen Dokumente steht das Bemühen, mehr voneinander zu wissen. „Aus Ruinen lässt sich etwas aufbauen, aber was ist mit den Menschen? Polen aus Zentralpolen und weiter östlich, aber auch Ukrainer wurden angesiedelt, wo die Deutschen vertrieben wurden. Die Polen wissen bis heute nur sehr wenig von der Geschichte ihrer Region, da ja niemand da war, der sie hätte erzählen können“, sagt er.

Fragen nach dem einst und jetzt stellte Majerski in seinem letzten Film über Pommern unter anderem dem 2015 verstorbenen Rudolf von Thadden, dessen Vater Gründer des Evangelischen Kirchentags war, Lisawe-

ta von Zitzewitz oder Vanessa de Senarclens von Bismarck-Osten, die neben polnischen Zeitzeugen, Historikern, Künstlern und Pommern zu den zahlreichen Gesprächspartnern gehören. Auch die Gestalt der Sidonia von Bork, die wegen Hexerei verurteilt und hingerichtet wurde, jedoch in Sagen und Dichtung lebendig blieb, spielt im Film „Es war einmal Pommern“ eine tragende Rolle. Majerski lässt die Adlige aus Stramehl [Strzmiel] bei Labes [Lobez] – die Hexe, die nicht sterben kann, solange Pommern lebt – sagen: „Jetzt, wo Pommern nicht mehr ist, kann ich sterben.“ Doch der Film ist keineswegs pessimistisch. „Meine Filme sind eine künstlerische Antwort auf nicht immer einfache Fragen zur Nachkriegsgeschichte, aber auch zur Zukunft der Regionen östlich der Oder. Es geht im Allgemeinen darum, eine Diskussion zu Themen über die Aktualität der Weltkriegsfolgen auf Regionen, in denen die Bevölkerung ausgetauscht ist, anzuregen. Es ist ein Dialog der Ängste aber nicht der Hoffnungslosigkeit.“ In Majerskis Filmen lässt er die Gesprächspartner in ihrer Sprache antworten, alles ist jeweils in der anderen Sprache untertitelt. „Das ist für mich die Grundlage des gegenseitigen Verstehens“, sagt er. Hochgeladen hat er den neuen Film über Pommern unter vimeo.com/user14636580/videos. Dort finden sich auch weitere Filme von ihm.

Chris W. Wagner

HINTERPOMMERN

Stolpmünde – Ostseebad und Seehafen

Eine wechselvolle Geschichte im Spiegel der Zeit

Die lange Ostseeküste Hinterpommerns wies eine Kette von Seebädern und Hafenstädten aus, die dem Erholungsuchenden sowohl ein reichhaltiges Kur- und Freizeitangebot aber auch interessante Einblicke in das sonstige Leben an der Küste gab. Die ältesten und bedeutendsten Ostseehäfen in Hinterpommern waren Kolberg, Rügenwaldermünde und Stolpmünde. Stolpmünde zeigt in seinem 1922 geschaffenen Wappen das auf, was in dem Ort von jeher Bedeutung hat. Man sieht ein Handelsschiff und eine Nixe, die einen Lachs in der Hand hält – also Seehandel, Fischfang und Tourismus.

Günstig an der Mündung des Flusses Stolpe gelegen, und nur 18 km von der aufstrebenden Stadt Stolp entfernt, entwickelten sich optimale Bedingungen. 1337 verkaufte Jesco von Schlawe den Ort „Stolpesmünde“ und das zwischen Stolp und Stolpmünde gelegene Land an die Stadt Stolp, die somit über einen Hafen verfügte, der den Beitritt zur Hanse ermöglichte. Der Handel brachte raschen Aufschwung, der einen Ausbau des Hafens ermöglichte und den Bürgern Wohlstand brachte.

Gegen Ende des 15. und in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts wurde Stolp jedoch von schweren Unglücksfällen, verheerenden Feuersbrünsten, Wasserfluten, der Pest und bürgerlichen Unruhen wiederholt getroffen. Hierdurch wurde das Vermögen der Stadt und ihrer Bürger allmählich so erschöpft, dass sie am Ende des 16. Jahrhunderts verarmt aus dem Hansebund ausscheiden musste. Für die Unterhaltung des Stolpmünder Hafens waren keine Mittel mehr vorhanden. Seine Uferbefestigungen und Molen zerfielen, und die Einmündung verflachte, so dass selbst Schiffe von geringem Tiefgang meist auf der Reede mit Hilfe von Booten entladen oder befrachtet werden mussten.

Auch in der folgenden Zeit bis gegen Ende des 17. Jahrhunderts wurde die Stadt von Unglück heimgesucht. Die Drangsale des 30jährigen, des schwedisch-polni-

schen, des schwedisch-brandenburgischen und des Nordischen Krieges, Einfall der Pest und eine Feuersbrunst, die fast die ganze Stadt in Asche legte, brachten sie auf einen ungeahnten Tiefstand herunter. 1719 erfolgte die Aberkennung der Stadtrechte, und das städtische Vermögen wurde unter der Verwaltung der königlichen Kammer in erster Linie für allgemeine Bedürfnisse des Staates verwendet. Für die Erhaltung des Stolpmünder Hafens konnte daher auch weiter nicht gesorgt werden. Die Bauwerke verfielen immer



Stolpmünde heißt heute Ustka, ein wunderbarer feinsandiger kilometerlanger Strand und parallel dazu Wald mit schattigen Spazierwegen

(Foto: Jarek Piech-Wikipédia)

mehr, und der Hafen und seine Einfahrt versandeten derart, dass häufig sogar den kleinen Leichterbooten die Durchfahrt verschlossen war. Erst unter der fürsorglichen Regierung Friedrich des Großen begann nach glücklicher Beendigung des Siebenjährigen Krieges wieder ein Aufschwung, und damit setzte, wenn auch nur allmählich, die Wiederherstellung und weitere Entwicklung des Hafens ein, wobei der Staat mit Geldmitteln helfend eingriff.

Der Hafen gehörte immer noch der Stadt Stolp, die jedoch zunehmend Schwierigkeiten hatte, auch durch Unstimmigkeiten mit dem preußischen

Staat. Das führte dazu, dass der Hafen am 22. Dezember 1831 mit allen Einkünften unentgeltlich durch Vertrag an diesen überging.

Jetzt ging es wieder aufwärts, der Hafen wurde ausgebaut, gegen die Versandung erfolgreich angekämpft. Eisenbahnanschlüsse taten ein übriges. Die Größe der verkehrenden Dampfer ging sogar bis etwa 2000 t Ladefähigkeit. Als verkehrsreichster der hinterpommerschen Häfen hat sich der Hafen auch nach dem 1. Weltkrieg verhältnismäßig bald wieder erholt.



Der Gesamtverkehr hat im Jahre 1930 sogar rund 754 500 cbm Nettoraumgehalt gegenüber rund 621.900 cbm im Jahre 1913 betragen. Eingeführt wurden hauptsächlich Kohlen, Holz, Kunstdünger, Futtermittel, Steine, Zement, Mehl, Öle und sonstige Handelsgüter, ausgeführt wurden Getreide, Kartoffelmehl, Holz, Papier und allerlei Stückgüter.

Eine Flotte von Motor-Fischkuttern, die ihre Fangreisen bis nach den Fanggründen Bornholms und Helas ausdehnten und ihre Fänge an mehrere Räuchereien und eine Fischverwertungsgenossenschaft im Orte absetzten, sowie mehrere Dampfer von verschiedener Größe waren

im Hafen beheimatet. Übrigens betrieb man bis ca. Ende 1800 Lachsfischerei in der Mündung der Stolpe, mit teils sehr beachtlichen Fängen. Das Projekt „Großhafen“ Stolpmünde, begonnen 1939, konnte nicht fertiggestellt werden.

Doch der wichtige Wirtschaftszweig Tourismus nahm einen stetig steigenden und im heutigen Ustka einen großen Stellenwert ein. Seit 1820 bereits Ostseebad mit zunehmenden Besucherzahlen. 1912 wurde das heute noch aktive Badehaus mit Mooranwendungen und Kohlensäurebädern eröffnet. So verzeichnete man 1925 bereits 2970 Badegäste – ohne Tagesgäste. Immer mehr wohlhabende Stolper Kaufleute erbauten in Stolpmünde ihre Sommerhäuser. Das Seemans- und Fischerdorf ist zur kleinen, teilweise mondänen Stadt herangereift, die 1935 Stadtrechte erhielt. Es gab ein umfangreiches Kurangebot, dazu zahlreiche Unterhaltungsmöglichkeiten. Gesellschaftsabende mit Tanz; eine Lesehalle mit kostenlos zu nutzender Bibliothek, Konzerte, Ruder-, Segel- und Motorbootfahrten. Dazu lud die waldrreiche Umgebung zu Spaziergängen und Wanderungen ein und in der nahen Stadt Stolp gab es interessante Sehenswürdigkeiten zu besuchen.

Stolpmünde blieb im 2. Weltkrieg nahezu unzerstört. Daher zeigt sich der historische Ortskern mit seinen reizvollen Kapitänshäusern, dem Häuschen, in dem sich Familie Bismarck im Sommer erholte, dem Hafen, Promenaden u.v.m. wie eine Idylle aus vergangener Zeit.

Seit 1987 ist Stolpmünde/Ustka wieder offizielles Heilbad in dem zahlreiche Deutsche gern einen Kur-Urlaub verbringen, auch wenn sie keine Wurzeln in Pommern haben.

Brigitte Stramm

● **Info** Vor Stolpmünde sank am 30. Januar 1945 um 21.16 die Wilhelm Gustloff. Am 10. Februar gegen 0:55 Uhr ereilte das gleiche Schicksal die Steuben, mit ihnen verloren tausende Flüchtlinge ihr Leben.

KEINE FLUSSKREUZFahrt NACH POMMERN

MS „Sans Souci“ – Premiere: ausgebremst vom Coronavirus

MS „Sans Souci“ musste auf dem langen Weg von der Saale nach Stralsund schon zum zweiten Mal in Magdeburg umkehren. „Ein Saisonstart für das Flusskreuzfahrtschiff, wie es ihn noch nie gab“, so Kapitän und Eigner Peter Grunewald.

Mukrena, ein idyllisches Dörfchen an der Saale, aber Heimathafen des einzigen Flusskreuzfahrtschiffes von Sachsen-Anhalt. Während der Saison ist MS „Sans Souci“ häufigster Gast in Stralsund, wenn sie aus Berlin kommend über die Oder Häfen in Mecklenburg-Vorpommern ansteuert. Dann wird sie traditionell auch von den Tourismus-Studierenden der Hochschule Stralsund (HOST) während einer Fahrt von Lauterbach nach Stralsund genutzt. Informationen über maritimtouristische Möglichkeiten der Region stehen auf dem Programm. Mit den zahlenden Gäste jedoch schippert das Schiff weiter nach Hiddensee, Rügen und zum Darß. Und dass dann noch zehn Mal bis in den Herbst hinein. Alles versehen mit großen Fragezeichen.

Behördlich festgesetzt

Steffen Klar, Sicherheitsbeauftragter der SWS Seehafen Stralsund GmbH, betont, „dass wir nach Bekanntwerden der

Coronavirus-Verbreitung auf die Lage eingestellt sind“. Man habe allgemeine Schutzmaßnahmen wie zu Hause auch getroffen und Szenarien durchgespielt. Hygiene sei dabei für Mitarbeiter und Seeleute das A und O. Ansonsten sei das Gelände durch einen hohen Zaun gegen Eindringlinge von außen gut abgesichert. So verlangen es die internationalen Sicherheitsvorschriften.

Saisonstart ist traditionell Mitte März, bevor Kapitän und Eigner Peter Grunewald Berlin ansteuert. Ob er in dem Coronavirus eine Bedrohung für die geplanten Reisen sehe? „O ja“, meint er, „denn das Schiff kann als ‘Massenveranstaltung’ behördlich festgesetzt werden“, so Grunewald, „auch infolge einer Ausgangs- und Reisesperre“. Die erste Fahrt Oder aufwärts nach Breslau fällt wegen der polnischen Einreisesperre sowieso aus. „Dazu kommt für uns auch die Schließung des Schiffshebewerks Niederfinow bis voraussichtlich Mitte April“, ist der Kapitän verärgert, „zumal das neue schon längst fertige Hebewerk immer noch nicht eröffnet ist“.

Im Herbst musste Grunewald sein Schiff in Schwedt schon mal drei Wochen an die Pfähle legen, weil die Schleuse Ho-

hensanten repariert wurde. Ansonsten gehe er davon aus, dass die Saison sehr spät anlaufen werde: „Ob sich der Virus



Kapitän Peter Grunewald am Außensteuerstand seiner MS Sans Souci

(Foto: Peer Schmidt-Walther)

bis dahin überhaupt verlaufen hat, steht in den Sternen“. Peter Grunewald und seine Crew machen sich berechnete Sorgen, obwohl ihr Schiff „Ohne Sorgen“

heißt. Die meisten europäischen Kreuzfahrt-Reedereien haben ihren Betrieb vorläufig bis Mitte April eingestellt. Die Frage müsse man sich auch stellen, ob danach überhaupt noch Gäste an Bord kommen: „Die sind doch alle verunsichert“

Gedämpfte Stimmung beim Frühstück und die Kapitän-Einsicht, dass auch kein „Plan B oder C“ helfen könne. Vor zwei Jahren hätte ihm die vereiste Saale beinahe einen kompletten Strich durch die Rechnung gemacht. Zweimal wollte er aufgeben, zumal die Wasser- und Schiffs-fahrtsverwaltung keinen Eisbrecher schicken konnte. Zu teuer, lohne sich nicht, so die staatliche Absage damals. Doch Peter Grunewald wollte es wissen und kämpfte sich durch.

Vorräte verschenkt

Von „Kampfstimmung“ heute keine Spur mehr an Bord, eher Resignation oder auch Galgenhumor: „Dann bleiben wir eben in Mukrena statt zu fahren – pflegen uns und unser Schiff, ist doch auch ganz schön!“ Dass er im Heimathafen zu Hause schlafen könne, stimme ihn nicht gerade euphorisch. Er sehe rote Zahlen vor seinem geistigen Auge und hoffe auf Schadensersatz durch seine Versicherung,

„und das könnte wieder ein langer, harter Kampf werden“, weiß er aus leidvoller Erfahrung. Ein mitfahrender Arzt rät ihm, erst einmal weitere Spender zum Desinfizieren der Hände anzuschaffen und überall auf seine häufige Benutzung hinzuweisen. „Mehr kann man hier im Moment nicht tun“, sagt er. Allerdings müssen Vorräte entsorgen werden, die nicht länger aufbewahrt werden können. So werden sie einfach an Bekannte und Verwandte verschenkt. Als jemand Äpfel aus Südtirol entdeckt, meint er nur: „Vielleicht sind die ja infiziert“ und lässt sie liegen.

Peer Schmidt-Walther

● **INFO** Das Schiff MS SANS SOUCI: – Baujahr 2000 in Nijmegen/Niederlande; 2007/08 modernisiert; Länge: 82 m; Breite: 9,50 m; Tiefgang: 1,30 m; Vermessung: 1000 Tonnen; Antrieb: 2 x 600 PS; 41 Kabinen; Lift zwischen Haupt- und Panoramadeck; 1 Restaurant (1 Essenszeit); 1 großes Sonnendeck; Bibliothek, Boutique; Heimathafen: Peissen/Saale; Flagge: deutsch. www.ms-sanssouci.de

● **TERMINABSAGE**

Pommerntreffen 18. April 2020 in Anklam fällt aus

Liebe Landsleute und Freunde der Heimat!

Die Ereignisse der letzten Tage haben sich förmlich überschlagen. Das öffentliche Leben wird immer mehr eingeschränkt. Als wir unsere Heimattreffen 2020 vorbereiteten, konnten wir noch nicht ahnen, was heute unumgänglich ist:

Das Pommerntreffen am 18.04.2020 in Anklam muss schweren Herzens wegen CORONA-Alarm abgesagt werden.

Die vielen Mühen und Kosten der Vorbereitungen sind nun alle umsonst, auch für viele andere Termine. Ob und wann wir das Treffen nachholen können, müssen wir wie alle anderen abwarten – vielleicht am 29.08.2020, falls man bis dahin ein Mittel gegen Corona findet. Sobald es uns möglich ist, werden wir Sie rechtzeitig informieren.

Wegen der Fülle an Nachfragen bitten wir Sie vielmals, uns nur dann anzurufen, wenn es unbedingt erforderlich ist, und auf unnötige Kommentare zu verzichten, weil wir sonst die viele zusätzliche Arbeit nicht schaffen. Wir sind so dankbar für fast 30 schöne und reich ausgefüllte Jahre unserer Heimatarbeit.

Nun wünschen wir uns allen mit Gottes Hilfe, diese schwere Zeit gesund und gut zu überstehen.

In bleibender heimatlicher Verbundenheit und mit freundlichen Grüßen Ihr Manfred Schukat

Frühling - Hornveilchen in den Dünen



(Foto: B. Stramm)

„Die Kirche befindet sich auf einer Einbahnstraße“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Es ist Zeit, über Mitmenschlichkeit, Empathie und Hilfe beim Nachbarn nachzudenken und tätig zu werden.“

Wolfgang Hornuff, Berlin
zum Thema: Ein Stresstest für die globalisierte Welt (Nr. 12)



Ausgabe Nr. 10

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

EIN KÜNSTLICHES LABOR-VIRUS ZU: WOHER KOMMT DAS VIRUS? (NR. 9)

In dem Artikel wird der Verdacht geäußert, dass das Coronavirus aus einem chinesischen Biowaffenlabor stammen könnte. Das Coronavirus trage Merkmale, die vermuten lassen, dass durch gentechnologische Eingriffe dieses Virus entstanden sein könnte. Dies alles sind nur Vermutungen.

Im Jahre 2012 ist jedoch ein genmanipuliertes Vogelgrippevirus in einem Hochsicherheitslabor in Rotterdam erschaffen worden, das gefährlicher sein soll als das Original in der Natur, da es von Mensch zu Mensch übertragen werden kann. Dies ist meiner Meinung nach ein weiteres Indiz, dass das Coronavirus ein künstliches Virus (Killervirus) ist.

Gerhard Wagner, Ratingen

KIRCHE OHNE KIRCHENSTEUERN? ZU: AUCH NICHTMITGLIEDER ZAHLEN MILLIONEN AN DIE RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN (NR. 10)

Sowohl die Zahlung von Kirchensteuern als auch die zweckbindungsfreien Staatsleistungen verstoßen gegen die Trennung von Kirche und Staat. Es wäre staatsrechtlich sauber, wenn man diese Staatsleistungen ablöst. Juristen verweisen hierbei auf Artikel 140 des Grundgesetzes in Verbindungen mit Artikel 138 der Weimarer Rechtsverfassung. Die Zahlungen werden weiterhin für notwendig gehalten, wie der Landeskultusminister von Niedersachsen, Grant Hendrik Tonne, begründet: „Die Kirchen übernehmen sehr wichtige Aufgaben in Niedersachsen, insbesondere als freie Träger in Bereichen Kinderbetreuung und Soziales. Dieses Engagement ist und bleibt dringend notwendig.“

Diese Aufgaben sind aber nicht vorrangig Aufgaben der Kirche. Hier sind der Staat und die Länder verantwortlich. Die Kirche wird hier von der Politik unterstützt und kontrolliert. Die Kirche könnte diese Aufgaben nicht wahrnehmen, wenn

sie ausschließlich auf Spenden angewiesen wäre.

Dafür, dass die Kirche in diesem Umfang die „Unterstützungen“ erhält, kann der Staat auch Loyalität erwarten. Da ist es angebracht, dass der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm gegen die AfD wettet und dabei nicht merkt, dass er links überholt wird. Das ist dann auch die Richtung, die Pfarrerin Annette Behnken einschlägt („Wort zum Sonntag“: „Wo Grundwerte in Gefahr scheinen, müssen wir das als Christen laut sagen.“) Eine gefestigte Demokratie muss eine AfD und radikale Linke aushalten.

Es stellt sich eher die Frage, ob wir eine solche noch haben. Wenn die Pfarrerin in dieser Sendung an Menschlichkeit und Mitgefühl appelliert, dann findet das meine Zustimmung. Beides ist aber keine Einbahnstraße. Aber genau auf einer solchen Straße befindet sich die Kirche. Die Kirche sollte sich daran erinnern, dass sie immer dann, wenn sie sich in intensiv in die Politik eingemischt hat oder sogar Politik gemacht hat, nicht besonders erfolgreich war. Heinz-Peter Kröske, Hameln

WO DIE STATISTIKEN MAuern ZU: AUCH NICHTMITGLIEDER ZAHLEN MILLIONEN AN DIE RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN (NR. 10)

Vielen Dank für diese aufschlussreiche Darstellung. Allerdings wäre es doch gerecht und erst vollständig, auch die staatlichen Zahlungen an jüdische und islamische Religionsgemeinschaften mit einzu beziehen.

Zumindest für die jüdischen hier in Sachsen-Anhalt konnte ich vor Jahren, als sich die länger hier wohnenden und die russischen Kontingentjuden wie die Kesselflicker um die staatlichen Gelder bis vor Gericht gestritten hatten, anhand der veröffentlichten Zahlen nachrechnen, dass sie pro Kopf ein Vielfaches dessen bekommen, was damals die evangelische Kirche hier erhielt.

Auch die Zahlungen an islamische Gemeinschaften würden mich und sicher

auch viele andere Leser interessieren. Oder sind die staatlichen Statistiken dazu schwer zugänglich? Hans Püschel, Teuchern

HYPERMORALISCHE SPRÜCHE ZU: TÜRKISCHE ERPRESSUNG (NR. 11)

Obwohl die Flüchtlingskrise 2015 „sich nicht wiederholen darf“ und „die Leute keine Flüchtlinge wollen“ (Ralph Brinkhaus, CDU), werden die Tore Deutschlands schon wieder mit hypermoralischen Sprüchen Spalt für Spalt aufgestemmt.

Das Elend der Flüchtlinge kann aber nur beendet werden, wenn in Syrien wieder Frieden einkehrt. Dazu muss erstens der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan, „der selbst eine personifizierte Fluchtursache ist durch seine Angriffskriege in Syrien“ (Sevim Dagdelen, Außenpolitikerin der Linken) in die Schranken gewiesen werden, notfalls mit Sanktionen (siehe Russland).

Zweitens ist das Gebiet um Idlib, in dem sich noch Rebellen verschanzt haben, die bis vor Kurzem auch von den USA und den Europäern bekämpft wurden, ebenso wie der widerrechtlich von der Türkei besetzte Grenzstreifen (Kurden!) an Syrien zurückzugeben.

Drittens sind ohne Verzug mit dem syrischen Präsidenten Assad Gespräche aufzunehmen, um das zerstörte Land wiederaufzubauen, damit die Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren können.

Nur indem so die Fluchtursache beseitigt wird, wird den Syrern wirksam geholfen. Dr. med. Bonifaz Ullrich, Blieskastel

ALS DIE DDR MANIPULIERT HAT ZU: TRANSITION AUF CHILENISCH: EINE DIKTATUR LÄSST SICH AB- WÄHLEN (NR. 10)

Ihr Beitrag über den Machtwechsel in Chile hat mich sehr berührt. Damals, 1973/1974 waren meine Eltern mit einem chilenischen Ehepaar befreundet, welches in die DDR geflüchtet war. Die Er-

zählweise von ihnen und von den DDR-Medien war damals, dass Salvador Allende ein ganz toller Mensch war, der Chile gerettet und zu neuer Blüte gebracht hat und von der Militärdiktatur in seinem Amtssitz ermordet wurde. Eine, wie sich herausstellte, weitere Lüge der DDR.

Das war ein weiteres Indiz dafür, dass nicht die Information, sondern die Manipulation das Credo dieses Systems war.

Irina Konrod, Ulstdt-Kirchhasel

SCHLECHTE TV-VORBILDER ZU: BESTGEHASSTER MÄZEN (NR. 10)

Nach dem Plakattheater in Dortmund und anderen Stadien: Vielleicht sollte sich die große Politik, Presse, Funk und Fernsehen überlegen, wer schuld ist an der Eskalation von Meinungsäußerungen.

Da darf ein Komiker (Jan Böhrmann, d. Red.) im Fernsehen ungestraft unter Beifall einen Staatsmann, egal wie man zu dem steht, „Ziegenf...“ nennen? Lieder gegen Alte werden unter Beifall gesendet und als Krönung politischer Dummheit einem gewählten Landeschef Blumen vor die Füße geworfen.

Und dieselben Leute wundern sich, wenn Fußballchaoten auch mal was losschicken. Reinhard Mikess, Fraureuth

EIN HOCH AUF BORIS JOHNSON ZU: BESTGEHASSTER MÄZEN (NR. 10)

Das kann ich mir sehr gut vorstellen, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel für die EU-Erweiterung im Falle Albaniens und Nord-Mazedonien ist. Wieder auf Kosten der deutschen Steuerzahler, welche noch nicht einmal um ihre Meinung gefragt werden. Aber generell sollte nach Vorbild Großbritannien nun auch der DEXIT stattfinden. Am besten wäre natürlich, wenn die EU abgeschafft würde und wie früher jedes Land für sich selbst autonom entscheiden kann. Hoch lebe Boris Johnson! Manfred Hemmersbach, Köln

ANZEIGE

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

Warum eine ideologisch manipulierte Sprache unser Denken blockiert – und was wir dagegen tun können

■ Schluss mit der Sprachmanipulation durch die »Qualitätsmedien«! Der Bestsellerautor Thor Kunkel erklärt anhand von circa 300 teils illustrierten Beispielen, wie Begriffsumdeutungen den gesunden Menschenverstand ausschalten sollen.

Durch Sprachregelungen errichtet eine gleichgesinnte Obrigkeit aus Politikern und Journalisten immer neue moralische Denkblockaden, die eine kritische Auseinandersetzung mit den Realitäten verhindern sollen. Denn was nicht gedacht werden kann, kann auch nicht artikuliert werden.

Sprache als Werkzeug der Repression und Gedankenkontrolle

Die von den staatstragenden Medien vorangetriebene Infantilisierung der deutschen Sprache, einst eine der präzisesten Sprachen der Welt, hat inzwischen groteske Ausmaße erreicht. Ein Blick in die deutschen Gazetten zeigt: Sie quellen über von Worthülsen, Begriffsumdeutungen, halb- wahren Floskeln, wohlfeilen Mustersätzen, linguistischen Simplifizierungen, Kampfbegriffen und ewig gleichen links- pädagogischen Argumentationsmustern, die das Denken der Menschen normieren, ja ausschalten sollen.

Man muss kein Linguist sein, um in diesem Gesinnungs- diktat, das erwachsenen Menschen verbieten will, so zu sprechen, wie ihnen der Schnabel gewachsen ist, eine volkspädagogische Erziehungsmaßnahme zu erkennen.

Auch gut gemeinte Bevormundung ist Manipulation

Es ist Zeit, sich die sprachliche und somit intellektuelle Entwaffnung zu verbitten und das »Wahrhügen« der Medien an konkreten Beispielen zu hinterfragen. Wer der Zerstörung seiner Sprache nur untätig beiwohnt und ihre Verarmung auch noch begrüßt, dessen geistiger Horizont sinkt irgendwann auf die Breite des von der Regierung erwünschten Meinungs- korridors ab.

Für dieses Werk betrieb der Bestsellerautor und Kommunikationsberater Thor Kunkel zusammen mit seinen Mitarbeitern 2 Jahre lang ein breit gefächertes Media-Monitoring.

Dieses Buch ist auch eine Einladung an alle, sich aktiv der Infantilisierung ihrer Sprache – und ihres Denkens – zu widersetzen und selbst zu Aktivisten zu werden. Es ist auch ein »Trainingslagerbuch« mit vielen Tipps aus der Praxis.

Holen wir uns unsere Sprache zurück!

Thor Kunkel: Das Wörterbuch der Lügenpresse • gebunden • 383 Seiten • durchgehend farbig illustriert • Best.-Nr. 979 100 • 22.99 €



Danzig im Umbruch: Auf der Speicherinsel an der Mottlau soll ein neuer Stadtteil entstehen

Foto: imago/Arnulf Hettrich

DANZIG

Kaum wiederzuerkennen

Der Erhalt deutscher Architektur ist in der Stadt an der Mottlau immer weniger gefragt – Dafür entstehen überall gesichtslose Luxusappartements

VON NILS ASCHENBECK

Frühere deutsche Städte in der Republik Polen sind nach Jahren des Wachstums kaum wiederzuerkennen. An den Rändern der Altstädte wächst ein Hochhaus nach dem anderen. An den vielen neuen Autobahnen wuchern Gewerbegebiete und Industriehallen, so hat Amazon in Stettin und Breslau riesige Logistikzentren hochgezogen.

In den Vororten der Boom-Städte, einst grau und heruntergekommen, entstehen glänzende neue Wohngebiete. Auch Luxusappartements werden in großer Anzahl errichtet – Käufer gibt es genug. Gerade Danzig, das mit Gdingen und Zoppot eine Metropolregion mit 1,2 Millionen Einwohnern bildet, verändert sich dramatisch. Appartementblöcke, Einkaufszentren und neue Hotels breiten sich vor allem in Richtung der alten Werften aus. Sogar auf den Luftbildern der Internetsuchmaschine Google sieht man deutlich, wie sich die Bagger durch die alten Industriefragmente fressen, um Platz für das Neue zu schaffen.

So der Stand der Dinge im Frühjahr 2020: Der Aufschwung beginnt die Hinterlassenschaften der Werften und der Häfen zu verdrängen. Eine reiche historische Hafenarchitektur, überwiegend in deutscher Zeit und vor 1914 entstanden, reich dekoriert und immer noch schön anzusehen, steht zur Disposition.

Wenn man in Danzig von der Altstadt zum Solidarność-Museum wandert, sieht man auf Anhieb die vielen Baukräne, die vielen Werbeschilder für neue Immobilien und auch die schon fertigen Appartementblöcke, die kaum anders ausschauen als in Berlin oder Stockholm. Doch noch immer beginnt hinter dem Museum die Zone der historischen Architektur der einst stolzen Danziger Werften – gründerzeitliche Backsteinbauten im Rundbogenstil oder auch in klassizistischen Formen, daneben zahlreiche Kräne.

Verspäteter Strukturwandel

Ende 2018 wurden an die alten Bauten, die schon teilweise leer stehen und verfallen, Info-Tafeln angebracht. Man kann das Quartier jetzt durchwandern und erhält Informationen zur Geschichte der meist aus deutscher Zeit stammenden Architek-

tur. Anders als in den von allen Zeugnissen der Arbeit bereinigten Hafenquartieren in Hamburg oder Bremen sind in Danzig der Schiffbau und die harte alltägliche Arbeit präsent: rostende Rümpfe liegen zwischen den Hallen, warten auf eine neue Aufgabe, die sie wohl nie mehr bekommen werden; auf den Helgen liegen immer noch Schiffe und werden repariert.

Die große Zeit der Werften ist vergangen, sie kämpfen längst ums Überleben, viele ihrer ehemaligen Hallen werden nicht mehr genutzt. Manche von ihnen wurden von jungen Danzigern in Musikclubs verwandelt. Vor allem an der Ulica Elektrykow trifft sich an Sommerabenden die Danziger Kulturszene. Auch ein Containerdorf mit Cafés, Restaurants und einem Stadtstrand ist hier entstanden.

Später als in vielen westeuropäischen Städten hat in Danzig der Strukturwandel weg von der Hafenwirtschaft und weg von den Werften hin zu Dienstleistungen und

In Danzig hingegen scheint niemand mehr die Zeit zu haben, kluge Kompromisse zwischen Alt und Neu zu suchen. Mit den wuchernden Appartementblöcken werden Tatsachen geschaffen. Diejenigen, die sich für den Erhalt der kaiserlichen Werft- und Industriearchitektur aussprechen, werden als Spinner oder Romantiker abgetan.

Austauschbare Dekorationen

Die Flächen nördlich der Altstadt, direkt an der Mottlau gelegen, gehören heute zu den attraktivsten Flächen der Stadt. Der hohe Wert dieser einst kaum beachteten Standorte führt dazu, dass es die sehenswerten und geschichtsträchtigen Bauten schwer haben, sich gegen die Kapitalinteressen zu behaupten. Unlängst wurde eine Altstadt-Halbinsel mit dem City-Center, das neben anderen Nutzern das Holiday-Inn-Hotel beherbergt, zu großen Teilen neu bebaut.

Die Architektur erscheint weiß, kalt glänzend und rundherum schick. Zwar soll sie mit ihren Giebeln an historische Speicherbauten erinnern, doch die Bezüge zur alten Stadt sind mager und beliebig, in die Fassaden integrierte Fragmente alter Bauten wirken trotz ihrer authentischen Einmaligkeit wie austauschbare Dekorationen.

Heute wird gerne übersehen, dass es gerade die Bauten aus der Kaiserzeit sind, die in Ziegel und mit zahlreichen Ornamenten und Mauerbändern ausgeführten Industriehallen, welche die Basis der Attraktivität der stadtnahen alten Hafenquartiere bilden – nicht nur in Danzig. Die alte Architektur ist neben der Nähe zum Wasser der Hauptgrund, weshalb es die Menschen in die alten Häfen zieht.

Ein sentimentales Stillhalten leistet sich in Danzig kaum jemand. Das Verdrängen des Alten, des Überkommenen schreitet in Danzig so schnell voran, dass es bis heute nicht einmal eine umfassende Dokumentation der Industriearchitektur gibt. Nun endlich sitzt ein Autor an einem zusammenfassenden Werk über die Geschichte der kaiserlichen Bauten. Bevor das Werk erscheint, werden – so steht zu befürchten – viele der ganz authentisch erhaltenen Bauten verschwunden sein, unwiderruflich geopfert dem Boom des zweiten und dritten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts.

abendlichen Vergnügungen eingesetzt. In Kopenhagen, Hamburg oder Bremen ist die Transformation zu modernen Szene-Stadtteilen mit Büros, Museen und auch Wohnungen längst abgeschlossen.

Anders als in Danzig wurde im Westen der Wandel meist lange diskutiert, städtebauliche Wettbewerbe und Gutachten schlossen einander an. Mühsam gefundene Kompromisse zwischen Denkmalschutz und neuer Architektur waren die Folge. Die Hamburger Elbphilharmonie, in der ein historischer Speicher mit einer modernen Konzertarchitektur kombiniert wurde, ist das leuchtende Beispiel für lange gesuchte Lösungen in der Umwandlung der alten Hafenreviere.

„Niemand scheint mehr die Zeit zu haben, kluge Kompromisse zwischen Alt und Neu zu suchen“

CORONA-KRISE

Das Annus horribilis der Reisebranche

Der gesamte Tourismus kapituliert vor einem Virus

VON HARALD TEWS

Dieses Jahr wird für viele Menschen der Urlaub flachfallen. Die Corona-Krise führt zu Unsicherheiten in der längerfristigen Reiseplanung: Macht es Sinn, jetzt einen Urlaub im Ausland zu buchen? Werden in den Sommermonaten die Reisebeschränkungen aufgehoben sein? Gibt es in der Hauptsaison noch eine Einreisesperre im Lieblingsland, selbst wenn zu Hause wieder alles normal läuft? Zählt der Badeort im Sommer als Risikogebiet mit Ansteckungsgefahr?

Davon abgesehen werden sich viele Reisewillige einen Urlaub in diesem Jahr eventuell gar nicht leisten können, weil sie finanzielle Einbußen erlitten haben, entweder weil sie wegen Stilllegungen von Betrieben zu Kurzarbeit gezwungen waren oder durch die Schließung von Geschäften arbeitslos geworden sind.

Sicher ist jetzt schon, dass das Jahr 2020 für die Tourismusbranche als „Annus horribilis“, als Schreckensjahr, in die Annalen eingehen wird. Der wirtschaftliche Schaden wird sich kaum beziffern lassen. Es dürften viele Milliarden Euro sein. Die Auswirkungen der Krise bekamen die Reiseveranstalter mit als Erste zu spüren: Es fing schon damit an, dass in Berlin die für Vertragsabschlüsse so wichtige Reise-messe ITB abgesagt wurde.

Als die Lage ernster wurde, kam es zu Stornierungen, Umbuchungen und Rückholaktionen von Urlaubern. Wegen Flugausfällen und geschlossener Flughäfen saßen oder sitzen noch viele Deutsche in ihren Feriendomizilen fest. Nach Schätzung des Auswärtigen Amtes sind weit mehr als 100 000 Urlauber in verschiedenen Winkeln der Erde gestrandet. Allein in Ägypten waren es 30 000 Deutsche. Sie alle waren auf eine Luftbrücke angewiesen, welche die Bundesregierung mit 30 Passagierflugzeugen eingerichtet hatte.

Nach eigenen Angaben hatte auch der Reiseveranstalter TUI Mitte März mehrere Zehntausend deutsche Gäste zurückgefliegen. Bis zu 40 Flüge starteten täglich mit Urlaubern aus Ägypten, Spanien, Madeira und den Kapverden. Mit insgesamt 350 Flügen sei das laut Marek Andryszak von der TUI-Geschäftsführung „die größte Rückholaktion in unserer Unternehmensgeschichte“ gewesen.

Super-Gau für Kreuzfahrtbranche

Einen Super-Gau erlebten gleich von Beginn an die Kreuzfahrtunternehmen. Als auf dem US-Schiff „Diamond Princess“ ein Corona-Fall nachgewiesen wurde, war klar, dass man auch auf See vor dem Virus nicht sicher war. Zwei Wochen lang lag das Schiff mit seinen 3700 Passagieren und Crew-Mitgliedern im Hafen von Yokohama unter Quarantäne. In der Zeit hatten sich 700 Menschen angesteckt, sechs waren gestorben.

Andere Kreuzfahrtschiffe irrten auf dem Meer umher, weil ihnen viele Häfen selbst dann die Anlegeerlaubnis verweigerten, wenn sie Corona-frei waren. AIDA-Cruises hat inzwischen mitgeteilt, die Saison bis Anfang April komplett zu unterbrechen. Die Schiffe der Costa-Reederei, die noch unterwegs sind, sollen bis zum 3. April italienische Häfen anlaufen. Als eines der weltweit letzten Kreuzfahrtschiffe mit deutschen Gästen an Bord ist die „MSC Magnifica“ noch auf einer zweiwöchigen Reise von Australien nach Dubai unterwegs. Der Betrieb der übrigen MSC-Flotte ist bis zum 30. April ausgesetzt. Für noch nicht angetretene Kreuzfahrten bieten die Unternehmen in der Regel kostenlose Umbuchungen oder sogar Stornierungen an.

Auch in den beliebten Ferienregionen der Deutschen herrscht Katastrophens Stimmung. Mallorca ist dicht, Italien sowieso tabu und in Österreich ist die Skisaison längst gelaufen. Das Osterreisegeschäft können sich Hoteliers und Gastronomen abschminken. Nachdem sich Ischgl als Infektions-Brennpunkt des Coronavirus herausstellte, steht das ganze Bundesland Tirol seit dem 18. März unter Quarantäne. Landesweit haben Skilifte den Betrieb vorzeitig beendet, Skipisten wurden geschlossen. Die Ein- und Ausreise nach und aus Tirol ist nur noch in Ausnahmefällen möglich. Die Außengrenzen zu Italien, der Schweiz und Deutschland hatte die österreichische Bundesregierung bereits zuvor geschlossen.

Den Urlaubern, die für diese Zeit eine Reise gebucht haben, diese aber nicht antreten können, bieten die Tourismusunternehmen in aller Regel aus Kulanz eine kostenfreie Stornierung oder Umbuchung an. Darauf verlassen sollte man sich aber nicht. Vor allem für Individualtouristen sind die rechtlichen Storno-Ansprüche unklar geregelt. Gruppentouristen kommen da besser weg. Gebeco-Reisen, die bereits alle Touren bis zum 31. März abgesagt hat, bietet Gästen mit Abreisen bis 30. April die Möglichkeit der kostenlosen Umbuchung. Und die TUI ködert darüber hinaus Kunden mit einem „Treue-Bonus“ von bis zu 100 Euro pro Person bei Buchung einer neuen Reise – sofern man sie im Laufe dieses Jahres überhaupt antreten kann. Da die Reisebüros gegenwärtig geschlossen sind, sind Buchungen derzeit nur via Internet oder telefonisch möglich.

Ein Gutes hat die Reise-Krise dann doch für Orte wie Venedig, Florenz oder Rom, die sonst unter „Overtourism“, also dem Massentourismus, ächzen. Die Luft wird reiner, die Gewässer sauberer. Da auch der Schiffsverkehr eingeschränkt ist, erobert sich die Natur verlorenes Terrain zurück. So wurden im Hafenbecken der sardischen Stadt Cagliari erstmals wieder Delfine gesichtet. Geht die Wirtschaft den Bach herunter, erholt sich dafür die Natur.



Seltener menschenleerer Anblick: Venedigs Markusplatz in Zeiten der Quarantäne

● FÜR SIE GELESEN

Klagelied eines Publizisten

Vor nunmehr drei Jahrzehnten kollaborierten die kommunistischen Regimes in Mittel- und Osteuropa. Danach kam es in den Ländern hinter dem vormaligen „Eisernen Vorhang“ zu dramatischen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umbrüchen.

Diese Transformationen schildert der langjährige Korrespondent von ARD und „Handelsblatt“ in Budapest und Warschau, Reinhold Vetter, nun in seinem Buch „Der Preis des Wandels“. Dabei lautet der Grundtenor: „So manche Hoffnung von 1989 blieb unerfüllt.“ Das gilt allerdings wohl eher für den Autor selbst, der sich an dem angeblichen Nationalismus beziehungsweise Populismus der Mittel- und Osteuropäer, den von diesen errichteten neuen Grenzzäunen sowie dem Siegeszug der liberalen Marktwirtschaft stört. Ganz besonders schießt Vetter dabei gegen Polen, Ungarn und Rumänien, wo er den „Aufbau eines starken zentralisierten Staates mit autoritären Zügen“ vorschreiten sieht.

Das Buch ist definitiv keine objektiv geschriebene „Geschichte des europäischen Ostens seit 1989“, wie der Untertitel verspricht. Vielmehr stellt es das elaborierte Klagelied eines deutschen Publizisten dar, dem gegen den Strich geht, dass die vom Joch des Sozialismus erlösten Völker unseres Kontinents wenig Bereitschaft zeigen, nach der Pfeife von EU-Bürokraten und Links-Ideologen im Westen Europas zu tanzen.

Wolfgang Kaufmann

Reinhold Vetter: „Der Preis des Wandels. Geschichte des europäischen Ostens seit 1989“, Herder Verlag, Freiburg im Breisgau 2019, gebunden, 336 Seiten, 24 Euro

Eine Utopie vor dem Ende

Andrej Platonows letzter Roman „Die glückliche Moskwa“ wurde erst Anfang der 90er Jahre veröffentlicht. Der Suhrkamp Verlag hat ihn neben den bekanntesten Romanen des Klassikers „Die Baugrube“ und „Tschewengur“ neu aufgelegt. In dem nur als Fragment erhaltenen Roman – der zweite Teil wurde dem Autor bei einer Bahnfahrt gestohlen – geht es um eine junge Frau, die Mitte der 30er Jahre in die russische Hauptstadt kommt, um dort ihr Glück zu suchen. Zunächst läuft auch alles nach Plan. Sie wird eine erfolgreiche Fallschirmspringerin, als prachtvolles und starkes Geschöpf beschrieben, das alle mögen. Als sie sich freiwillig an der Arbeit zum Metrobau beteiligt, stürzt sie in eine Baugrube und verliert ein Bein. Doch weder ihrer Schönheit noch ihrer positiven Einstellung tut das Abbruch.

In fröhlich-sarkastischem Stil geschrieben, trägt der Roman Züge, die den Untergang der Menschheitsutopie des stalinistischen Kommunismus symbolisieren. Platonow, der in den 1920er Jahren noch selbst Anhänger des Kommunismus war, geriet als Kriegskorrespondent und Offizier der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg mehr und mehr in Widerspruch zur sowjetischen Ideologie. Leider lässt Platonows Spätwerk den avantgardistischen Stil seiner Hauptwerke vermissen.

MRK

Andrej Platonow: „Die glückliche Moskwa“. Roman, Suhrkamp Verlag, Berlin 2019, gebunden, 221 Seiten, 24 Euro

TSCHERNOBYL

Roman der Stimmen

Swetlana Alexijewitsch lässt Menschen zu Wort kommen, die durch die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl alles verloren hatten



FOTO: IMAGO IMAGES/VOLKER PREUSSER

Zwischen Vergangenheit und Gegenwart „Vermutlich wären wir mit einer atomaren Kriegssituation wie in Hiroshima fertig geworden, darauf waren wir vorbereitet. Aber die Katastrophe geschah in einem nichtmilitärischen Atomobjekt... Das kriegerische Atom, das waren Hiroshima und Nagasaki, das friedliche Atom dagegen war die Glühbirne in jedem Haushalt,“ so ein Zeitzeuge der Tschernobyl-Katastrophe. Zwangsevakuiierungen, zerstörte Häuser, Aufopferung für das eigene Land, Heldentum, das Zurücklassen des gesamten bisherigen Lebens: Was nach den Erfahrungen eines Krieges klingt, wurde 1986, 41 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, schreckliche Wirklichkeit für die Menschen der Region in und um Tschernobyl. Nachdem am 26. April ein Atomreaktor in Tschernobyl explodierte und eine Kernschmelze stattgefunden hatte, erreichte die „radioaktive Wolke“ bereits am 6. Mai die andere Seite der Erde und machte die Reaktorkatastrophe somit zu einem globalen Problem.

Mit einem neuen Genre, dem „Roman der Stimmen“, macht die Trägerin des Literaturnobelpreises und des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, Swetlana Alexijewitsch, in „Tschernobyl“ das Leid derjenigen fassbar, die am unmittelbarsten betroffen waren. Über 20 Jahre hinweg hat sie hierfür mit Dorfbewohnern, Feuerwehrmännern, Witwen sowie Müttern gesprochen und deren Erlebnisse und Gedanken in Form von Monologen festgehalten. Auf diese Weise entstand ein ebenso sensibles wie erschütterndes Zeugnis der Katastrophe. Dabei macht schon der Untertitel „Eine Chronik der Zukunft“ deutlich, dass es vor allem das „Danach“ ist, das die betroffenen Menschen beschäftigt: Weil sie von jetzt auf gleich ihre Dörfer verlassen und all ihre nun verstrahlte Habe zurücklassen mussten. Weil Tod und Krankheit für sie und ihre Lieben unsichtbar in selbst angebautem Gemüse, im Fluss und in den eigenen vier Wänden lauert. Weil der Begriff „Tschernobyl“ die Ver-

lobte davonlaufen lässt und die Überlebenden im Exil zu Aussätzigen werden lässt. Berührend und unglaublich nahbar erfährt der Leser so von Einzelschicksalen, die das ganze Ausmaß der Katastrophe deutlich machen, das bis heute nachwirkt. „Verseucht ist nicht nur unsere Erde, sondern auch unser Bewusstsein. Und das für viele Jahre ... Tschernobyl ist überall, es ist um uns herum, aber wir haben keine Wahl – wir müssen lernen, damit zu leben.“

Lydia Wenzel



Swetlana Alexijewitsch: „Tschernobyl. Eine Chronik der Zukunft“, Suhrkamp Taschenbuch Verlag, Berlin 2019, 372 Seiten, 18 Euro

TECHNIKGESCHICHTE

Der „erste und wahre Erfinder“ des Telefons

Wolfram Weimer hat den Lebens- und Berufsweg des wie er selbst aus Gelnhausen stammenden Technikbegabten Philipp Reis nachgezeichnet

VON SILVIA FRIEDRICH

Aus einer Geige, einer Stricknadel und einer Hasenblase bastelte Philipp Reis Mitte des 19. Jahrhunderts in einer hesischen Scheune ein Gerät, das die Welt revolutionierte: das erste Telefon. Doch gut meinte es das Leben mit dem genialen Erfinder nicht.

Wolfram Weimer stammt genau wie Reis aus Gelnhausen. Der Historiker und Publizist nimmt sich seines Landsmannes in beinahe liebevoll-väterlicher Weise an und setzt ihm mit dem Buch „Der vergessene Erfinder. Wie Philipp Reis das Telefon erfand“ ein würdiges Denkmal.

Vormund verhinderte Studium

Das Waisenkind Reis, das zuerst seine Mutter verlor, dann den Vater, schließlich auch die geliebte Großmutter, wuchs bei seiner Tante und deren Ehemann auf. Dieser als Vormund eingesetzte Erziehungsbevollmächtigte verhinderte die universitäre Karriere des in den Natur-

wissenschaften so begabten Jungen und drängte ihn zu einer Lehre, obwohl ihm von der Großmutter ein ausreichendes Erbe für ein Studium zur Verfügung gestanden hätte.

Doch den wachen Geist konnte niemand aufhalten. Er betrieb wissenschaftliche Privatstudien, bekam in Professor Boettger einen akademischen Lehrmeister und wurde so schon mit 17 Jahren in den Physikalischen Verein in Frankfurt am Main eingeführt. Reis beschäftigte sich eingehend mit Sprachübermittlung durch elektrischen Strom und träumte früh davon, Töne in die Ferne zu übertragen. Als er Lehrer wurde, verhalf er seinen Schülern oft zu anschaulichem Unterricht. So baute er eine Ohrmuschel aus Holz nach mit Wursthaut als Trommelfell und einem Platinstreifen als „Gehörknöchelchen“. Die Idee des Telefons, dessen Name Reis ebenfalls erfand, nahm ihren Lauf. Als er 1861 seine Erfindung dem Physikalischen Verein Frankfurt vorstellte, erregte er Erstaunen und Bewunderung.

Warum Reis dennoch in Vergessenheit geriet und der clevere Schotte Alexander Graham Bell in den USA alle Lorbeeren für diese Erfindung einheimste, liest sich spannend wie ein Roman.

Reis nannte es „Telefon“

Am Ende wartet für Technikinteressierte noch ein Leckerbissen. Zunächst folgt im Abschnitt „Dokumentation“ ein von Philipp Reis 1868 selbst verfasster Lebenslauf, in dem der Leser Einblicke in dessen Fortschritte auf technikkwissenschaftlichem Gebiet bekommt. Gleich danach schließt sich eine Abhandlung an, ebenfalls von Reis verfasst, „Über Telefonie durch den galvanischen Strom“. Hier beschreibt Reis den technischen Hintergrund seiner Erfindung. Das Kapitel setzt sich fort mit einer Besprechung und bebilderten Darlegung der Erfindung Philipp Reis' durch den englischen Physiker Silvanus Thompson, der am Ende ausdrücklich darauf hinweist, dass Reis „der erste und wahre Erfinder“ des Telefons sei. Kurz vor Schluss folgt noch

ein Schaubild mit der Entwicklung dieser Jahrtausenderfindung von 1861 bis 2020, um am Ende mit einem tabellarischen Lebenslauf des Entwicklers abzuschließen.

Dieses Buch fesselt von Beginn an. Durch die anschauliche Darstellung mittels zahlreicher Fotos und Abbildungen wird der Leser entführt in einen „Film“ aus dem 19. Jahrhundert, dessen Ende jeder kennt und das dennoch überrascht.

Wie ungerecht kann das Leben sein? Philipp Reis ist sicher nicht der Einzige, dem die ihm zustehenden Lorbeeren vor-enthalten wurden. Oft ist die Zeit noch nicht reif, um geniale Ideen entsprechend zu würdigen.



Wolfram Weimer: „Der vergessene Erfinder. Wie Philipp Reis das Telefon erfand“, Ch. Goetz Verlag, Tegernsee 2019, gebunden, 144 Seiten, 20 Euro



Izabelle Jardin
Bernsteintränen
Der große Roman
„Halt dich nicht mit Gefühlsduseleien auf. Geh deinen Weg, schau weder rechts noch links, nutz deine Bildung zum Erfolg!“ Mit diesem Leitspruch ist Nicola bisher ausgezeichnet durchs Leben gekommen. Als Justitiarin eines international agierenden Unternehmens steht ihr eine glänzende Karriere bevor. Eine große Liebe, die sie von ihrem Weg abbringen konnte, hat sie noch nie erlebt. Bis ausgerechnet eine Geschäftsreise in das Land des Bernsteins alles auf den Kopf stellt. Unversehens gerät sie in einen Strudel aus Vergangenheit und Gegenwart, der sie dazu bringt, ihr Lebensmotto infrage zu stellen und mehr als nur das eigene Schicksal in die Hand zu nehmen. Ein Roman über Liebe, die jede Grenze überwindet. Übers Fortgehen und Zurückkehren, Verlieren und Wiederfinden. Über Zufall und Bestimmung, Sehnsucht und Hoffnung. Eine Geschichte, die das Heute und das Damals für die Zukunft zusammenfügt. 386 Seiten
Nr. P A1456 Taschenbuch 10,00 €



Ernst Fay
Ein OsterMärchen (Format 27 x 21 cm)
Hans und Hanne treffen beim Blumenpflücken einen kleinen Hasen, der seine Pfote verletzt hat. Sie möchten ihm helfen und erleben dabei ein wunderbares Abenteuer! Reprint des Originals aus dem Jahr 1949. Halbleinband mit partieller UV-Lackierung. 24 Seiten
Nr. P A1509 Gebunden 8,95 €



Claudia Michels
Fröhliche Ostern (32 Seiten)
In diesem nostalgischen Geschenkbuch werden die Erinnerungen an Kindheitstage wieder lebendig: Es versammelt stimmungsvolle Oster- und Frühlingsgedichte aus früheren Zeiten. Sie stammen von beliebten Autoren wie Joseph von Eichendorff, Rainer Maria Rilke, Johannes Kuhn u. v. a. Besonders hübsch sind die liebevoll-nostalgischen Illustrationen.
Nr. P A1356 Gebunden 7,95 €



Osternest mit 7 Eiern
7 gefüllte Ostereier im Osternest ohne Alkohol in einem hübschen langgestreckten Osternest.
115 Gramm
Nr. P A0342 Osternest 5,99 €



Königsberger Marzipan-Eier im Karton in verschiedenen Geschmacksrichtungen
8 Königsberger Marzipaneier in verschiedenen Geschmacksrichtungen z.B. Orange und Marzipan, Pistazie und Marzipan
150 Gramm
Nr. P A1007 8 Marzipaneier 6,50 €



Kühlschrankschmagnet und Flaschenöffner mit einer Abbildung des beliebten Königs Friedrich II. von Preußen
Größe: 4,5 cm Breite und 7 cm Höhe
Nr. P A1377 4,95 €



Kühlschrankschmagnet und Flaschenöffner mit einer Abbildung der beliebten preußischen Königin Luise
4,5 cm Breite und 7 cm Höhe
Nr. P A1275 Magnet 4,95 €



Ingrid Hantke
Die schönsten Dorfgeschichten
50 Lebenserinnerungen aus alter Zeit
384 Seiten
Nr. P A1310 Geb. 6,95 €

Wenn Menschen vom Land aus ihrer Jugend und von ihrem Leben erzählen, haben sie oft viel zu berichten, von dem die Städter meist gar nichts mehr wissen. So dienen diese authentischen Erinnerungen aus ganz Deutschland als Gedächtnisstütze für die einen („Ja, so war es.“) und als lebendiges Geschichtsbuch für die anderen („Das habt ihr alles erlebt?“). Aus über 1.000 Zeitzeugenberichten wurden für diesen Band die 50 schönsten und interessantesten Berichte aus 50 Jahren (1920–1970) ausgewählt. Erzählt wird vom Leben auf dem Land, von harter Arbeit auf Feld und Hof, der Kirmes mit Tanz und Frohsinn, die einmal im Jahr mit Sehnsucht erwartet wurde, von den Kindern, den Tieren, der Ernte und vielem mehr.



Jörg Kirschstein
Kronprinzessin Cecilie
Die Bildbiographie der letzten deutschen Kronprinzessin
Am 6. Juni 1905 heiratete die 18-jährige Cecilie zu Mecklenburg-Schwerin den preußischen Thronfolger Wilhelm, den Sohn des letzten deutschen Kaisers. Wegen ihrer Eleganz, ihrer Ausstrahlung und ihres sozialen Engagements wurde Cecilie bald in ganz Deutschland verehrt und geliebt. Doch hinter der harmonischen Fassade kriselte es. Der Kronprinz hatte zahlreiche Affären, und Wilhelm II. verfolgte seine Schwiegertochter mit Misstrauen. Dieser Band zeichnet das Leben der letzten deutschen Kronprinzessin nach – bis hin zu ihrem Lebensabend, den die einst Gefeierte unter bescheidenen Verhältnissen in Bayern und Baden-Württemberg verbrachte. Ein bibliophiler Band mit zahlreichen Abbildungen vom Leben der Kronprinzessin und dem preußischen Thronfolger am Kaiserhof. 150 Abbildungen. 160 Seiten
Nr. P A1521 Gebunden 24,00 €



Buntes Osternest mit Trüffel-Ostereiern und Osterhasen
290 Gramm in einem dekorativen Osternest.
Nr. A0730 Buntes Osternest 11,99 €



Königsberg Marzipan-Herz
Schwermer Marzipan-Herz einzeln in Cellophanfolie verpackt 25 Gramm geformtes Marzipan mit Zuckerguss in der Mitte. Das Marzipan-Herz der Confiterie Schwermer aus Königsberg in Ostpreußen ist auch eine traditionelle Muttertagsgabe.
Nr. P 5659 Marzipan-Herz 1,50 €



Ulrike Renk
Frühling auf Gut Fennhusen
Roman – Die Ostpreußen-Saga Teil 5
Ostpreußen, 1926: Endlich ist der Frühling da. Bevor Frederike im Herbst die höhere Töchterschule besuchen wird, will sie das Leben auf dem Land noch einmal in vollen Zügen genießen. Mit ihrem Lieblingspferd Caramell unternimmt sie lange Ausritte oder verbringt ihre Zeit im Stall, schließlich werden dieses Jahr gleich drei Fohlen erwartet. Als ihre beste Freundin Thea zu Besuch kommt, scheint das Glück perfekt. Doch mit dem Müßiggang ist es nun vorbei, denn auf Gut Fennhusen soll ein Fest vorbereitet werden, das es so noch nie gegeben hat ... Eine zauberhafte Frühlingsgeschichte, die auf wahren Begebenheiten beruht. 224 Seiten
Nr. P A1349 Gebunden 12,00 €



Fritz Baumgarten
Das Blumenelfchen (Format 27 x 21 cm)
Das Blumenelfchen ist erwacht und hat die Blüten aufgemacht. Klingling, da läutet vor dem Haus die gute Milchfrau Miesemau! Ein Bilderbuchklassiker des berühmten Bilderbuchillustrators Fritz Baumgartner, dessen Bilderbücher Millionenauflagen erreicht haben. 24 Seiten
Nr. P A1135 Gebunden 8,95 €



Klassische Granatsplitterkette
Leuchtende halsnahe Granatkette mit einer Länge von 43 cm – dekorativ für Jung und Alt – mit goldfarbenem Karabinerverschluss.
Nr. P A1374 Granatsplitterkette 13,00 €



Naturbernsteneifisch mit Lederhalsband
Dekorativer Bernsteinfisch von ca. 3 cm Länge mit Silberöse und Lederhalsband (Lederhalsband ca. 45 cm)
Nr. P A1263 22,50 €



Leselupe mit Licht
(ohne Batterie)
Hauptlinse mit 2-facher u. kleine Linse mit 6-facher Vergrößerung
Nr. P A0445 11,95 €



Friedrich der Große
Memoryspiel mit 72 farbigen Karten
Gedächtnisspiel mit 36 Motiven rund um den großen Preußenkönig wie seine preußischen Schlösser, die Schlossgärten, Gemälde, die den legendären Preußenkönig im Porträt, als Musiker und bei seinen vielfältigen Beschäftigungen zeigen.
Nr. P A1446 Memory 4,99 €



Margarete Drachenberg
Friedrich der Große
Ein Lebensbild in Anekdoten
128 Seiten/Gebunden
Nr. P A1453 10,00 €

König Friedrich Wilhelm bangte um die Zukunft Preußens. Der musizierende und philosophierende Kronprinz, der sich nichts aus Soldaten machte, würde ihm die ganze Arbeit verderben. Bekanntlich kam es anders. Über kaum einen Monarchen kursieren mehr Anekdoten als über Friedrich den Großen. Mit seinen geistreichen Sottisen, seinem facettenreichen Charakter, seiner widersprüchlichen Politik sorgte er selbst für reichlich Stoff. Das Buch „Friedrich der Große Ein Lebensbild in Anekdoten“ sammelt und präsentiert befreit von manch idealisierender Ausschmückung überlieferte Episoden und spitzt markante Begebenheiten aus dem vielfach beschriebenen Leben des Preußenkönigs pointiert zu. Vor bezeugtem historischen Hintergrund entsteht so eine unterhaltsam zu lesende Biografie in Anekdoten.



Ehregott A. Wasianski und Martin Burckhardt
Zuhause bei Kant
143 Seiten/Gebunden
Nr. P A1062 4,95 €

Eine echte philosophische „home-story“: Der Pastor Ehregott Andreas Christian Wasianski, eng verbunden mit dem Philosophen Kant und häufig in seinem Haushalt zugegen liefert unverfälschte Nachrichten über den Menschen und Charakter des Philosophen. Das Werk erschien zuerst im Jahr 1804. Ein kluger, dem Tatsachenbericht von Ehregott A. Chr. Wasianski angefügte moderne Essay von Martin Burckhardt ergänzt die Darstellung. Immanuel Kant, geboren am 22. April 1724 in Königsberg, und verstorben am 12. Februar 1804 war ein deutscher Philosoph der Aufklärung. Kant zählt zu den bedeutendsten Vertretern der abendländischen Philosophie. Sein Werk „Kritik der reinen Vernunft“ kennzeichnet einen Wendepunkt in der Philosophiegeschichte und den Beginn der modernen Philosophie.



Johannes Thiele
Im Frühtau zu Berge
Das allerschönste Liederbuch
Mancher tut es nur in der Badewanne oder unter der Dusche, doch dieses Buch inspiriert dazu, das Singen vor allem wieder zu dem geselligen Vergnügen zu machen, das es einmal war. Wissenschaftliche Studien haben längst bestätigt: Menschen, die (gemeinsam) singen, sind gesünder, lebensfroher, zuversichtlicher und tatkräftiger. Was unseren Eltern und Großeltern noch bewusst war, ist heute allerdings nicht mehr ganz so einfach: Viele kennen von den einst so beliebten Liedern vielleicht noch die Melodie oder gerade mal den Refrain. Über 250 Lieder, die sich ganz besonders zum gemeinsamen Singen mit Kindern, in Familien und Gruppen eignen, sind hier zusammengestellt worden. Sie lassen sich ganz einfach und mit meist wenigen Akkorden auf der Gitarre begleiten. Ob Kinderlieder, Volkslieder, Weihnachtslieder, Lagerfeuer- und Wanderlieder, Tanz- und Spiellieder – beliebte, bekannte und auch fast vergessene Melodien laden zum Mitsingen und Musizieren ein. Ein prächtig ausgestattetes Hausbuch, das Familien über Jahre hinweg begleiten wird. 304 Seiten
Nr. P A1348 Gebunden 24,00 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname	Name
Straße/Nr.	Telefon
PLZ/Ort	
Datum	Unterschrift

● AUFGESCHNAPPT

Während Asylsucher auch in der Corona-Krise weiter nach Deutschland hereingelassen werden, sind deutsche Staatsbürger vor Abschiebung aus dem eigenen Land offenbar nicht unbedingt sicher. Eine Mutter wurde durch das Ordnungsamt ultimativ aufgefordert, mit ihren drei Kindern (8, 10 und 12 Jahre) ihren Wohnsitz in Mecklenburg-Vorpommern wegen der Corona-Regelungen unverzüglich in Richtung Frankreich zu verlassen, wie die „Bild“-Zeitung berichtet. Die Deutsche, die mit einem Franzosen verheiratet ist, hat ihren Hauptwohnsitz in Frankreich. Sie ist gleichwohl deutsche Staatsbürgerin mit Nebenwohnsitz an der Müritz, wohin sie mit ihren Kindern ging, nachdem die französischen Schulen geschlossen worden waren. Nach heftigen Diskussionen mit den Staatsdienern wurde ihr eine Frist eingeräumt. Halte sie die nicht ein, käme man mit der Polizei wieder. Schon auf der Abreise, kehrte die Frau dennoch zurück. Mittlerweile wurde eine Sonderregelung erlassen, die ihren Verbleib in Deutschland erlaubt. *H.H.*



● STIMMEN ZUR ZEIT

Thorsten Polleit, Chefvolkswirt bei Degussa Goldhandel, weist im „Manager Magazin“ (17. März) auf die problematischen Folgen der enormen Finanzhilfen infolge der Corona-Krise hin:

„Die Zentralbanken scheinen in der Tat nur noch ein Medikament zu kennen. Mehr Kredit und Geld, bereitgestellt zu immer niedrigeren Zinsen. Man muss kein hochdekorierter Ökonom sein, um zu verstehen, dass all das auf eine Geldpolitik hinausläuft, die die Kaufkraft des Geldes ruiniert.“

Oswald Metzger treiben auf „Tichys Einblick“ (19. März) ganz ähnliche Sorgen um:

„Alle Schleusentore werden geöffnet. Solidarität und Vernunft bleiben absehbar endgültig auf der Strecke. Doch fest steht auch: Irgendjemand muss die Zeche am Ende bezahlen. Entweder kehrt die totgeglaubte Inflation schneller zurück als viele glauben, weil so die gigantischen Schulden weginflationiert werden. Oder die Bürger werden durch massive Einschnitte in staatliche Leistungen und massive Steuer- und Abgabenerhöhungen zur Kasse gebeten.“

Die Finanzexperten Marc Friedrich und Matthias Weik warnen auf „goldseiten.de“ (21. März) eindringlich vor den Folgen eines Überschnappens der lockeren Geldpolitik in der Corona-Krise:

„Die Amerikaner sollen laut Medienberichten in Kürze einen Scheck über mindestens 1000 Dollar vom Staat bekommen. Laut letzten Berichten sogar 3164 Dollar pro Steuerzahler (158 Millionen Amerikaner). Wir gehen davon aus, dass dies nicht der Letzte sein wird ... Es ist lediglich eine Frage der Zeit, bis auch unsere EZB auf diese verzweifelte Maßnahme zurückgreifen wird. Unseres Erachtens ist ‚Helikoptergeld‘ das letzte sinnfreie und desperate Aufbäumen vor dem endgültigen Zusammenbruch. Wer bitte wird denn noch an unser Geldsystem glauben, wenn Geld verschenkt wird?“

Auch Gabor Steingart fürchtet verheerende wirtschaftliche Auswirkungen des „Shut-down“, wie er im „Focus“ (24. März) schreibt:

„Die Folgen der Pandemie für die globale Wirtschaft sind riesig. Auf den Straßen können wir sie im Moment schon sehen – bald werden wir sie auf unseren Konten auch spüren. Corona macht erst Angst, dann arm.“

Sascha Opel bringt die derzeitige Lage im Finanzblog „MMNews“ (24. März) auf den Punkt:

„Noch nie wurde die Weltwirtschaft in eine Kriegswirtschaft ohne Krieg versetzt. Ohne Bomben und Panzer wird die Produktion zum Stillstand gebracht. Einmalig in der Geschichte. Mit dramatischen Folgen.“

● WORT DER WOCHE

„Wie beim Flüchtlingsdebakel 2015 und in der Finanzkrise 2008 entpuppt sich die EU als handlungsunfähig, ja als quasi inexistent.“

Hansrudolf Kamer in der Schweizer „Weltwoche“ (18. März) zur Rolle der EU in der Corona-Krise

DER WOCHENRÜCKBLICK

Wenn zwei das Gleiche tun ...

Wie man Rechtsradikale entlarvt und für wen die Abstandsregeln eher nicht gelten

VON HANS HECKEL

Nun haben wir diesen Kerl endlich beim Wickel, Corona-Krise sei Dank! Jahrelang hatten die Gegner von Donald Trump auf das Amtsenthebungsverfahren gehofft, an dem dessen linke Widersacher voller Eifer und mit größter Ausdauer herumgewurschtelt hatten. Doch dann verpuffte die Attacke sang- und klanglos, der verhasste US-Präsident stand da wie aus dem Ei gepellt und Trumps Wiederwahl im kommenden November schien beinahe schon gelaufen.

Doch dann kam Corona. Ein Hoffnungsschimmer. Ab jetzt konnte das Ekel im Weißen Haus tun, was es wollte. Seine Gegner würden es schon ins Negative ziehen. Der erste Vorwurf ertönte sogleich: Trump handele viel zu spät und zu zögerlich.

Da kann man den Kritikern nur recht geben. Trump hätte sich Angela Merkel zum Vorbild nehmen sollen, die von den Anti-Trump-Medien einhellig gelobt wird. Warum? Während Trump spät und zögerlich handelte, tat Merkel wochenlang einfach gar nichts, was ihr niemand nachträgt. Als sie schließlich doch noch zum Mikrofon griff, fragte auch niemand, wo sie die ganze Zeit vorher eigentlich gewesen war. Merkel wurde umstandslos zur großen, weisen Krisen-Mutti emporgeschrieben und genießt ihre wieder wachsende Popularität.

Als Trump dagegen zu handeln begann, ließ er zur maßlosen Freude seiner Feinde die rechtsradikale Maske fallen. Er schloss nämlich die Grenzen, zunächst gegen China, dann sogar gegen uns. Zudem bezeichnete er China als Ursprungsort der Corona-Seuche. Damit hatte er sich als Rassist und Fremdenfeind selbst überführt, stellte auch die deutsche Presse fest. Zumal er die Schließungen – eine zusätzliche Schurkerei – ohne vorherige Absprache mit den Partnerländern verhängt hat.

Aber das ist eben typisch, nicht nur für den Ami. Die „Zeit“ klärte uns am 15. März auf: Auch in Deutschland „versuchen Rechtsradikale, die Situation auszunutzen, und fordern zum Beispiel generelle Grenzschließungen“. Ja, daran kann man sie erkennen, die Rechtsradikalen: Sie fordern Grenzschließungen. Das sollte man nicht auf die leichte Schulter nehmen, schließlich wurden wir alle schon unzählige Male zur Wachsamkeit ge-

gen Rechts aufgefordert. Sollte also Ihr Nachbar, Kollege oder sonst wer in Ihrer Umgebung von „Grenzschließungen“ faseln, haben Sie unbezweifelbar einen handfesten „Verdachtsfall“ am Wickel und sollten umgehend Kontakt zum Verfassungsschutz aufnehmen.

Wie sich allerdings schnell herausstellen sollte, war das Zeitfenster für derlei Heldentücke denkbar klein. Denn kaum hatte die „Zeit“ dieses Anzeichen rechtsradikaler Gesinnung enthüllt, da schloss Deutschland, ebenfalls am 15. März, seine Grenzen zu Frankreich, Österreich und der Schweiz. Merke: Als Denunziant muss man heutzutage wieselflink zuschnappen, wenn man Beute machen will. Denn was am Morgen noch als Petzmaterial gegen „rechtsradikale“ Nachbarn taugt, kann am Nachmittag schon Regierungspolitik sein.

Den Verpetzten nützt es indes gar nichts, dass sie am Ende Recht bekommen sollten. Es war halt immer schon riskant, die Wahrheit auszusprechen, bevor die Mächtigen sie auch zugegeben haben. Die ganz Alten unter uns mögen sich daran erinnern, dass es vor 75 Jahren durchaus lebensgefährlich werden konnte, wenn man leise Zweifel am „Endsieg“ zum Besten gab, ehe die Nachricht durch war, dass der „Führer im heldenhaften Kampf um die Reichskanzlei gefallen“ sei. Danach war das dann kein Problem mehr. Auch nicht für diejenigen, die einen eben noch liebend gern an den Galgen gebracht hätten für die Vorahnung der Niederlage.

So darf man seit dem Nachmittag des 15. März auch ganz ungezwungen über Grenzschließungen räsonieren. Aber wehe denen, die das Thema eine Viertelstunde zu früh angeschnitten hatten. Die bleiben auf der Liste der Rechtsaußen-Verdächtigen kleben.

Mit den Grenzschließungen ging es danach Schlag auf Schlag, kreuz und quer durch Europa. Am Ende machte die gesamte EU die Schotten mehr oder minder dicht, ebenfalls ohne Absprache mit den Nicht-EU-Staaten auf der Welt, also ganz nach Trumpschem Muster. Auch hier regte sich bei den Trump-Empörten so gut wie kein Mucks. Wenn zwei das Gleiche tun ...

Nun wollen wir uns nicht allzu große Sorgen machen. Die Grenzen sind ja nicht wirklich dicht. Pendler und andere Leute, die unbedingt rüber müssen, dürfen die Posten auch weiterhin passieren. Selbstverständlich bleiben die deutschen Grenzen für Asylsucher offen. Wer also Schwierigkeiten am

—
Was am Morgen noch verdächtig rechts ist, kann am Nachmittag schon zur Politik der Regierung werden



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.preussische-allgemeine.de